



Verband der Lehrer  
an beruflichen Schulen  
in Bayern e.V.

# akzente

Berufliche Bildung  
in Bayern

## Unsere Themen

Bayerisch-französisches  
Symposium zur  
beruflichen Bildung

Innovationspreis für vier  
berufliche Schulen

VLB verbreitert Basis für  
die „Südallianz“

Kommunale Schulen vor  
dem Aus?

Bildungsmesse 2003 in  
Nürnberg



„Aus dem Rahmen gesprungen“ –  
Gestaltungsprojekt der Würzburger Fachoberschule

## HERAUSGEBER

Hermann Sauerwein, Landesvorsitzender,  
Verband der Lehrer an  
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)  
VLB Verlag e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München  
Telefon: (089) 59 52 70  
Telefax: (089) 5 50 44 43  
Internet: www.vlb-bayern.de  
e-mail: info@vlb-bayern.de

## REDAKTION

Peter Thiel  
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn  
Telefon: (09 31) 70 76 91  
Telefax: (09 31) 70 76 91  
e-mail: p.thiel@freenet.de  
Martin Ruf  
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg  
Telefon: (09 31) 66 14 15  
Telefax: (09 31) 6 60 72 91  
e-mail: ruf@vlb-bayern.de

## ANZEIGENVERWALTUNG

Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München  
Telefon: (089) 59 52 70  
Telefax: (089) 5 50 44 43

## GESTALTUNG

Gunter Czerny  
Im Graben 6, 97204 Höchberg  
Telefon: (09 31) 4 52 09 90  
Telefax: (09 31) 4 52 75 98  
e-mail: gunter.czerny@t-online.de

## DRUCK

Helmut Preußler-Verlag  
Dagmarstraße 8, 90482 Nürnberg  
Telefon: (09 11) 9 54 78-0  
Telefax: (09 11) 5 42 48 6

## ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich  
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

## KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor  
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

## COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind  
urheberrechtlich geschützt.  
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit  
Genehmigung der Redaktion.

## MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung  
durch die Redaktion als angenommen.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte  
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-  
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht  
mit der Meinung des Herausgebers und  
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-  
tationsdienst der Ständigen Konferenz der  
Kultusminister der Länder, im Dokumen-  
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK  
und im Dokumentationsring DOPAED  
bibliographisch nachgewiesen.

## REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 05/03: 2003-04-07  
für Heft 06/03: 2003-05-05  
für Heft 07/03: 2003-06-02

ISSN 0942 – 6930

## Thema des Tages

- 3 Peter Thiel: Zielkonflikt

## Bildungspolitik

- 4 Fachgespräch im Kultusministerium  
5 Umstrittene Bildungsoffensive in Bayern  
5 Deutschland in der Weiterbildung auf Platz 9 in Europa  
5 DGB sieht für Ausbildungsplätze schwarz  
6 Symposium anlässlich des 40-jährigen Jubiläums des Elysée-Vertrages

## Dienstrecht

- 8 KMS zur Abrechnung von Mehrarbeit stiftet Verwirrung  
9 Aktuelle Wandzeitungen von VLB und DBB

## VLB-Initiativen

- 10 Schriftsätze: Zulassungsgewährung für Werkstattausbilder an Fachoberschulen

## Lehrerbildung

- 11 Heiko Pohlmann: „Keine Mangelsituation“, sagt die Kultusministerin

## Aus dem Landtag

- 12 Anfragen, Anträge, Beschlüsse

## Schulentwicklung und Pädagogik

- 14 Vier berufliche Schulen erhalten Innovationspreis  
16 Michael Bäumler: Wieviel PR braucht eine Schule?

## Unterricht

- 18 Martin Ruf: Workshops – Mittel zur Gestaltung von Arbeit  
19 Helmut Stephan: LieBe und SchARM statt WUMS

## VLB-Online

- 20 Thomas H. Kaspar: Digitale Arbeitsblätter für Windows, Word und Excel

## Aus dem Verbandsleben

### Landesverband

- 21 Peter Thiel: VLB trifft sich mit hessischen Kollegen  
22 Dietmar Leischner: VLB-Studienreise nach Berlin

### Bezirks- und Kreisverbände

- 24 BV Unterfranken/KV Würzburg; KV Mittelfranken-Nord

### Senioren

- 26 Berthold Schulter: Jugendwahn – oder kleben die Alten auf  
ihren Stühlen fest?

- 27 Lothar Fischer: Pensionistenvertreter trafen sich

### Personalien

- 28

### Termine

- 30

## Kommunale Schulen

- 33 Dr. Siegfried Hummelsberger: Kommunale Schulen vor dem Kollaps?  
37 Pressepapier des BV Unterfranken zur Schulsituation in Würzburg  
38 Modernste Drucktechnik für Franz-Oberthür-Schule in Würzburg  
39 Pappmaché-Figuren, die aus dem Rahmen springen

## Leser schreiben

- 40 Leser schreiben

## Für Sie persönlich

- 42 Berthold Schulter: Neues zur Beihilfe

Fotos: Barbara Schaper-Öser, Würzburg (siehe auch Beitrag S. 39)

# Zielkonflikt

**PETER THIEL**

Man mag darüber denken wie man will: an dem Gerede über das mäßige Image der Berufsschule ist was dran. Beim Treffen des VLB mit Vertretern des hessischen Gesamtverbandes der Lehrer an beruflichen Schulen (glb) Ende Januar in Würzburg war auch dieses Thema zur Sprache gekommen und es wurde konstatiert: Zwischen dem Image und dem fehlenden Lehrernachwuchs besteht ein handfester Zusammenhang. Arnold Gündling, der Vorsitzende des hessischen Landesverbandes, bereicherte die Diskussion um den Lehrernachwuchs mit einem eindrucksvollen Beispiel: In einem hessischen Arbeitsamt, so berichtete er, waren zur Beratung kürzlich rund 50 Abiturienten zusammengekommen, welche den Lehrerberuf anstreben. Da Lehramt nicht gleich Lehramt ist, wurden sie gefragt, für welche Schulart sie sich interessieren. Mehr als die Hälfte bekundete Sympathie für die Grundschule. Das Gymnasium wählten etwa 10 und weitere 10 favorisierten die Haupt- bzw. die Realschule. Und die beruflichen Schulen? „Da warent gerade mal zwei“, sagte Gündling „und selbst die beiden waren sich ihrer Sache alles andere als sicher, wollten erst mal hören“.

Das Lehramt an beruflichen Schulen ist offenbar keine große Zugnummer und das hängt u.a. auch – wie festgestellt – mit dem Image der Berufsschule zusammen. „Der Arme ist jetzt fast ganz in der Berufsschule“, vernahm ich kürzlich im Bekanntenkreis, „da kann ja die halbe Klasse kaum lesen und schreiben“. So etwas erzählt sich gut weiter, wird verallgemeinert. Und nicht immer ist einer dabei, der gleich dazwischenfährt.

Belastend für das Berufsschul-Image sind mit Sicherheit u.a. auch die Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag, also Jungarbeiter und BVJ'ler. Mit ihrer Motivation steht's oft wirklich nicht zum Besten, das wissen wir nur zu genau. Dass die Berufsschule hingegen – je nach Fachrichtung –

auch von hervorragend qualifizierten jungen Leute besucht wird, von Abiturienten und sehr guten Realschulabsolventen, dass es dabei Klassen gibt, um die sich Kollegen anderer Schularten die Finger lecken würden, geht im Nebel des allgemeinen Vorurteils unter. Wie oft gab es auch schon Komplimente von Besuchern über die handfeste Art des Berufsschulunterrichts und über die Ernsthaftigkeit, mit der die Schüler dort zu Werke gehen. Wie aber kann man dies unter's Volk bringen? Wie einer breiten Öffentlichkeit klar machen?

Wollte man – vor allem im Hinblick auf die Nachwuchsgewinnung – das Lehramt an beruflichen Schulen attraktiver darstellen, dann müsste man vermutlich kompromisslos dafür eintreten, dass unsere Sorgenkinder, die Jugendlichen ohne Ausbildungsverhältnis also, von der Berufsschule abgekoppelt und freien Bildungsträgern überlassen werden, die damit Geld verdienen. Das aber wäre ein fragwürdiges Ansinnen. Die berufliche Bildung ist kein einheitliches, kein homogenes Gebilde. Sie ist bestimmt von der Vielfalt der Berufe und deren unterschiedlichen Mentalitäten. Diese Pluralität ist geradezu das Markenzeichen einer Berufsschule. Und dazu gehören auch diejenigen, die bei der Berufswahl vorerst auf der Strecke bleiben. Auch sie müssen ins Arbeitsleben integriert werden. Auch sie haben Anspruch auf die Fachkompetenz professioneller Berufspädagogen. Ignoriert man sie und konzentriert sich ganz auf die Sonnenseiten des beruflichen Bildungswesens, dann trägt man zur Entstehung von sozialem Sprengstoff bei. Es ist wie in einer Geschwisterreihe: auch deren schwächstes Glied hat Anspruch auf angemessene Akzeptanz und darf nicht fallen gelassen werden.

Ganz offensichtlich befinden wir uns also in einer Art Zielkonflikt: Auf der einen Seite müssen die Rahmenbedingungen für das Lehramt an beruflichen Schulen so gestaltet werden, dass es für Interessenten attraktiver wird. Die Beschulung von Jungarbei-

tern und BVJ'lern nach dem gegenwärtigen Modus passt da sicher nicht ins Konzept. Auf der anderen Seite können wir uns den weniger erfreulichen berufspädagogischen Aufgaben nicht verschließen. Unser Bildungsauftrag ist ein ganzheitlicher, er beschränkt sich nicht auf die Weitergabe von Fachwissen an eine ausgewählte Schülerklientel.

Vielfach werden unsere Sorgenkinder, die zahlenmäßig so gering gar nicht sind, in den Kollegien als fünftes Rad am Wagen betrachtet. Niemand fühlt sich so richtig zuständig für sie. „Uns will ja eh keiner“, erklärte mir ein BVJ'ler, als ich mit ihm über „ein Ding“ sprach, welches er und die anderen „gedreht“ hatten.

Was sie brauchen, diese Sorgenkinder, ist Zuwendung und eine klare Zuordnung. Mehrheitlich sind die beruflichen Schulen im Lande mit dem gegenwärtigen Modus dieser Gruppe Beschulung überfordert. Eingeklagt werden müssen mehr Ressourcen, u.a. mehr Lehrerstunden für eine stärkere Individualbetreuung, aber auch für zielgruppenbezogene Lehrerfortbildung. Gute Erfahrungen hat man auch mit dem Einsatz von Sozialpädagogen gemacht, die zur Betreuung schwieriger Gruppen engagiert wurden.

Vielleicht betrachtet so mancher sozial engagierte junge Kollege eine Arbeit mit diesen Förderbedürftigen als Herausforderung; entscheidend wäre halt, dass die Rahmenbedingungen stimmen.

Verdrängt man das Problem, dann läuft man, wie gesagt, Gefahr sozialen Sprengstoff zu schaffen und das kann später ggf. teuer werden. Teurer jedenfalls, als wenn man zum rechten Zeitpunkt das Notwendige tut.

Ein vorbildhaftes Beispiel für die Integration Benachteiligter übrigens liefert die BS III Augsburg. Die Schule wurde für ihr mutiges Engagement jetzt mit einem ersten Preis beim „i.s.i.“-Wettbewerb der Staatsregierung ausgezeichnet. Hut ab. <

Fachgespräche des VLB im Kultusministerium:

## Vertikal gegliederte Kompetenzzentren stoßen auf Gegenliebe

Nach dem Treffen der VLB-Spitze mit Kultusministerin Monika Hohlmeier (wir berichteten in unserer Februar-Ausgabe) folgten zu Jahresbeginn weitere Gespräche im Kultusministerium zu aktuellen Problemen der beruflichen Schulen. Partner des VLB waren dabei MD Josef Erhard, der ranghöchste Beamte am Salvatorplatz, Mdgt. Hans-Wilhelm Thomé, der Leiter der Abteilung „Berufliche Schulen“ (Abteilung VII) sowie Adolf Tengg, Leiter der Abteilung VII/2 und zuständig für die Bereiche Lehrpersonal und Lehrerbildung.

Schwerpunkte in beiden Runden waren wiederum die Umstellung des Lehramts-Studienganges an der TU München zu einem Diplom-Studiengang, ferner das Splitting zwischen Hochschule und Fachhochschule beim Studium zum Lehramt an beruflichen Schulen, das Dauerbrenner-Thema Kompetenzzentren und schließlich die Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen unter besonderer Berücksichtigung der beruflichen Oberstufe, also der Fachoberschulen und Berufsoberschulen.

Sowohl MD Erhard als auch Mdgt. Thomé stimmte den Vorstellungen des Verbandes und der Universität zu, ab Wintersemester 03/04 die an der TU München betreuten Fachrichtungen Maschinenbautechnik, Elektrotechnik/Informationstechnik und Bautechnik in einen Diplom-Studiengang um-

zuwandeln. Vorgesehen ist dazu ein Modellversuch mit acht- bis zehnjähriger Laufzeit. Die weiteren an der TU befindlichen Fachrichtungen können – darin waren sich die Gesprächspartner einig – zu einem späteren Zeitpunkt in den Modellversuch integriert werden, nämlich dann, wenn sich ein erfolgversprechender Verlauf abzeichnet.

Für die von Vertretern der Fachhochschule ins Gespräch gebrachte Splitting zwischen Universität und Fachhochschule bei der Ausbildung zum Lehramt an beruflichen Schulen brachten, wie schon Kultusministerin Hohlmeier, auch die Herrn Erhard, Thomé und Tengg wenig Verständnis auf. Das Plädoyer der Fachhochschulen für eine größere Praxisnähe stehe insbesondere bei den beruflichen Schulen auf tönernen Füßen. Ein großer Teil der Studenten des Lehramts für berufliche Schulen habe eine Erstausbildung durchlaufen, die, was die Praxisnähe betrifft, auch von der Fachhochschule nicht überboten werden könne. Andererseits dürfe man angesichts des Erziehungsauftrags beruflicher Schulen bei der Lehrerausbildung gerade auf die Vermittlung eines profunden geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Studiums nicht verzichten. „Dieses aber vermittelt die Hochschule zu unserer vollen Zufriedenheit“, stellte insbesondere MD Josef Erhard, aber auch die beiden anderen Gesprächspartner fest.

Die Vertreter des Ministeriums zeigten nachdrücklich Interesse an der vom VLB entwickelten Konzeption vertikal gegliederter Kompetenzzentren und zeigten sich dieser geneigt.

Wie bereits Kultusministerin Hohlmeier wies auch Erhard auf Vorbehalte hin, die in z.Z. noch unterschiedlichen Entwicklungen in den Regionen begründet sind. Ein Ausbluten einzelner Berufsschulen „auf dem flachen Lande“ dürfe es nicht geben, dies müsse unter allen Umständen vermieden werden, erklärte Erhard. Noch sei in Sachen Kompetenzzentren schließlich nichts Endgültiges entschieden, meinte er, noch befinde sich alles im Fluß. Der VLB ist fest entschlossen, in Sachen Kompetenzzentren am Ball zu bleiben und für seine Konzeption der vertikalen Gliederung zu werben, weil sie ganz einfach vernünftig ist, betonte Landesvorsitzender Hermann Sauerwein auch nach den erneuten Gesprächen mit dem Ministerium.

Im Hinblick auf das kommende Schuljahr verwiesen die Gesprächspartner auf die von Kultusministerin Hohlmeier zugesagten zusätzlichen Planstellen speziell für die berufliche Oberstufe. Einen so kritischen Verlauf wie im vergangenen Herbst sollte man sowohl der Berufsoberschule als auch der Fachoberschule heuer ersparen, meinten die Gesprächspartner.

Beide Gesprächsrunden verliefen in konstruktiver und von Konsens getragener Atmosphäre, wobei sich abzeichnete, dass in etlichen Sachfragen durchaus Übereinstimmung besteht. „Wir hoffen trotz allgemeiner Niedergeschlagenheit auf ein gutes Jahr 2003“, sagte Sauerwein und sieht die Anliegen der beruflichen Schulen im Lande am Salvatorplatz in guten Händen. *pth*

**Meinungsaustausch am Salvatorplatz, von links MR Adolf Tengg, Hans Käfler (VLB), MD Josef Erhard und Hermann Sauerwein (VLB). In der Mitte des rechten Bildes Mdgt. Hans Wilhelm Thomé.**



## Umstrittene Bildungsoffensive in Bayern: Konzept bis zum Sommer

Kultusministerin Monika Hohlmeier will die umstrittene bayerische Bildungsoffensive bis zum Sommer ausarbeiten. Sie werde im Juni in einer Regierungserklärung den Landtag über Einzelheiten informieren, kündigte die Ministerin an. Einige Maßnahmen sollen bereits im Herbst anlaufen.

Ministerpräsident Edmund Stoiber hatte Ende Januar in einer Regierungserklärung angekündigt, mit Disziplin, besserer Förderung und Elitebildung die Zügel an Schulen und Hochschulen straffen zu wollen. Die größten Änderungen sind als Antwort auf die PISA-Studie in der Schulpolitik geplant. Demnach soll es etwa wieder Betragensnoten geben sowie Zensuren schon in der zweiten Klasse vergeben werden. Für Rowdy-Schüler soll im Notfall die Schulpflicht vorzeitig beendet werden können.

Die Opposition warnte vor dem Rückmarsch in die 50er Jahre. Hohlmeier sagte, bis zum Sommer werde das Konzept ausführlich mit den Verbänden diskutiert. Mögliche Starttermine seien die Jahre 2004/2005.

Die Grundschulzeugnisse sollten wesentlich differenzierter und umfangreicher ausfallen als bisher, erläuterte Kultusministerin Hohlmeier. „Wir wollen Diagnose, Förderung und Leistungsbeurteilung unter einen Hut bringen.“ Das Notengebungssystem in Deutschland sei zu pauschal. Schlüsselqualifikationen wie etwa die Teamfähigkeit der Schüler würden bisher nicht bewertet.

Nach den Vorstellungen Stoibers sollen bereits ein Jahr vor der Einschulung die sprachlichen Fähigkeiten der Kinder mit Pflichttests geprüft werden. „Ausländische Kinder werden bei fehlenden Deutschkenntnissen noch früher im Kindergarten gefördert.“ In den Grundschulen sollen Sprachlernklassen zur intensiven Förderung in Deutsch eingerichtet werden.

An Bayerns Hochschulen soll ein „Elitenetzwerk“ mit einer „institutionalisierten Spitzenausbildung“ entste-

hen. Die Hochschulen sollen internationaler und eigenständiger werden. „Deutschland braucht Leistungseliten“, sagte Stoiber. Bei der Studienplatzvergabe wünscht Bayern radikale

Änderungen, die die Zentrale Studienplatzvergabe (ZVS) überflüssig machen. „Sollten wir damit nicht vorankommen, sind wir bereit, den Staatsvertrag fristgerecht zu kündigen“, kündigte Stoiber an. Ähnliche Pläne zum Ausstieg aus der ZVS gibt es auch in Baden-Württemberg und anderen unionsregierten Ländern. *dpa*

### Berufliche Weiterbildung:

## Deutschland auf Platz neun in Europa

In der betrieblichen Weiterbildung belegt Deutschland in Europa den neunten Platz. 67 Prozent der Unternehmen in Deutschland haben ihren Mitarbeitern im Jahr 1999 eine betriebliche Weiterbildung in Form von Kursen, Lehrgängen und Seminaren angeboten. Im Vergleich zu 1993 ist damit die Anbieterquote von ehemals 60 Prozent um sieben Prozentpunkte gestiegen, teilte das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in Bonn mit. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern liege Deutschland jedoch mit seinem jetzigen Rangplatz hinter allen skandinavischen Ländern sowie hinter Österreich, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden.

Dies ist ein Ergebnis der zweiten Befragung zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen (CVTS II = Continuing Vocational Training Survey), die im Jahr 2000 im Auftrag der Europäischen Kommission bei 76000 Unternehmen (davon 3184 aus Deutschland) aus 15 EU-Mitgliedstaaten, Norwegen und neun Bewerberländern durchgeführt wurde.

Befragt wurden die Unternehmen in den 25 Ländern bei CVTS II nach ihrem Weiterbildungsangebot, der Weiterbildungsbeteiligung ihrer Beschäftigten, der Anzahl der Weiterbildungsstunden sowie den Kosten der betrieblichen Weiterbildung. Das BIBB war an der Vorbereitung der Er-

## DGB sieht für Ausbildungsplätze schwarz

Trotz sinkender Bewerberzahlen sieht der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) bei den Ausbildungsplätzen schwarz. Die „Ausbildungsplatzlücke“ werde immer größer, der Anteil der Bewerber, die eine Lehrstelle erhalten, sei inzwischen unter 50 Prozent gefallen, beklagte der DGB. Er rief die Arbeitgeber in einem neuen Bündnis für Arbeit zu deutlich größeren Anstrengungen auf, andernfalls müsse eine Ausbildungsplatzabgabe her.

Die Wirtschaft hingegen sträubt sich vehement gegen eine solche

Umlage. Die Gewerkschaften bestehen aber darauf, diese in die geplante Neuauflage des Arbeits-Bündnisses einzubringen, um eine Sanktion für den Fall in der Hand zu haben, dass die Arbeitgeber das Angebot an Ausbildungsplätzen nicht erhöhen.

Nach DGB-Zählung gab es zuletzt wieder knapp 75000 fehlende Lehrstellen, damit sei fast wieder der Stand von vor drei Jahren erreicht worden. Man rechne sogar mit einem weiteren „dramatischen Einbruch“ auf Grund der wirtschaftlichen Lage. *dpa*

hebung beteiligt und wertet zurzeit die erhobenen Daten im Rahmen eines internationalen Leonardo da Vinci-Projekts aus.

Die Erhebung zeigt unter anderem, dass bei einigen Aspekten erheblicher Nachholbedarf in Deutschland besteht. So liegt die Chance von Arbeitnehmern in der Bundesrepublik, an einer betrieblichen Lehrveranstaltung teilnehmen zu können, mit 36 Prozent unter den Werten fast aller Mitgliedstaaten der EU. Hier liegt Deutschland lediglich auf Platz 16. Nur in Österreich (35 Prozent) und Griechenland (34 Prozent) ist die Weiterbildungsbeteiligung nach Angaben des BIBB noch geringer.

Bei der Weiterbildungsintensität nimmt Deutschland ebenfalls einen hinteren Platz ein: Mit 27 Kursstunden pro Teilnehmer liegt es an 22. Stelle und damit noch unterhalb eines Teils der Bewerberländer. Auf Platz 5 liegt Deutschland hingegen, wenn es um die Kosten für Seminare und Kurse geht – der Preis pro Weiterbildungsstunde liegt hier bei 33 so genannten „KKS“. Um Vergleiche zwischen den Ländern zu ermöglichen, wurden die Kosten in Kaufkraftparitäten (KKS) ausgedrückt. Kosten von über 30 KKS wurden auch von Italien, Großbritannien, Norwegen und den Niederlanden erhoben. Kursstundenkosten unter 20 KKS fanden sich in fast allen Bewerberländern sowie in Spanien, Griechenland, Frankreich und Portugal.

Im Hinblick auf Qualitätsaspekte betrieblicher Weiterbildung bewegt sich Deutschland im Mittelfeld der 25 befragten Länder. Nach der Studie ermitteln 24 Prozent aller deutschen Unternehmen ihren zukünftigen Personal- und/oder Weiterbildungsbedarf (23. Platz). 42 Prozent der Unternehmen erheben die Qualifikationen und den Bildungsbedarf der Mitarbeiter (14. Platz). Einen Weiterbildungsplan bzw. ein Weiterbildungsprogramm erstellen 22 Prozent aller Firmen (14. Platz). 17 Prozent haben ein spezielles Budget für die berufliche Weiterbildung (13. Platz). 44 Prozent der weiterbildenden Unternehmen evaluieren die Weiterbildungskurse (11. Platz).

Der BIBB-Reader „Betriebliche Weiterbildung in Deutschland und Europa“ stellt die Ergebnisse ausführlich und im europäischen Vergleich detailliert vor. Er liefert damit laut BIBB erstmals umfassende Strukturinformationen zur betrieblichen Weiterbildung in Deutschland und Europa.

Darüber hinaus bietet der Band einen Überblick über jene Daten und Merkmale, die von 2005 an für alle europäischen Mitgliedstaaten in einem fünfjährigen Rhythmus Bestandteil der europäischen Statistik werden sollen. Die künftigen Daten sollen eine wesentliche Grundlage der europä-

ischen und nationalen Berufsbildungspolitik sein. Sie sollen die Berufsbildungsforschung anregen, den strukturell vergleichenden Rahmen durch ein breites Spektrum von vertiefenden nationalen und europäischen vergleichenden qualitativen Studien zu ergänzen.

*dpa*

(Die BIBB Veröffentlichung „Betriebliche Weiterbildung in Deutschland und Europa“ ist zum Preis von 8,90 Euro zu beziehen beim W. Bertelsmann Verlag GmbH & Co. KG, Postfach 10 06 33, 33506 Bielefeld, Telefon 0521/91101-11, Fax: 0521/91101-19, E-Mail: [service@wbv.de](mailto:service@wbv.de)).

## Symposium anlässlich des 40-jährigen Jubiläums des Elysée-Vertrages

Am 22. Januar 1963 wurde die deutsch-französische Freundschaft durch den Elysée-Vertrag in Paris besiegelt. Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag dieses Ereignisses veranstaltet der VLB zusammen mit der Montgelas-Gesellschaft ein Symposium, das die Kooperation zwischen Frankreich und Bayern in der beruflichen Bildung fördern soll. Es trägt den Titel

### „Europaorientierte Berufsausbildung in Bayern und Frankreich“

und findet am 21. und 22. März im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, München, Salvatorplatz, statt. Der Freistaat unterhält partnerschaftliche Beziehungen mit den französischen Regionen Languedoc-Roussillon, Limousin, Midi-Pyrénées und Provence, Alpes-Côte d'Azur. Im Gefolge dieser Beziehungen sind eine Vielfalt von Schulkontakten entstanden, die auch den beruflichen Bereich betreffen. Rund 20 berufliche Schulen des Freistaats pflegen inzwischen Partnerschaftsbeziehungen zu beruflichen Schulen in Frankreich.

Der Elysée-Vertrag hatte 1963 ein neues Kapitel des deutsch-französi-

schen Verhältnisses aufgeschlagen. Mit ihm wurde der Weg geebnet für freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Völkern, die sich in den vergangenen Jahrhunderten immer wieder kriegerisch begegnet waren. Insbesondere in den beiden Weltkriegen waren die deutsch-französischen Beziehungen auf harte Proben gestellt gewesen. Ortsbezeichnungen wie Verdun oder Oradour stehen für viele tragische Ereignisse zwischen Deutschen und Franzosen im letzten Jahrhundert.

„Was Adenauer und de Gaulle vor 40 Jahren begannen, fiel auch in Bayern auf fruchtbaren Boden“, sagte Kultusministerin Hohlmeier anlässlich der offiziellen Jubiläumsfeierlichkeiten zum Elysée-Vertrag. Die Ministerin wies darauf hin, dass Frankreich die Liste der internationalen Kontakte bayerischer Schulen mit weitem Abstand anführe. Derzeit beteiligen sich rund 20000 bayerische und französische Schülerinnen und Schüler im Rahmen von 690 Schulpartnerschaften an den Begegnungen. Hauptanliegen neben der Schaffung persönlicher Freundschaften sei das Erlernen der Partnersprache, was in Bayern z.T. bereits in der Grundschule beginne, meinte die Kultusministerin. Nachfolgend das Programm des Symposiums.

## Programm des Symposiums

Stand: 18.02.2003

### Freitag, 21. März 2003

#### 13.00 Uhr

Begrüßung und Eröffnung: Hermann Sauerwein, VLB  
Pierre Wolff, Montgelas-Gesellschaft

#### 13.15 Uhr – 13.30 Uhr

Rede der Bayerischen Staatsministerin für Unterricht und  
Kultur, Frau Monika Hohlmeier, MdL

#### 13.30 Uhr – 14.15 Uhr

Rede des Französischen Ministers für Jugend, Bildung  
und Forschung, Luc Ferry  
Rede des Vizepräsidenten der Region Limousin,  
Jean-Jacques Besse  
Rede des Vizepräsidenten der Region Midi-Pyrénées,  
Bernard Raynaud

#### 14.15 Uhr – 14.45 Uhr

Kaffeepause

#### 14.45 Uhr – 16.30 Uhr

**Reform der beruflichen Aus- und Weiterbildung**  
Podiumsdiskussion mit Klaus Illerhaus, Senatsrat, Sekre-  
tariat der Kultusministerkonferenz, Günther Hohlweg,  
Leiter Siemens Professional Education, N.N. Französische  
Delegation. Moderation VLB.

#### 16.30 Uhr – 17.00 Uhr

Pause

#### 17.00 Uhr – 18.30 Uhr

#### **Entwicklungstendenzen in der beruflichen Bildung in Europa**

Vorstellungen auf europäischer Ebene – Konsequenzen  
für das Bildungssystem der Mitgliedsstaaten; Anerken-  
nungsrichtlinie  
Podiumsdiskussion mit Dr. Ingeborg Berggreen-Merkel,  
Mdgtn, BayStMUK, Ingeborg Kubosch, Ltd.MRin, BaySt-  
MUK, N.N. Französische Delegation. Moderation VLB.

#### 19.30 Uhr

Gemeinsames Abendessen

### Samstag, 22. März 2003

#### 09.00 Uhr – 10.00 Uhr

#### **Innovatives Schulmanagement**

Podiumsdiskussion mit Klemens M. Brosig, VLB,  
Thomas Sachsenröder, Direktor der ALP Dillingen,  
N.N., Französische Delegation.  
Moderation VLB.

#### 10.00 Uhr – 10.15 Uhr

Kaffeepause

#### 10.15 Uhr – 12.00 Uhr

#### **Schüleraustausch und weitere Möglichkeiten der vertieften Zusammenarbeit der Länder Bayern und Frankreich in der EU**

Podiumsdiskussion mit Klaus Illerhaus, Senatsrat,  
Sekretariat der Kultusministerkonferenz, Ingo  
Hermanns, Deutsch-Französisches Sekretariat für den  
Austausch in der beruflichen Bildung, Saarbrücken,  
Rubeena Esmail-Arndt, Leiterin der Abteilung „Internat-  
ionaler Jugend- und Schüleraustausch“ und „Förderung  
der Internationalen Jugendarbeit“ des Bayerischen  
Jugendringes, N.N. Französische Delegation.  
Moderation Montgelas-Gesellschaft.

#### 12.30 Uhr

Gemeinsames Mittagessen

#### ca. 14.00 Uhr

Ende der Tagung

*Tagungsort: Großer Sitzungssaal (Zi. 1120) im  
Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus,  
Salvatorstraße 2, 80333 München (Einlass: Alte Pforte)*

Schreiben des Bayerischen  
Staatsministeriums für Unterricht  
und Kultus an den VLB,  
München 18. Dezember 2002

## Mehrarbeitsver- gütung für Lehr- kräfte an staat- lichen Schulen

Sehr geehrte Damen und Herren,

durch Art. 6c Nr. 1 des Gesetzes zur Modernisierung der Besoldungsstruktur (Besoldungsstrukturgesetz) vom 21. Juni 2002 (BGBl I S. 2138) wurde § 3 Abs. 1 Nr. 3 der Mehrarbeitsvergütungsverordnung mit Wirkung vom 1. Juli 2002 geändert. Eine Mehrarbeitsvergütung kann demnach nur noch gewährt werden, wenn u.a. die Mehrarbeit aus zwingenden dienstlichen Gründen nicht durch Dienstbefreiung innerhalb eines Jahres (bisher: drei Monate ausgeglichen werden kann). Diese Rechtsänderung wurde durch eine Änderung der Bekanntmachung vom 11. Dezember 1989 (KWMBI I 1990 S. 3) bereits umgesetzt; wir verweisen insoweit auf die Veröffentlichung im KWMBI I 2002 S. 376, insbesondere auf Nr. 3 der Bekanntmachung vom 18. Oktober 2002.

In Nr. 8 dieser Bekanntmachung ist auch festgelegt, dass Mehrarbeit, die vor dem 1. Juli 2002 geleistet wurde und noch nicht durch Freizeit ausgeglichen oder noch nicht vergütet wurde, nach den bis zum 30. Juni 2002 geltenden Regelungen (also u.a. Geltung der Dreimonatsfrist für den Freizeit- ausgleich) abzuwickeln ist.

Mit Nr. 5 der Bekanntmachung vom 18. Oktober 2002 sind auch die bisherigen Regelungen zur Zahlung der Mehrarbeitsvergütung (1 von Abschlagszahlungen, bisherige Nrn. 6.1 bis 6.3) aufgehoben worden; wir gehen davon aus, dass künftig ein Freizeitausgleich die Regel sein wird und die Vergütung der Mehrarbeit die Ausnahme. Sollte sich diese Annahme nicht bestätigen, sind wir selbstverständlich bereit, detaillierte Zahlungsregelungen – im Benehmen mit den Bezügestellen – zu treffen; zwischenzeitlich sollte die Zahlung der Mehrarbeitsvergütung (wenn also feststeht, dass ein Freizeitausgleich innerhalb eines Jahres nicht möglich sein wird) aus Verwaltungsvereinfachungsgründen nachträglich zum jeweiligen Quartalsanfang in die Wege geleitet werden.

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme und Beachtung. Die Regierungen bitten wir, die beruflichen Schulen (ohne Berufsoberschulen und Fachoberschulen) entsprechend zu informieren. Für Rückfragen stehen Ihnen die Sachbearbeiter in den jeweiligen Abteilungen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Dr. Eibert, Leitender Ministerialrat

Wandzeitung des VLB zum Thema.  
Sie hängt auch in Ihrem Lehrerzimmer.

**telegramm +++ telgramm +++ telegramm**

**KMS zur Abrechnung von Mehrarbeit stiftet Verwirrung – lehrerspezifische Abwicklung erforderlich!**

Im März 2002 wurde im Bundestag das Besoldungsstrukturgesetz verabschiedet, das diese vorliegende Regelung beinhaltet. Bayern hat mit Verzögerung nun dieses Gesetz in allen Beamtenbereichen umgesetzt. Eine Beteiligung der Personalvertretung findet aus diesem Grund nicht statt, da kein Verhandlungsspielraum bezüglich des Abrechnungszeitraums besteht.

Das für alle Schularten geltende KMS zur Ausweitung des Abrechnungszeitraums von Mehrarbeit von 3 Monaten auf 1 Jahr setzt die an beruflichen Schulen geltenden Regelungen zur Berechnung der Lehrerunterrichtszeit nicht außer Kraft.

**Nach Rücksprache mit dem Ministerium haben folgende Regelungen an beruflichen Schulen weiterhin Gültigkeit:**

- Am Schuljahresanfang werden die Jahressollstunden errechnet.
- Planbar ausfallender Unterricht kann weiterhin ausgeglichen werden durch Prüfungstätigkeiten sowie überdurchschnittliches außerunterrichtliches Engagement in den verschiedenen Bereichen.
- Die darüber hinaus geleisteten Unterrichtsstunden können auch weiterhin als Mehrarbeit abgerechnet werden. An der Regelung, dass während des Jahres ausgefallener Unterricht abgezogen werden muss, hat sich gegenüber der bisherigen Mehrarbeitsverordnung nichts verändert.
- Die Einschätzung, dass bei einem jährlichen Abrechnungszeitraum die Mehrarbeit gegen Null geht, ist lediglich eine Einschätzung, die im Bereich der beruflichen Schulen nach bisherigen Erhebungen nicht zutreffen wird.

**Die Änderung:**  
Derzeit gilt als einjähriger Abrechnungszeitraum nicht das Schuljahr sondern das Kalenderjahr. Dabei werden die besonderen schulischen Gegebenheiten völlig außer Acht gelassen. Diese Handhabung ist insgesamt absolut demotivierend.

**Verband und Hauptpersonalrat wirken darauf hin, dass das Schuljahr als Organisations- und Abrechnungseinheit für Lehrer an beruflichen Schulen zum Tragen kommt, zumal die derzeitige Neuregelung sich mit dem System von Jahressollstunden in keiner Weise verträgt.**

Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V. · Dachauer Str. 4 · Tel. 089 / 59 52 70 · Fax 5 50 44 43


**dbb**  
 beamtenbund  
 und tarifunion

Erfolg +++ Großer dbb Erfolg +++ Großer dbb E

## Erfolg für Beamte und Versorgungsempfänger!

### Statt 18% Minus:

- **Weihnachtsgeld bleibt erhalten!**
- **Drastische Streichliste vom Tisch!**

## UNSER KONZEPT ÜBERZEUGT

## BAG: Lehrer in Altersteilzeit haben Recht auf ermäßigte Stundenzahl

Lehrer in Altersteilzeit haben Anspruch auf die Ermäßigung von Pflichtstunden aus Altersgründen. Das entschied das Bundesarbeitsgericht (BAG) am 21. Januar in Erfurt (Az.: 9 AZR 4/02). Altersteilzeit und Reduzierung der Unterrichtsstunden verfolgten unterschiedliche Ziele. Die Altersteilzeit solle vor allem neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Auszubildende und Arbeitslose schaffen, die Stundenermäßigung ältere Lehrer entlasten.

Im konkreten Fall hatte eine Lehrerin aus Brandenburg geklagt, die in Altersteilzeit beschäftigt ist. Das Land gewährt Lehrern nach BAG- Angaben vom 55. Lebensjahr an eine Ermäßigung der Pflichtstunden. Für Lehrer in Altersteilzeit sinkt die Zahl der Pflichtstunden aber nicht entsprechend. Diese Regelung benachteilige Lehrer in Altersteilzeit und verstoße gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz, entschieden die Erfurter Richter. *dpa*

## Ausgangslage – Eine gigantische Streichliste:

Urlaubsgeld	➔	weg
Weihnachtsgeld	➔	weg
Einkommen	➔	10% Minus
<hr/>		
Summe	➔	18% Minus

**Das hat der dbb mit seinem Alternativkonzept verhindert!**

- **Das Weihnachtsgeld wird in das Monatsgehalt eingebaut und ist damit endlich vor Zugriffen geschützt.**
- **Das Weihnachtsgeld nimmt künftig wieder an allen linearen Gehaltsanpassungen teil.**
- **Das Urlaubsgeld wird in sinnvolle Strukturmaßnahmen umgewidmet .**

**Diese Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif. Über die Höhe der Abzinsung wird der dbb hart verhandeln.**

**Antwort des Bayerischen Landtags auf eine Eingabe des VLB (10. 04. 2001), 15. Januar 2003**

## Zulagengewährung für Werkstattausbilder an Fachoberschulen

*Sehr geehrter Herr Sauerwein,*

*der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat Ihre Eingabe in der Sitzung vom 10. 12. 2002 nochmals beraten und in Abänderung der Entscheidung vom 19.02.2002 beschlossen, die Eingabe aufgrund der Erklärung der Staatsregierung als erledigt zu betrachten (§ 84 Nr. 4 der GeschO).*

*Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus teilte dem Ausschuss in beiliegender Stellungnahme mit, dass trotz nochmaliger Überprüfung die Gewährung einer Vergütungsgruppenzulage wegen der entgegenstehenden Rechtslage nicht möglich ist. Der Ausschuss sah daher mehrheitlich keine Möglichkeit, den ursprünglichen Berücksichtigungsbeschluss aufrecht zu erhalten.*

*Mit freundlichen Grüßen  
Miller  
Ministerialrat*

**Schreiben von Staatssekretär Karl Freller an den Präsidenten des Bayerischen Landtags, Johann Böhm, 20. August 2002 betreffs Eingabe des Verbands der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V., Herr Landesvorsitzenden Sauerwein in 80335 München vom 10. 04. 2001**

## Zulagengewährung für Werkstattausbilder an Fachoberschulen

*Sehr geehrter Herr Präsident,*

*zum Berücksichtigungsbeschluss des Landtags vom 19. 02. 2002 nehme ich wie folgt Stellung:*

*Das Anliegen des Verbands der Lehrer an beruflichen Schulen e.V. wurde vom zuständigen Fachreferat meines Hauses erneut überprüft.*

*Dabei hat sich ergeben, dass die im KMS vom 20. 06. 2001 Nr. VII/10-P9029-6-7/50676 dargestellte Rechtslage unverändert fortbesteht. Ich möchte die wesentlichen Punkte an dieser Stelle noch einmal zusammenfassen:*

*Werkstattausbilder an Fachoberschulen sind als Lehrkräfte tätig und werden daher wie Lehrkräfte eingruppiert. Für Lehrkräfte gelten die Richtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder über die Eingruppierung der im Angestelltenverhältnis beschäftigten Lehrkräfte (Lehrer-Richtlinien der TdL). Die Anlage 1 a zum BAT – und damit auch die dort vorgesehene Vergütungsgruppenzulage – kommt nach den Lehrer-Richtlinien der TdL bei der Vergütung von Lehrkräften nicht zur Anwendung (siehe Nr. 5 der Vorbemerkungen zu allen Vergütungsgruppen).*

*Somit ist die Gewährung einer Vergütungsgruppenzulage nach Anlage 1 a zum BAT schon aus Rechtsgründen nicht möglich.*

*Eine andere Regelung betreffend Zulagen für angestellte Werkstattausbilder an Fachoberschulen könnte nur durch eine Änderung der Lehrer-Richtlinien der TdL zustande kommen. Ein entsprechender Vorstoß Bayerns erscheint mir aber nicht erfolgversprechend.*

*Abgesehen davon ist die Differenzierung zwischen Werkstattausbildern ohne Lehramtsausbildung und angestellten Fachlehrern auch sachlich gerechtfertigt. Die angestellten Fachlehrer sind breiter ausgebildet als die Werkstattausbilder und können nicht nur in der Werkstaft unterrichten. Auf die Ausführungen zur Vergütungssystematik im o.g. KMS darf verwiesen werden. Dabei ist insbesondere zu beachten, dass auch verbeamteten voll ausgebildeten Werkstattausbildern (Fachlehrern) keine Zulage gewährt wird.*

*Dem Anliegen des Verbands der Lehrer an beruflichen Schulen e.V. kann daher nicht entsprochen werden.*

*Mit vorzüglicher Hochachtung  
Karl Freller  
Staatssekretär*

Dauerbrenner Anwärtersonderzuschläge:

## „Keine Mangelsituation“, sagt die Kultusministerin



HEIKO POHLMANN

„Der Antrag wird für erledigt erklärt.“, so lautet lapidar der neueste einstimmige Beschluss des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtages. Staatsministerin Monika Hohlmeier hatte dort ausgeführt – so ist dem Protokoll zu entnehmen –, dass „es zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus ihrer Sicht rechtlich eher problematisch ist, die Zuschläge zu gewähren, da von einem Mangel nicht gesprochen werden kann.“ Ergänzt und bekräftigt wurde diese Aussage durch MR Knauer vom Finanzministerium, der dem Protokoll nach erläuterte, „besoldungsrechtlich ist zur Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen ein erheblicher Mangel an qualifizierten Bewerbern gefordert. Dies bedeutet, dass die vorhandenen Stellen nicht mehr zu besetzen sind. Eine solche Situation ist nach den Aussagen der Kultusministerin derzeit nicht gegeben.“

Drei Anträge, einer zur Lehrerergänzung von Prof. Dr. Eykmann u. a. (Drs. 14/9986), einer zur Sicherung des Lehrernachwuchses von Dietmar Franske u. a. (Drs. 14/9864) und ein weiterer zur Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen von Dr. Josef Dürr (Drs. 14/9906) wurden damit gleichzeitig für erledigt erklärt.

Die jahrelange Forderung des VLB, zunächst den Anwärtergrundbetrag zu erhöhen und danach Anwärtersonderzuschläge zu zahlen, wurde mit einem Handstreich vom Tisch gefegt. Viele Gespräche mit einzelnen Abgeordneten, bei parlamentarischen Abenden und Anhörungen sind nun scheinbar umsonst gewesen. Dabei waren wir schon so nah an einem sinnvollen Ergebnis (siehe VLB akzente 12/02). Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hatte unter der verdienstvollen Leitung von Prof. Dr. Eykmann eine „vorläufige Beschlussempfehlung“ erarbeitet. Danach sollten wenigstens Referendaren in den Fachrichtungen Wirtschaftswissenschaften, Metall- und Elektrotechnik und Ernährungswissenschaften zunächst im Schuljahr 2003/2004 Anwärtersonderzuschläge in Höhe von 20% gewährt werden.

Nun müssen Referendare, die eine abgeschlossene Lehre und ein Hochschulstudium mit einer Regelstudienzeit von 9 Semestern absolviert haben, teilweise verheiratet sind und Kinder haben, wohl auf absehbare Zeit mit ihrem Nettogehalt und Verheiratetenzuschlag von 1000,00 Euro auskommen. Sie erhalten damit weniger als ein Sozialhilfeempfänger und teilweise weniger als ihre Schüler mit Ausbildungsvergütung.

Dabei werden Lehrer an beruflichen Schulen mit grundständigem Diplom- oder Lehramtsstudiengang dringendst gebraucht. Zu fragen ist, ob kurz-, länger- und langfristig ebenso kein Mangel besteht. Hierzu hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin im Jahre 2002 festgestellt, dass das Durchschnittsalter der Lehrer an beruflichen Schulen im ganzen Bundesgebiet im Jahre 2000 bei 47, 7 Jahren lag und nur 9% der zur Zeit amtierenden Lehrer jünger als 35 Jahre sind. „Im Jahre 2020 werden

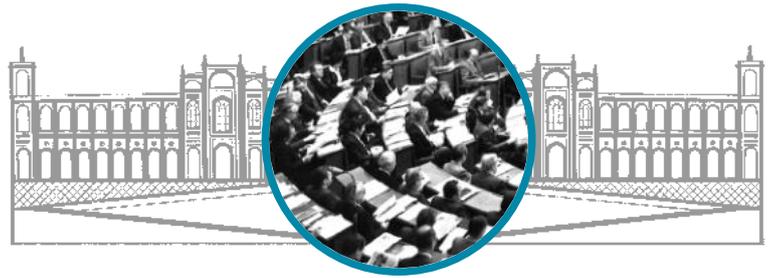
statt nur 13% nach früheren Berechnungen noch 28% der derzeit beschäftigten Lehrer an den Schulen tätig sein. Im Jahre 2025 sind es noch 15%. Wohlgedenkt, es handelt sich hier immer um Lehrer an beruflichen Schulen. Weiter führt das Institut dazu aus: „In Deutschland beträgt der jährliche Einstellungsbedarf im Zeitraum 2000 bis 2005 an den beruflichen Schulen rund 3700 Vollzeitlehrer.“ Dann folgt eine weitere wichtige Feststellung: „Soll es zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lage in der Ausbildung sowie beim Unterricht an den beruflichen Schulen kommen, bedarf es schon jetzt zusätzlicher Einstellungen wie in den Alternativvarianten berechnet.“ (Wolfgang Jeschek, Lehrerbefehl an beruflichen Schulen bis zum Jahre 2025, Ergebnisse einer Neuberechnung, Hrsg.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Publikation Nr. 28 vom 10. Juli 2002).

Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen hat mit Schreiben vom 05. Dezember 2002 an den Vorsitzenden des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, Prof. Dr. Walter Eykmann, folgenden Sachverhalt ausdrücklich festgestellt: „Es ist rechtlich nicht zulässig, Anwärtersonderzuschläge generell zur Unterstützung der Personalgewinnung zu gewähren.“

Vielleicht müssen noch andere Wege überlegt werden, um mehr Lehramtsanwärter zu gewinnen und diese für ihre wertvolle Arbeit besser zu bezahlen. Vielleicht hilft die Idee eines Referendars weiter, der vorgeschlagen hat, Referendaren ebenso wie beim Bafög ein zinsloses Dahrlehen zu gewähren.

Dieser könnte bei Bedarf abgerufen und nach der Einstellung in den Schuldienst ratenweise zurück gezahlt werden. <

# Anfragen – Anträge – Beschlüsse



**Antrag** der Abgeordneten Prof. Dr. Eykmann, Heckel, Prof. Dr. Waschler, Brunner, Jetz, Nöth, Peterke, Pongratz, Schmid Peter, Schreck, Unterländer (CSU), 20. Januar 2003

## Übergangsregelung zur Anhebung der Antragsaltersgrenze

Der Landtag wolle beschließen:

Auf Grund der Anhebung der Antragsaltersgrenze vom 63. auf das 64. Lebensjahr ist eine Übergangsregelung rückwirkend zum 1. Januar 2003 für diejenigen Beamten vorzusehen, die aufgrund einer bereits begonnenen arbeitsmarktpolitischen Beurlaubung oder eines bereits begonnenen Arbeitszeitmodells mit Vollendung des 63. Lebensjahres hätten in den Ruhestand treten können.

Begründung: Die möglichen Fallgruppen betreffen Beamte, die sich am 1. Januar 2003 in arbeitsmarktpolitischer Beurlaubung befinden oder für die am 1. Januar 2003 eine ungleichmäßige Verteilung der Arbeitszeit festgelegt ist und der Ausgleich durch eine vollständige Freistellung vom Dienst bis zu einem Zeitpunkt nach Vollendung des 63. Lebensjahres erfolgt oder die sich am 1. Januar 2003 in Teilzeitbeschäftigung bei Freistellung vom Dienst bis zu einem Zeitpunkt nach Vollendung des 63. Lebensjahres befinden.

Beamte, die bis zur Ruhestandsversetzung arbeitsmarktpolitisch beurlaubt sind, haben ihre finanzielle Lebensplanung häufig auf eine Antragsruhestandsversetzung mit 63 Jahren ausgerichtet. Die Anhebung der Altersgrenze auf das vollendete 64. Lebensjahr und der damit erst später entstehende Anspruch auf Versorgung

bedeutet für diese eine nicht zumutbare Belastung.

Auch Beamten, bei denen sich der Freistellung vom Dienst die Ruhestandsversetzung unmittelbar anschließen sollte, ist es nicht zumutbar, aufgrund der Anhebung der Altersgrenze für ein Jahr in den Dienst zurückzukehren. Es liegt eine vergleichbare Konstellation wie bei Beamten vor, die sich in Altersteilzeit im Blockmodell befinden.

**Schriftliche Anfrage** des Abgeordneten Hirschmann (SPD), vom 25. Oktober 2002

## Sicherstellung von Fortbildungsveranstaltungen ohne zusätzliche Belastung anderer Lehrkräfte

Mittlerweile gibt es die grundsätzlich richtige Vorgabe, dass Lehrerinnen und Lehrer 12 Fortbildungstage auf vier Jahre verteilt besuchen müssen. Angesichts der dadurch anfallenden zusätzlichen Belastung für andere Lehrkräfte und des mitunter zu registrierenden Unterrichtsausfalls frage ich die Staatsregierung:

1. Auf welche Weise kann effektiv sichergestellt werden, dass im Falle von Fortbildungsveranstaltungen in Dillingen keine Unterrichtsstunden entfallen und andere Lehrkräfte nicht zusätzlich belastet werden?

2. Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um diese Situation durch die Bereitstellung zusätzlicher Mobiler Reserven und deren Einsatz zu entlasten?

3. Wie kann finanziell sichergestellt werden, dass auch schulinterne Fortbildungen in Zukunft durchgeführt werden und deren Umsetzung

nicht an den finanziellen Ressourcen scheitert?

**Antwort** des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, vom 12. Dezember 2002

Zu 1.: Nach einer Statistik, die dem Bayerischen Landtag im Jahr 2000 vorgelegt wurde und die von der Größenordnung her nach wie vor Gültigkeit beanspruchen darf, fielen im Schuljahr 1999/2000 von insgesamt 2 792 399 Unterrichtsstunden 22 487 Stunden durch Fortbildung aus, das sind also lediglich 0,81 %.

Diese Absenzen werden vor allem durch die Teilnahme der Lehrkräfte an mehrtägigen Lehrgängen bei der zentralen Fortbildung (z.B. in Dillingen) verursacht. Diese Lehrgänge, die nicht mehr als ein Fünftel der staatlichen Lehrerfortbildung ausmachen, müssen auch während der Unterrichtswochen stattfinden, weil die Akademie in Dillingen ansonsten nicht ausgelastet wäre. Es kann andererseits davon ausgegangen werden, dass schätzungsweise gut 80 % der Lehrkräfte auf der Ebene der regionalen, lokalen und schulinternen Fortbildung Veranstaltungen am Nachmittag oder am Samstag besuchen, die nicht zu Unterrichtsausfall führen.

Um den Unterrichtsausfall, der für die einzelne Schule durch Fortbildung verursacht wird, aber weiter zu reduzieren, bietet die zentrale Lehrerfortbildung inzwischen vermehrt Halbwochenlehrgänge an. Die Schulen koordinieren ihrerseits die Fortbildungsaktivitäten der Lehrkräfte in der Weise, dass möglichst wenige Kollegen gleichzeitig abwesend sind. Im Falle eines unumgänglichen Ausfalls von Unterrichtsstunden tragen die Schulen Vorsorge für ein Nachholen der

Unterrichtsinhalte. Wenn die Absenzen vorhersehbar sind ... sind die betreffenden Lehrkräfte in der Lage, von sich aus Vorkehrungen zu treffen, um den entstehenden Unterrichtsausfall zu kompensieren, etwa durch die Erarbeitung und Bereitstellung von Schüler-Arbeitsblättern. Falls nicht vermieden werden kann, andere Lehrkräfte zur Vertretung heranzuziehen, muss dafür gesorgt werden, dass deren Bilanz an insgesamt geleisteten Vertretungsstunden wieder ausgeglichen wird.

Zu 2.: Wegen der schwierigen Haushaltslage ist der Einsatz zusätzlicher Vertretungen derzeit grundsätzlich nicht finanzierbar...

Zu 3.: Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat mit KMBek vom 9. August 2002 Nr. III/7-P4100-6/51011 („Lehrerfortbildung in Bayern“) die Rahmenbedingungen für die Planung und Organisation der Lehrerfortbildung in Bayern neu gefasst. Zur weiteren Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Schulen ... ist auf dieser Grundlage eine Neuregelung der Vergabe von „Projektmitteln für innovative schulinterne Lehrerfortbildung“ (KMBek vom 23. Januar 2001 Nr. III/7-P4100-6/136535) in Vorbereitung ...

**Schriftliche Anfrage** der Abgeordneten Lück (SPD), 29. Oktober 2002

### Verwendung der Bundesmittel aus dem Programm „Zukunftsinvestitionsprogramm für berufliche Schulen (ZIBS)“

Ich frage die Staatsregierung

1. Wie viel der für Bayern zur Verfügung gestellten Mittel wurden für die einzelnen Bezirke Bayerns ausgegeben?

2. Konnten alle Anträge in Bayern berücksichtigt werden bzw. wurden alle Bundesgelder voll ausgeschöpft?

3. Wie werden die Mittel für 2002 verteilt (nach Regierungsbezirken und nach Schulen)?

4. Mussten die Aufwandsträger Eigenmittel aufbringen. Wenn ja, in welcher Höhe?

**Antwort** des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 06.12.2002

Zu 1.: Die Bundesmittel für das Haushaltsjahr 2001 in Höhe von 12.649.700,- Euro wurden wie folgt auf die Regierungsbezirke verteilt:

Oberbayern	5.333.600,- Euro
Niederbayern	723.000,- Euro
Oberpfalz	864.100,- Euro
Oberfranken	1.154.500,- Euro
Mittelfranken	2.708.800,- Euro
Unterfranken	989.900,- Euro
Schwaben	875.800,- Euro

zusammen: 12.649.700,- Euro

Zu 2.: Im Haushaltsjahr 2001 konnten mit Ausnahme der Anträge der kommunalen beruflichen Schulen in Oberbayern alle Anträge aus Bayern voll berücksichtigt werden. Die Bundesgelder wurden voll ausgeschöpft. Im Haushaltsjahr 2002 mussten wegen Überzeichnung des Programms Prioritäten gesetzt werden.

Zu 3.: Die Bundesmittel für das Haushaltsjahr 2002 in Höhe von 5.782.700,- Euro wurden wie folgt auf die Regierungsbezirke verteilt:

Oberbayern	1.400.000,- Euro
Niederbayern	780.000,- Euro
Oberpfalz	750.000,- Euro
Oberfranken	550.000,- Euro
Mittelfranken	730.000,- Euro
Unterfranken	540.000,- Euro
Schwaben	1.032.700,- Euro

zusammen: 5.782.700,- Euro

Die Aufteilung auf die einzelnen Schulen nehmen die Regierungen vor.

Zu 4.: Die Aufwandsträger mussten im Haushaltsjahr 2001 Eigenmittel in Höhe von 50 v.H. aufbringen. Wegen Überzeichnung des Programms betragen die Eigenmittel der Aufwandsträger im Haushaltsjahr 2002 60 v.H.

**Antrag** des Abgeordneten Vogel (SPD) vom 6. Dezember 2002

### Berücksichtigung des Eigenanteils an den Lehrerfortbildungskosten als Werbungskosten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die inhaltlichen und steuerrechtlichen Voraussetzungen aufzuzeigen, unter denen die von Teilnehmerinnen und Teilnehmern selbst zu tragenden Kosten für den Besuch von Fortbildungsveranstaltungen an der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen steuerlich als Werbungskosten anerkannt werden.

Insbesondere ist darzulegen,

- wie es bei Auslandsstudienreisen vermieden werden kann, dass die sehr hohen Eigenbeteiligungen der teilnehmenden Lehrkräfte ohne jede steuerliche Berücksichtigung bleiben und
- welche Schritte die Staatsregierung unternehmen wird, damit die vorbildlichen Fortbildungsinitiativen der Akademie nicht durch steuerrechtliche Regelungen beeinträchtigt werden.

**Begründung:** Die Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen unternimmt vorbildliche Initiativen, um gerade durch Studienreisen und Seminare „vor Ort“ die Lehrerfortbildung effizienter zu machen. Die entsprechenden Programme sind sehr anspruchsvoll und intensiv und keinesfalls mit Studienreisen im üblichen Sinne zu vergleichen ... Aufgrund der Mittelausstattung der Akademie ist es aber erforderlich, dass diese Veranstaltungen auch durch relativ hohe Eigenbeiträge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mitfinanziert werden. Es häufen sich in den letzten Jahren die Fälle, in denen Finanzämter diese (hohen) Eigenbeiträge nicht als Werbungskosten anerkennen. Es steht zu befürchten, dass deshalb das diesbezügliche Programmangebot der Akademie nicht mehr in der wünschenswerten und notwendigen Art und Weise wahrgenommen wird. Dies führt zu einer Beeinträchtigung der Lehrerfortbildung in Bayern.

Innovationspreis für die Schulentwicklung:

## Auch vier berufliche Schulen ausgezeichnet

Bei der diesjährigen Vergabe des „Innovationspreises für innere Schulentwicklung“ (i.s.i.) stellte die Stiftung „Bildungspakt Bayern“ – insbesondere veranlasst durch die Ergebnisse der PISA-Studie – die Unterrichtsqualität in den Mittelpunkt ihrer Bewertungskriterien. Es geht nicht um öffentlichkeitswirksame Eintragsfliegen, sondern um einen kontinuierlichen Prozess zur Verbesserung von Schule und Unterricht, meinte Kultusministerin Hohlmeier anlässlich der Preisverleihung im Januar in München..

Knapp 100 bayerische Schulen waren an dem Wettbewerb beteiligt, den die Stiftung „Bildungspakt Bayern“ initiiert hatte. 31 kamen in die innere Auswahl, 23 wurden schließlich ausgezeichnet. 27 Juroren – Vertreter der Eltern, der Wirtschaft, der Schulaufsicht, der Lehrer sowie der Schüler – reisten durch den Freistaat, um die Bewerber unter die Lupe zu nehmen. Sie bewerteten u.a. den Einsatz neuer Unterrichtsformen, die Art, in der die Schülerschaft Verantwortung trägt, das Zusammenwirken von Schulleitung, Kollegium und Elternschaft oder die Fortbildungsbereitschaft der Lehrkräfte. Die Juroren hatten bei vielen sehr erfreulichen Ergebnisse die Qual der Wahl und lobten zusätzlich zu den vorgesehenen Preisen noch drei Sonderpreise aus. Die ersten Preise waren mit 5 000 Euro, die zweiten mit 4 000 Euro, die dritten mit 3 000 Euro und die Sonderpreise mit 2 000 Euro dotiert. Darüber hinaus wurden die weiteren nominierten Schulen mit 500 Euro belohnt. Stiftungspartner Hewlett Packard übergab den teilnehmenden Schulen jeweils eine Digitalkamera.

Preisträger unter den beruflichen Schulen sind das Städtische Berufsbildungszentrum für Hauswirtschaft, Textil, Kinder- und Sozialpflege in Augsburg, die staatliche Berufsschule Erlangen und die staatliche Berufs-



Das Projekt „Pausenverkauf“ der Berufsschule III in Augsburg bei der Verleihung der Sieger Urkunde, von links: Kultusministerin Monika Hohlmeier, die Schüler/innen Stefan Haupt, Nicole Brown, Tanja Seitz, Schulleiterin Annemarie Harter, Laudator Markus Vorbeck und Lehrerin Brunhilde Wiater.

schuleKempten. Einen Sonderpreis erhielt die Fachschule für Heilerziehungspflege und -hilfe in Ebenried.

### Laudatio an die BS III Augsburg für den ersten Preis in der Kategorie „Berufliche Schulen“:

„Der Unterricht für benachteiligte Schülerinnen und Schüler ist eine ganz besondere Herausforderung für die Lehrer. Diese so genannten Jungarbeiter aktiv in den Unterricht einzubeziehen ist wohl eine der anspruchsvollsten pädagogischen Aufgaben.

Die Schule bewältigt diese Aufgabe vorbildlich, ihr Modell ist schlüssig und erfolgreich. Am Projekt Pausenverkauf wird das deutlich. Der Pausenverkauf wird von den Schülerinnen organisiert, indem sie Einkauf, Kalkulation, Werbung, Service usw. selbstständig in Arbeitsgruppen planen und umsetzen.

Die Jury war aber nicht nur von diesem Projekt beeindruckt, sondern auch von dem außergewöhnlich hohen Engagement des Kollegiums. Nicht warten, bis irgendetwas von oben angeordnet wird, sondern die Ärmel hochkrepeln und selbst anpacken, lautet die Devise. So sind u.a. Expertenrunden und Arrangements für eigenverantwortliches Lernen tägliche Praxis.

Mit Corporate Identity ist nicht nur die Gestaltung der Räume gemeint. Seit Jahren wird an der Verbesserung der Organisation, des Schulklimas und der Öffentlichkeitsarbeit gefeilt. Vertrauen zueinander ist die Grundlage

des positiven Miteinanders – das ist das pädagogische Credo aller Partner des Schullebens an dieser Schule.“

### Laudatio an die BS Erlangen für den zweiten Preis:

„An dieser großen Schule bildeten sorgfältige Trainingsmaßnahmen für die Lehrer in den letzten Jahren die Grundlage für die Weiterentwicklung des Unterrichts. Die Verknüpfung von Theorie und Praxis war dabei eines der Hauptanliegen, das vorbildlich bei den Gesundheitsberufen umgesetzt wurde. Dieser praxisorientierte Ansatz wird auch in der Ausstattung der Klassenzimmer deutlich: Medien überall, in den meisten Räumen Material für eigenverantwortliches Arbeiten.

Wo immer notwendig, kümmern sich die Koordinationsgruppe oder der Schulleiter um externe Unterstützung. Pädagogische Tage und regelmäßige pädagogische Konferenzen gehören zum Schulentwicklungsprozess.

Besonders hervorzuheben ist das Forum der Ausbilder-Eltern-Gespräche. Durch die Einladung der Ausbilder gelingt es der Schule, eine ungewöhnliche Elternbeteiligung zu erreichen. Wir wissen, dass wir am Anfang stehen hatte die Schule in ihre Bewer-

bungsunterlagen geschrieben – dieser Satz hat die Jury zudem mehr überzeugt als manche kiloschweren Unterlagen.“

### Laudatio an die Berufsschule Kempton für den dritten Preis:

„Vor einigen Jahren begann alles mit dem Schulversuch „Schule gestalten“: Man begann darüber nachzudenken, wie man selbst, ohne Eingriffe von oben Ideen und Modelle umsetzen könnte.

Heute sind Schulprogramm und Leitbild fertig, die Schule weiß, wie sie sich ihre Absolventen vorstellt und worauf alle gemeinsam hinarbeiten wollen. Eine detaillierte jährliche Übersicht über Projekte und Vorhaben sichert die Transparenz in allen schulischen Aktivitäten.

Berufsschule und Wirtschaftsschule arbeiten nicht nebeneinander her: Hier wird die Möglichkeit des Austausches wirklich genutzt. So sind Berufsschülerinnen und -schüler regelmäßig als Experten und Tutoren in der Wirtschaftsschule. Dieses Lernen durch Lehren trägt sehr effizient zur Ausbildung von Schlüsselqualifikationen bei.

Die meisten Lehrerinnen und Lehrer arbeiten in beiden Schulen; also keine Rede von Abschottung untereinander, sondern ein synergetisches Miteinander.

Die Jury hat unter anderem beeindruckt, dass Vergleiche mit den Prüfungsergebnissen anderer Schulen eine der Säulen der Qualitätsarbeit sind. Natürlich braucht es eine Weile, bis sich aus solchen Erhebungen zuverlässige Schlussfolgerungen ziehen lassen. Oberflächlichkeit und Aktionismus sind da kontraproduktiv. Und Vorsicht ist auch vor einer Verzettelung in tausend kleine Einzelaktivitäten geboten. Man hält sich an den Wahlspruch: Wer versucht viele Hasen gleichzeitig zu fangen, fängt am Ende keinen.“

### Laudatio an die Berufsfachschule Ebenried für den Sonderpreis in der Kategorie „Berufliche Schulen“:

„Alle reden von Organisationsentwicklung und Qualitätsmanagement –

diese Schule praktiziert beides in vorbildlicher Form. Ausgebildete Auditoren betreuen das ISO-Audit und stehen auch anderen Schulen und Einrichtungen zur Verfügung. Wer sich näher über systemische Qualitätsentwicklung informieren möchte, der ist hier an der richtigen Adresse. Die Schule ist nach ISO 9001 zertifiziert, eine Qualitätsmanagement-Beauf-

tragte moderiert den Verlauf des gesamten Prozesses. Ein hochmodernes Schulmanagement, klar strukturiert und professionell betrieben – damit ist die Grundlage für eine systematische Unterrichtsentwicklung gelegt. Sie sollte das nächste Ziel der Schule sein.

Die hohe Professionalität des TQM-Prozesses hat die Jury bewogen, einen Sonderpreis zu vergeben. <

## „Berufsschüler erhalten keine Ermäßigung!“

An der Kasse ein Schild mit den Eintrittspreisen, darunter der Hinweis auf Schüler und Studenten. Sie bekommen Ermäßigung. Ebenso wie Rentner. Diese allerdings nur, wenn sie 65 sind. Der Besucherstrom hält sich in Grenzen; es ist werktags und die Ausstellung läuft schon seit geraumer Zeit.

Im Foyer eine Gruppe junger Leute, eine Schulklasse offensichtlich. „Alle da?“ fragt der Lehrer. „Alle da!“ Er schreitet zur Kasse. Dort aber wird's kompliziert. „Welche Schule?“ fragt die Dame hinter der Theke. „BS III, hier aus Ascheberch“, antwortet der Lehrer und reicht die Euro-Scheine rüber. Die Ermäßigung ist bereits abgezogen. „BS, heißt das Berufsschule?“ fragt die Kassiererin. Rückt die Brille zu recht und stellt klar: „Für Berufsschüler gibt es keine Ermäßigung“. „Wie bitte? entgegnet der Lehrer. Sie zeigt ihm ein Papier wo's draufsteht. Genauer gesagt, wo Berufsschüler nicht draufstehen. „Grundschüler, Hauptschüler, Realschüler, Gymnasiasten...“, heißt es da. Berufsschüler? Fehlanzeige, leider.

Der Lehrer schnaufte durch, ich übrigens auch. „Warum?“ Warum, will er wissen. Sind Berufsschüler denn keine Schüler? „Nein, sie stehen hier nicht drauf“. Die Antwort ist ebenso kurz wie entwaffnend. „Lesen Sie selbst“, sagt die Kassiererin und man sieht ihr an, dass der Blutdruck steigt. „Berufsschüler verdienen halt schon“, sagt einer in der

Schlange, ein älterer Herr, dem langsam die Geduld auszugehen droht.

Dennoch: der Tonfall bleibt moderat, die Sache klärt sich auf, als eine junge Dame die Szene betritt. Sie holt die Gruppe zur Führung ab, mit ihr war wohl alles vereinbart worden, auch der Eintritt. Die Klasse steigt die Treppe hinauf, der Rundgang beginnt.

Warum Gymnasiasten und Studenten? Warum nicht Berufsschüler? frage ich mich, der ich zufällig Zeuge dieser eher nebensächlichen Begebenheit wurde. Oder ist sie vielleicht doch nicht so nebensächlich? „Berufsschüler verdienen schon“, sagte der Mann in der Schlange. Wirklich, Berufsschüler erhalten eine Ausbildungsbeihilfe, die meisten von ihnen wenigstens. Vielfach ist dies aber nur ein Bruchteil dessen, was Studenten oder Gymnasiasten für ihre Nebenjobs einstecken. Aber das ist gar nicht entscheidend. Das Entscheidende ist eher die Frage nach der Gleichbehandlung oder besser: nach der Gleichwertigkeit der Bildungsgänge, von der alle reden. Damit scheint es nicht zum Besten zu stehen, wie das Beispiel zeigt. Da kommen einem zumindest Zweifel.

Bei den Berufsschülern übrigens handelte es sich um Floristen der 10. Jahrgangsstufe. Und fast hätte ich's vergessen: Der Vorfall ereignete sich bei der Ausstellung „Das Rätsel Grünwald“ im Schloss von Aschaffenburg.

Peter Thiel

Modus 21 – Unternehmen Schule am Beispiel Berufsschule Weiden:

## Wie viel PR braucht eine Schule?

**MICHAEL BÄUMLER**

Die Schule ist von Natur aus eine öffentliche Einrichtung und steht so permanent im Blickpunkt vielfältiger Interessengruppen: Schüler, Eltern, Ausbildungsbetriebe und Partner, Lehrkräfte, Interessenorganisationen, Schulaufsicht und der allgemeinen Öffentlichkeit.

Das Kerngeschäft besteht nach wie vor in der Erziehung und Bildung junger Menschen. Meist werden Schulen nur zum Thema in den Medien, wenn sich die Nachricht gut darstellen lässt und so Interesse weckt, man denke beispielsweise an die Berichterstattung über angeblich faule Lehrkräfte oder schlecht ausgebildete Pädagogen, an die Diskussion um die PISA-Studie oder schreckliche Ereignisse wie in Freising oder Erfurt.

Der „normale“, aber deswegen nicht schlechte Unterricht ist wenig öffentlichkeitswirksam und bleibt daher meist unbeachtet. Selbst über die hervorragende Arbeit vieler Schüler mit ihren Lehrkräften in Form von Projekten sowie Arbeitsergebnissen oder Erkenntnisse aus Studienfahrten sowie durch erfolgreiche Kooperationen zwischen Lernorten wird zu wenig berichtet. In diese Bereiche investieren viele Kolleginnen und Kollegen ein hohes Maß an Engagement, meist neben ihrer regulären Unterrichtstätigkeit.

Daher stellt sich die Frage: Wie viel PR braucht eine Schule? Ferner soll neben der Bedeutung der Kommunikation in Schulen dargestellt werden, welche wesentlichen Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit herangezogen werden können. Ebenso sollen der Umgang mit den Medien beleuchtet werden, um so in Zukunft die Beziehung zwischen Medien und Schulen positiv zu gestalten.

Die Staatliche Berufsschule Weiden ist neben drei weiteren beruflichen Schulen Teilnehmer am Modell-

versuch Modus 21 und wird hier versuchen, für Schüler, Lehrkräfte und Unternehmen und Partner Verbesserungen und Innovationen zu erproben sowie positive Effekte im Rahmen der Kooperation miteinander zu erzielen.

Als größte Staatliche Berufsschule in Bayern mit 3332 Schülern in 151 kaufmännischen und gewerblichen Klassen will man auch verstärkt die Öffentlichkeitsarbeit nutzen.

### PR-Team als Schnittstelle in der Schule

In diesem Zusammenhang wurde neben einem Kernteam für Schulentwicklung auch ein PR-Team eingerichtet, welches die erzielten Ergebnisse mit dokumentiert und gezielt veröffentlicht. Dadurch wird ein Beitrag für die Verbesserung der internen Kommunikation erreicht und natürlich die Öffentlichkeitsarbeit koordiniert und verbessert.

Medienarbeit ist keine Einbahnstraße, sondern es ist ein Vertrauensverhältnis aufzubauen und ein regelrechtes Netzwerk zu schaffen. „Kommunizieren, nicht nur informieren“ lautet die Devise. Gute und vertrauensvolle Medienkontakte bekommt man aber nicht auf die Schnelle oder im Vorbeigehen. Public Relations sind somit Investitionen in die Zukunft und der Ertrag macht sich erst später oder indirekt bemerkbar. Aufgrund der Herausforderungen in der Bildungslandschaft sind in Zukunft Faktoren wie ein positives Image und entsprechende Öffentlichkeitsarbeit von Bedeutung. Auch für die eigenen Mitarbeiter spielt eine transparente Kommunikation und ein offenes Schulklima eine wichtige Rolle, nicht zuletzt im Rahmen des Lehrermangels und offener Bewerbungsverfahren.

Wichtig ist, dass alle Beteiligten über notwendige Informationen verfügen und sich mit ihrer Schule identifizieren. Gerade die einleitend ange-

sprochenen emotionalen Mediendiskussionen über das Thema Schule bedürfen einer Kommunikationskompetenz und Koordinierung in einer entsprechenden Stelle neben der Schulleitung, die rechtlich die Schule nach Außen vertritt.

Vielfältige Anlässe, wie Pressekonferenzen, Preisverleihungen und Auszeichnungen, Präsentationen, Messeauftritte, Konferenzen, Versammlungen sowie die Darstellung im Intranet und Internet haben letztendlich das Ziel, mittelbar oder unmittelbar die Zielgruppen der Schule zu erreichen und zu überzeugen: Schüler und Betriebe – Lehrkräfte und Mitarbeiter – Schulaufsicht und weitere Öffentlichkeit. Hierbei kann eine PR-Abteilung oder ein Team unterstützend wirken und auf bestehende Erfahrungen zurückgreifen.

Natürlich besteht dadurch ein Zusammenhang zwischen Darstellung der Schule und ihrer Leitungspersonen und der Öffentlichkeitswirkung und der Einschätzung.

Gerade Journalisten bewerten diese Eindrücke und machen davon eine Berichterstattung abhängig; oft ist davon die Art bzw. Qualität und der Umfang der Darstellung abhängig.

Ferner ist die Erreichbarkeit der Schule und der entsprechenden Leitungspersonen ein wichtiger Beleg der Kommunikationsfähigkeit und Öffentlichkeitsarbeit. So gehören Informationen im Internet sowie Kontaktmöglichkeiten über E-Mail oder Telefon mittlerweile zum alltäglichen Verständnis.

Der Führungsstil einer Schule wirkt sich ebenso nachhaltig auf das Schulklima aus, welches wiederum wichtig ist für das Kollegium und mögliche Nachwuchskräfte. Meist entscheiden sich viele Lehrerinnen und Lehrer für die Schule, in der Zusammenarbeit, Knowhow-Austausch und Teamarbeit sowie entsprechende Organisations- und Arbeitsbedingungen gegeben sind, und somit die Arbeitskultur und ein positives Schulklima prägen. Eine offene, häufige Kommunikation und ein respektvoller Umgang ist somit entscheidend für eine gute öffentliche Einschätzung.

## Verhältnis Medien und Schule

Die allgemeine Öffentlichkeit oder Unbeteiligte bilden sich in der Regel ihre Meinung – auch über eine Schule – neben persönlichen Erfahrungen, die oft bereits viele Jahre zurückliegen und somit nicht mehr aktuell und richtig sind, durch die Medien. Daher ist ein erfolgreicher Umgang mit diesen Stellen von hoher Bedeutung. Auch durch die offene Kommunikation kann vermieden werden, dass Journalisten sich anderer Quellen bedienen müssen oder Sachverhalte einseitig und nicht objektiv darstellen.

Daher sollte man einen aufgeschlossenen Umgang mit den Journalisten als Partnern pflegen. Ein einheitlicher Ansprechpartner wäre wünschenswert, ist aber meist nicht gegeben.

Medienarbeit sollte in Schulen zur Chefsache gemacht werden. Journalistenkontakte haben fast eine gleich hohe Priorität wie das Kerngeschäft und die Kontakte zu Partnern, Lehrkräften und Schülern. Denn die öffentliche Meinung oder vielmehr die veröffentlichte Meinung ist für den Erfolg entscheidend, genauso wie harte Daten wie Schülerzahlen, Prüfungsergebnisse, Fachkompetenz der Lehrkräfte usw.

Insgesamt ist die Philosophie der Schule zu hinterfragen: Wer meint, Public Relations kostet nur Geld und bringt Schulen nichts, der ignoriert die Wirkungen durch Bekanntheit, Image und Mediendarstellung. PR sind Investitionen, die einen positiven Beitrag leisten.

Natürlich ist von Bedeutung, Grundsätze der Medien und deren Arbeit zu kennen und auch zu beherrschen. Gerade die unterschiedliche Arbeitsintensität bei den Medien, z.B. kurz vor Redaktionsschluss, sollte man berücksichtigen. Aufgrund der Vielfalt an zu bearbeitenden Themen muss ein Redakteur eher Generalist als Spezialist sein, so dass seitens der Schule eine gute Vorbereitung umso mehr die Berichterstattung beeinflusst. Somit erleichtert man eine umfassende Recherche und legt Zusammenhänge verständlich dar. Darüber hinaus sollte für Relevanz und Verständlichkeit der Pressemitteilung ge-

sorgt werden, da meist dies für eine Veröffentlichung entscheidet. Hierzu kann wiederum ein Presse- oder PR-Team die Koordination und auch die Sachkompetenz im Umgang mit Medien übernehmen.

Die Glaubwürdigkeit von PR-Stellen hat eine hohe Bedeutung. Zu viele und unbedeutende Pressemitteilungen führen häufig zum Gegenteil, d. h. nach wie vor gilt auch hier der Grundsatz „Qualität vor Quantität“. Nur Nachrichten mit news-Wert führen dazu, dass die Schule ein interessanter Informationspartner für die Medien bleibt.

Um die Arbeit zu erleichtern, sollte man Standard-Unterlagen vorhalten, d. h. es empfiehlt sich ein Archiv zum Schulportrait zu haben, Fotos der Leitungspersonen, Visitenkarten, bisher versandte Presseveröffentlichungen usw. Natürlich sind auch Ansprechpartner festzulegen und die Erreichbarkeit sicherzustellen. Eine Pressemappe eignet sich besonders, um Daten über die Schule, Statements in Kurz- und Langfassung, Fotos oder Hintergrundinfos gesammelt parat zu haben.

Was Journalisten häufig bemängeln ist, dass der Inhalt nicht aktuell sei, keine direkte Erreichbarkeit der Verantwortlichen (z. B. durch E-Mail) gewährleistet ist, keine Suchfunktion oder Archive auf Internetseiten bestehen.

## Exemplarische Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit

Die gängigsten Instrumente bei der PR-Arbeit sind:

- Presseinformation/Pressemeldung
- Pressekonferenz
- Pressegespräch
- Interview
- Leserbrief
- Messepräsenz
- Kolumnen

Bei einer Pressemeldung ist vorher sorgsam zu überlegen, was die Schule erreichen will, d. h. die Grundbotschaft muss klar sein und der Aufhänger muss deutlich dargestellt werden. Hierbei gilt eine Überschrift zu finden mit Leseanreiz, dabei das Wichtigste zuerst, da meist vom Schluss her gekürzt wird. Der Kern sollte in den er-

sten fünf bis sechs Zeilen dargestellt werden.

Auch ist es sinnvoll, Zusatzinfos oder Ansprechpartner anzubieten, psychologisch vorteilhaft ist die Darstellung auf maximal einer DIN A 4-Seite. Ein entsprechendes Layout mit gleich bleibender Kopfzeile und Schrift bietet ein einheitliches Erscheinungsbild und wirkt seriös.

## Der erste Eindruck entscheidet

Vorrangig entscheidet leider das Äußere, d.h. das Auftreten von Menschen oder einer Organisation (Sehen 55 %), 38 % durch Hören und der Inhalt ist nur zu 7 % entscheidend. Dies mag überraschen, da wir als Lehrkräfte sehr viel Wert auf Fachkompetenz und Wissensvermittlung sowie Lernen Wert legen, im Umgang mit Medien sind aber auch andere Kompetenzen gefragt. Dies ist ein weiterer Grund, ein PR-Team als Spezialisten für die Öffentlichkeitsarbeit einer Schule einzusetzen. Der Journalist nimmt daher das Auftreten vorrangig wahr und leitet hieraus seine weitere Einschätzung ab.

Ergänzung der externen Kommunikation durch interne Kommunikation

Neben der externen Kommunikation spielt auch die schulinterne, innere Kommunikation eine wichtige Rolle für eine moderne Schule. Personalversammlungen, Konferenzen der verschiedensten Art, Mitarbeitergespräche usw. ermöglichen häufige Kontakte der Schulleitung mit den Lehrkräften und sind Zeitpunkte Informationen weiterzugeben. Eine zeitnahe Aufklärung ist besonders wichtig, denn besonders negativ wirken sich Nachrichten aus, die dem Kollegium nicht bekannt sind und durch Dritte übermittelt werden. Daher ist eine professionelle Schulkommunikation genauso zu forcieren, wie die externe Kommunikation gegenüber den Medien. Durch ein Intranet und Internet mit E-Mail ist dies heutzutage problemlos möglich, gegebenenfalls durch Rundschreiben oder Aushänge. Nichts desto trotz sollte trotz aller modernen Technik und Zeit- und Kostenersparnis bei wichtigen Informationen das persönliche Gespräch vorgezogen werden. <

## Die Workshop-Methode:

# Workshops – Mittel zur Gestaltung von Arbeit

## MARTIN RUF \*

- Workshops erarbeiten Ergebnisse nachhaltiger.
- Workshops beteiligen die Betroffenen aktiv.
- Workshops benötigen die Moderationsmethode.
- Der Moderator eines Workshops ist nicht für den Inhalt verantwortlich.

### Workshops sind ein Mittel zur Gestaltung von Arbeit

Workshops können als Instrumente zur Arbeitsgestaltung, zur Problemlösung oder im Rahmen von Organisationsentwicklungsprozessen genutzt werden. In der betrieblichen Praxis finden Workshops zum Beispiel bei Gesundheitszirkeln, Qualitätszirkeln oder Problemlösegruppen Anwendung. Die Übertragbarkeit auf schulische Belange als eine von vielen Unterrichtsmethoden aber auch als Arbeitsmethode bei der Schulentwicklung ist jederzeit gegeben, wie die nachfolgenden Ausführungen belegen werden.

### Definition

Übersetzt bedeutet Workshop „Werkstätte, Arbeitskreis, Arbeitsgruppe oder Kurs“. Der Begriff Werkstätte bezieht sich hierbei nicht auf ein handwerkliches Produkt, sondern auf das „Denkprodukt“ (Produkt gemeinsamer geistiger Arbeit), das gemeinsam erarbeitete Ergebnis.

### Ziele

Workshops haben allgemein zum Ziel:

- Die Entwicklung und Erprobung neuer Ideen und Modelle für die gemeinsame Arbeit,
- komplexe Probleme kooperativ zu lösen,
- Beteiligung aller am Workshop Beteiligten,

- Einbeziehung von Expertenwissen der Beteiligten,
- Entwickeln von praxisnahen, umsetzungsfähigen Lösungen mit Hilfe der Beteiligten.

Workshops werden als Arbeitsmethode bevorzugt, weil die Selbsterarbeitung von Lösungen und Ideen die Identifizierung erhöht und die Umsetzung wahrscheinlicher macht.

Der Unterschied zu Besprechungen, Seminaren, Versammlungen o.ä. liegt:

- in der konkreten Zieldefinition (vor Beginn eines Workshops wird das Ziel des Workshops festgelegt),
- in der Arbeitsweise (Metaplanmethoden),
- in der Erarbeitung umsetzungsfähiger Lösungen unter Mitwirkung aller Beteiligten.

### Arbeitsweise

Bei Workshops empfiehlt es sich, die Moderationsmethode anzuwenden: „Moderation ist ein Handwerk und eine Kunst zur Verbesserung der menschlichen Kommunikation.“ (Zitat: Klebert K., Schrader E., Straub G., 1985 S.9)

Grundelemente der Moderationsmethode sind

- Visualisierung,
- Aktivierung der Teilnehmenden und
- der Einsatz eines Moderators

### Visualisierung

Alles was im Workshop besprochen wird, wird auf Stellwänden mit Wandzeitungen festgehalten. Dabei wird mit Metaplankarten gearbeitet. Der Moderator schreibt auf Zuruf, die Teilnehmer schreiben selbst, oder der Moderator hält parallel zur Diskussion das Wesentliche fest.

### Notizzettel ist das Flipchart.

Das Protokoll besteht aus den abfotografierten Wandzeitungen.

### Aktivierung

Nicht der Moderator ist für die Inhalte des Workshops verantwortlich, sondern die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops. Moderationsumgebung, Methodenkenntnis und die Haltung des Moderators (z.B. fragen statt sagen) sind wesentliche Voraussetzungen, um einen Workshop aktiv durch die Teilnehmenden gestalten zu lassen.

### Moderatoren

Den Moderatoren kommt eine besondere Bedeutung zu, denn sie sind für die Methodenkompetenz und die Ablaufplanung verantwortlich, jedoch neutral, was die Inhalte anbelangt. Diese Rolle ist insbesondere bei Fragestellungen, in die der/die ModeratorIn selbst involviert ist, schwer durchzuhalten. Deshalb empfiehlt es sich, hier auf externe Moderatoren zurückzugreifen.

Werden interne Moderatoren eingesetzt, sollte darauf geachtet werden, dass der Moderator nicht in Verstrickung mit seinen eigenen inhaltlichen Vorstellungen gelangt, und u.U. dann die Möglichkeit nutzt, diese mit Hilfe der Teilnehmenden zu verfestigen.

### Ablauf von Workshops

Ohne konkrete Zieldefinition sollte kein Workshop beginnen.

Ziele eines Workshops können z.B. sein:

- Feststellung der Ursachen, warum es in einer Klassengemeinschaft dauernd zu Spannungen kommt und Entwicklung von Verbesserungsvorschlägen für ein positives Klassenklima.
- Gemeinsame Gestaltung der Arbeitsumgebung von Schülern und Lehrern mit Abbau von ergonomischen Einrichtungsmängeln in einem Arbeitsraum (Klassenzimmer oder Werkstatt).

Festgelegt werden müssen ebenfalls Dauer, Teilnehmerstruktur und -zahl, sowie die Person des Moderators.

Der Workshop beginnt mit Ausgangsfragen zur Frage- oder Problemstellung. Es wird eine gemeinsame

Sammlung der Probleme vorgenommen. Danach werden diese von der Gruppe im Sinne einer Prioritätensetzung gewichtet. Im Anschluss werden die Probleme mit der höchsten Priorität entweder in Kleingruppen oder in der Gesamtgruppe bearbeitet.

Der/die ModeratorIn achtet u.a. darauf,

- dass der zeitliche Verlauf eingehalten wird,
- dass nur solche Probleme behandelt werden, deren Lösung auch von der Gruppe selbst in Angriff genommen werden kann (keine Verlagerung auf andere Ebenen),
- dass alle zu Wort kommen und nicht nur wenige die Ergebnisse bestimmen.

Als Ergebnis eines Workshops, der eine oder mehrere Sitzungen haben kann, wird in der Regel ein Aktivitätenplan mit Verantwortlichen und Fristsetzungen festgelegt.

### Spezielle Workshopformen

Qualitätszirkel machen Vorschläge zur Verbesserung von Produkten, Dienstleistungen und Abläufen und auch Arbeitsbedingungen.

Konfliktworkshops klären Konflikte, Kooperations- und Kommunikationsstörungen.

Projektgruppen haben Workshopform und zum Ziel, Schritte zur Prozess- und Strukturveränderung z. B. innerhalb eines Organisationsentwicklungsprozesses zu erarbeiten.

Lernstatt ist eine gruppenorientierte Maßnahme zur Behebung von Qualifikations- und auch Kooperationsdefiziten. <

\* Die Ausführungen basieren auf einem Aufsatz von Margit Kölbach

### Aktuelles für den BWL-Unterricht:

## LieBe und SchARM statt WUMS

### HELMUT STEPHAN

Generationen von Schülern haben im BWL-Unterricht die Rechte des Käufers auf Grund einer Mängelrüge wegen mangelhafter Lieferungserfüllung eines Kaufvertrages mit einer beliebigen Merkhilfe gelernt: dem Akronym WUMS.

Dabei stehen die vier Initialbuchstaben für folgende Wahlrechte:

- W = Wandelung, d. h. Rückgängigmachung des Kaufvertrages gemäß § 462 BGB a.F.
- U = Umtausch, d. h. Ersatzlieferung mangelfreier Ware gemäß § 462 BGB a.F.
- M = Minderung des Kaufpreises gemäß § 462 BGB a.F.
- S = Schadensersatz wegen Nichterfüllung bei Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft bzw. einem arglistig verschwiegenen Mangel gemäß § 463 BGB

Durch die Schuldrechtsreform zum 01.01.2002 wurde das Kaufvertragsrecht tiefgreifend verändert. Auch die Reklamationsrechte bei einer mangelhaften Erfüllungslieferung des Kaufvertrages sind ausgedehnt und reformiert worden. Dabei haben die EG-Verbrauchsgüterkaufrichtlinie vom 25.09.1999 und die Reformfordernisse u. a. für den Kaufvertrag und seine Erfüllungsstörungen zur Modernisierung des Schuldrechts geführt.

Die zwei Akronyme LieBe und SchARM sind geeignete Merkhilfen für die vorrangigen und nachrangigen Gewährleistungsansprüche.

Dabei stehen die aufgeführten Buchstaben für folgende Nacherfüllungsansprüche:

- Lie = Lieferung einer mangelfreien Sache gemäß § 439 Abs. 1 Var. 2 BGB n.F.
- Be = Beseitigung des Mangels gemäß § 439 Abs. 1 Var. 1 BGB n.F.

Und nach erfolglosem Ablauf der gesetzten Frist oder, falls Nacherfü-

lung ausgeschlossen, fehlgeschlagen oder unzumutbar:

- Sch = Schadensersatz gemäß §§ 437 Nr. 3, 440, 281, 283, 311a BGB n.F.
- A = Aufwendungsersatz gemäß §§ 437 Nr. 3, 284 BGB n.F.
- R = Rücktritt gemäß §§ 437 Nr. 2, 440, 323, 326 Abs. 5 BGB n.F.
- M = Minderung gemäß §§ 437 Nr. 2, 323, 441 BGB n.F. <

### Neues Online-Angebot aus dem Spotlight Verlag

### Französisch interaktiv: [www.ecoute.de](http://www.ecoute.de)

Ab sofort bietet écoute, das französische Sprachmagazin aus dem Spotlight Verlag, unter <http://www.ecoute.de> ein kostenloses Online-Angebot in französischer Sprache. Neben aktuellen Beiträgen aus dem Magazin stehen interaktive Sprach- und Grammatikübungen sowie Audiodateien bereit. Frankreich-Liebhaber finden hier ein umfassendes Netzwerk: Linktipps, Kontaktadressen und Poesie in der Sprache der Liebe machen Lust aufs Sprachenlernen.

[www.ecoute.de](http://www.ecoute.de) ist eine Fundgrube für alle, die sich für Sprache und Kultur unserer westlichen Nachbarn interessieren. Wie im Magazin werden schwierigere Wörter beim Anklicken in ihrer Bedeutung im Kontext übersetzt. Für DozentInnen und Lehrkräfte bietet die Rubrik Enseignants eine Übung aus dem didaktischen Zusatzservice écoute en classe zum Herunterladen – für einen motivierenden und abwechslungsreichen Sprachunterricht.

Interessierte Lehrkräfte erhalten ein kostenloses Probeheft inkl. Begleitmedium beim Spotlight Verlag, Schulmedien, Tel. 089/85681-150, Fax -159, E-Mail: [schulmedien@spotlight-verlag.de](mailto:schulmedien@spotlight-verlag.de) und im Internet unter <http://www.ecoute.de> <



# Digitale Arbeitsblätter für Windows, Word & Excel: So werden Schüler fit für den PC

In Zusammenarbeit mit **Computer easy**

THOMAS H. KASPAR

Wenn Fachjournalisten und Lehrer ihre Kompetenzen in ein gemeinsames Projekt einbringen, entsteht manchmal ein Glücksfall: **Digitale Arbeitsblätter**. „Wir haben mit Hilfe des VLB den Lehr-Profis zugehört und möglichst viele Wünsche umgesetzt“, erklärt Redakteurin Margit Hofgärtner von Computer easy.

**Grundidee:** Lehrer sollen sofort einsetzbare Workshops für den Unterricht erhalten. Ergebnis: Je 30 Schritt-für-Schritt-Anleitungen für Windows, Word und Excel aus Computer easy.

**Individuell:** Alle Workshops wurden als offene pdf-Dateien auf CD-ROM gespeichert. Von dort können Sie in Klassenstärke farbig ausgedruckt, am PC präsentiert und sogar verändert werden. Um Texte und Bilder anzupassen, ist Adobe Acrobat nötig – und das haben gerade die Informatiklehrer fast alle in der günstigen Schullizenz. Vorlagen für Zeugnisse und Stundenpläne sind als Bonus gratis dabei.

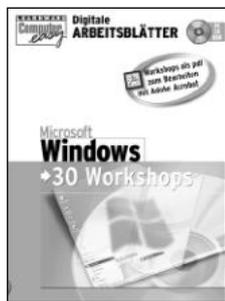
**Extras:** Häufiger Wunsch: Mehr zum Thema Bildbearbeitung. Deshalb ist dazu auf jeder CD ein Special. Ein Praxisartikel (ebenfalls als pdf-Datei) verrät Tipps, die nötige Software ist gratis dabei.

## Flexibel anpassbar

Digitale Arbeitsblätter von Computer easy lassen sich ausdrucken oder mit dem Computer präsentieren. Der dazu notwendige Acrobat Reader ist mit auf CD.

**Der Clou:** Alle Workshops können auf eigene Lehr-Bedürfnisse angepasst werden, da die Dateien im Format pdf von Computer easy ohne Schreibschutz gespeichert wurden. Die Schrift wurde so konvertiert, dass Sie mit jeder Standard-Schrift arbeiten können.

Öffnen Sie die Dateien einfach mit dem Adobe-Acrobat (Schullizenz z.B. bei [www.tendi.de](http://www.tendi.de)). Nun können Sie in die Texte klicken und z.B. neue Einleitungs-Texte speziell für Ihre Klasse schreiben.

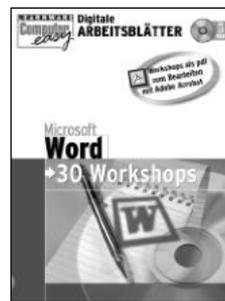


### Windows schneller und stabiler

Schritt für Schritt erfahren die Leser mit Hilfe großer Abbildungen wie Probleme bei Windows 95/98/ ME und XP sicher gelöst werden. Die 30 Workshops behandeln

Grundlagen-Themen (z.B. Bildschirmschoner einrichten, ME auf dem neuesten Stand halten) ebenso wie fortgeschrittene Anwendungen (z.B. Festplatte optimieren). Eine Reihe von Anleitungen behandelt ausschließlich Windows XP (u.a. Daten sichern, CD brennen, Faxe senden).

Preis: 24,99 Euro; Bestell-Nr. 6613612

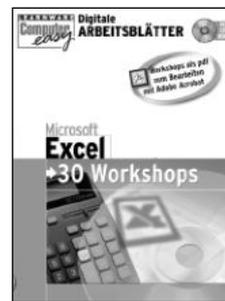


### Schritt für Schritt zum Word-Profi

Auf gewohnt hohem didaktischen Niveau vermitteln diese 30 Kurse grundlegende Word-Techniken, die jeder sofort nachklicken kann. Aus dem Inhalt: Feldfunktionen,

Visitenkarte gestalten, Wiederholfunktionen, Briefumschläge und Etiketten bedrucken, Tabellen im Text, Cliparts nachbearbeiten, eigene Formatvorlagen, Datei-Infos drucken, Rechtschreib-Korrektur, Formulare selbst entwerfen, Duden-Prüfung einbinden uvm.

Preis: 24,99 Euro; Bestell-Nr. 6613629



### Excel: Alles verständlich erklärt

Kaum ein Programm ist so wichtig in der berufsnahen Ausbildung wie Excel. Der Leser lernt anhand verständlicher praxisnaher Projekte selbstständig die

wichtigen Funktionen. Aus dem Inhalt: Immobilien-Finanzierung, Gewichtstabelle, Sparpläne, Fahrtenbuch, Haushaltsplan, Geburtstagsliste, Umsatzsteuer berechnen, Analog-Uhr programmieren, Automatische Funktionen, Tabellen formatieren & sortieren, Filter nutzen, Gültigkeit prüfen uvm.

Preis: 24,99 Euro; Bestell-Nr. 6613636

Ja, ich möchte Computer easy regelmäßig beziehen! Zusätzlich erhalte ich eine Gratis-CD meiner Wahl im Wert von 24,99 Euro.

Vorname/Name  Geburtsdatum

Straße/Nr.  PLZ/Ort

E-Mail  Telefon

Ich wünsche folgende Zahlungsweise:

Bequem und bargeldlos per Bankeinzug  Geldinstitut

Konto-Nr.  BLZ

per Rechnung

Einfach bestellen: per Telefon 0781/639 45 31  
per Fax 0781/639 45 27  
per E-Mail [computer-easy@burdadiirect.de](mailto:computer-easy@burdadiirect.de)  
per Post Computer easy Aboservice  
Postfach 227 • 77649 Offenburg

Ich möchte Computer easy regelmäßig zum Preis von Euro 2,30 pro Ausgabe für mindestens ein Jahr beziehen. Danach kann ich jederzeit beim Computer easy-Aboservice (Postfach 225, D-77649 Offenburg) kündigen. Mit Geld-zurück-Garantie für bereits bezahlte, aber noch nicht gelieferte Ausgaben. Die Auslieferung der Gratis-CD-ROM erfolgt sofort nach Zahlungseingang.

Datum  Unterschrift  40647VLBPL



## Exklusiv für VLB-Mitglieder:

VLB-Mitglieder erhalten bei Bestellung eines Computer easy-Jahresabos gratis eine CD-ROM ihrer Wahl im Wert von 24,99 Euro:

- Digitale Arbeitsblätter Word (0078)
- Digitale Arbeitsblätter Excel (0079)
- Digitale Arbeitsblätter Windows (0080)

## Bestellen Sie jetzt Ihre Digitalen Arbeitsblätter!

Die Digitalen Arbeitsblätter von Computer easy zu Word, Excel und Windows gibt es unabhängig vom Heft einzeln zum Preis von 24,99 Euro\* je CD-ROM.

PER TELEFON:  
**089-903 06 40**

PER E-MAIL:  
**CE-Service@styxpost.de**

PER FAX:  
**089-903 07 48**

\*Versandkostenanteil: 3,10 € in Deutschland, 6,10 € Ausland. Bei einer Bestellung ab 25 € entfallen in Deutschland die Versandkosten

## Landesverband

### Eine breitere Basis für die „Südallianz“

Der alte deutsche Föderalismus, Sparte Unterricht und Kultus: hochgelobt von den einen, kritisch begleitet von den anderen. Eine Frage der politischen Perspektive eben. Auf die Verbandslandschaft der Republik nimmt er – der Föderalismus – immerhin beträchtlichen Einfluss. So gibt es unter dem Dach zweier Bundesorganisationen für die Lehrer an beruflichen Schulen eine ganze Serie eigenständiger Landesverbände. Deren Zielsetzungen ähneln sich zwar, sind aber durchaus nicht identisch, was mit den unterschiedlichen Bildungsstrukturen in den Ländern zusammenhängt. Allerdings gibt es Schnittmengen und um solche ging es

Arnold Gündling, der Vorsitzende des hessischen Landesverbandes zu Beginn der Sitzung fest. „Gewisse Aktivitäten sollten wir gemeinsam angehen und unter verschiedenen Briefköpfen in den Ländern dann umsetzen“, sagte er. Die dabei beschworene Gemeinsamkeit meinte allerdings nicht allein die Kooperation der einzelnen Landesverbände miteinander.

#### Bayern und Hessen als Vorreiter

Sie bezog sich auch auf die verbandsorganisatorische Integration zweier Lehrergruppen, die in der Mehrzahl der Bundesländer sowie auf Bundesebene noch immer getrennt agieren: die Kolleginnen und Kollegen ge-

rerverbände nicht selbstverständlichen Ereignisse erinnern. Das Ergebnis der mutigen Schritte jedenfalls gibt – wie wir alle wissen – zur Reue keinen Anlaß. Der VLB ist mehr geworden als die Summe seiner Altverbände, das konnte man in den letzten Jahren auf der ganzen Linie beobachten.

#### Bekanntnisse zu den „Hochzeiten“

Originalton Gündling: „Hessen und Bayern stehen zu ihren Hochzeiten, die anderen Landesverbände hingegen pflegen nur verstohlen Liebschaften miteinander“. VLB-Landesvorsitzender der Sauerwein ergänzte: „Wie bringen wir unsere beiden Spitzenverbände dazu, es uns gleich zu tun? Was können wir aus den Ländern zur Beschleunigung einer mehr als zögerlichen Annäherung beitragen?“ Ein gutes Stück mehr Macht und ein höheres Maß an Kompetenz sind doch wirklich keine schlechten Argumente, meinte er.

#### Die herausragende Bedeutung der Fachgruppen

Im Rahmen einer eher zwanglosen Aussprache stellten die beiden Landesvorsitzenden zunächst die Organisationsstrukturen ihrer Verbände vor. Sauerwein erläuterte u.a. die Aufgaben der VLB-Gremien und verwies insbesondere auf die Fachgruppen, die mit ihrer Basisarbeit dem Geschäftsführenden Vorstand in ganz entscheidender Weise zuarbeiten. Hessen wie Bayern bestätigten, dass es nicht leicht sei, auf dieser Ebene Kolleginnen und Kollegen zur Mitarbeit zu gewinnen, während es für den Eintritt in den Verband kaum Hinderungsgründe gebe. Ganz entscheidend jedenfalls sei es, dass der Schulleiter hinter dem Verband und dessen Initiativen stehe und die Lehrkräfte zu entsprechender Mitarbeit anrege.

Die unterschiedlichen Dimensionen der Länder Hessen und Bayern spiegeln sich auch in den Größenordnungen der beiden Verbände wider, wobei der VLB mit 70% auch den höheren Organisationsgrad hat (glb ca. 40%).



Landesvorsitzende unter sich: „Gewisse Aktivitäten gemeinsam angehen und unter verschiedenen Briefköpfen in den Ländern umsetzen“. Hermann Sauerwein (VLB) links und Arnold Gündling (glb).

Fotos: P. Thiel

bei einem Treffen des VLB mit Vertretern des Gesamtverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen (glb) Ende Januar in Würzburg.

Des längeren schon pflegt der VLB bekanntlich gute Kontakte hinüber ins „Musterländle“, genauer gesagt zum BLBS Baden-Württemberg. Mit ihm ist der VLB auch in der arge-Alp „verbandelt“, auf die wir an anderer Stelle nochmals zurückkommen. Nun also könnte diese inoffizielle „Südallianz“ durch Hessen eine breitere Basis erhalten.

#### Gemeinsame Aktivitäten unter verschiedenen Briefköpfen

Ein regelmäßiger Gedankenaustausch gewährte Synergieeffekte, stellte

werblicher, hauswirtschaftlicher und landwirtschaftlicher beruflicher Schulen auf der einen und die Dipom-Handelslehrer auf der anderen Seite. Bayern und Hessen bilden hier die großen Ausnahmen, sind Vorreiter in einer Entscheidung, die auch andernorts längst fällig ist wie es hieß, insbesondere bei den beiden Bundesverbänden BLBS und VLW. In Hessen fand eine entsprechende „Fusion“ bereits im Jahr 1972 statt. Die Bayern rangen sich zweimal zu Zusammenschlüssen durch: 1979 zwischen „Gewerblern“ (inklusive Hauswirtschaft) und „Landwirtschaftlern“ zum ehemaligen VBB und 1991 dann zwischen VBB und VDH zum heutigen VLB. Die etwas Dienstälteren unter uns können sich gewiss noch lebhaft an diese für Leh-



### Die BOS als „Kaderschmiede“ für den Lehrernachwuchs

Schwerpunkte des Gesprächs waren im Wesentlichen Fragen der Lehrerbildung, des Lehrerimages, der Lehrerversorgung sowie des Dienstrechts.

Noch sei die Versorgung der beruflichen Schulen mit Lehrpersonal im Freistaat relativ ausgeglichen, stellte Sauerwein fest, doch für die nächsten Jahre zeichne sich eine riesengroße Lücke ab. Zum einen dauere der Anstieg der Schülerzahlen noch bis 2008, zum anderen erwarte man bereits für 2003/04 die höchste Drop-Out-Rate an den beruflichen Schulen Bayerns. „Denn nämlich gehen rund 28% unserer Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand“, sagte Sauerwein. Die Ausweitung der Studienmöglichkeiten in Nordbayern und eine Reihe von Sondermaßnahmen für Quereinsteiger reichen nicht aus, den Bedarf zu decken. Der Landesvorsitzende verwies auf die BOS, die in der letzten Zeit einen „Riesenaufschwung“ genommen habe und im Freistaat als Kaderschmiede für den Berufsschullehrernachwuchs gelte. Angesprochen wurde auch die bayerische Modalität der Fachlehrausbildung mit ihren künftig vier Bereichen, dem gewerblichen, dem informationstechnischen, dem pflegerischen sowie dem hauswirtschaftlichen. Angesichts zunehmender Bedeutung der Lernfelddidaktik müs-

se der Fachlehreinsatz neu durchdacht werden, stellten die Gesprächsteilnehmer fest.

### Der Lehrermangel betrifft vor allem die Zweifächer

Als regional sehr unterschiedlich bewertete Landesvorsitzender Gündling den Lehrermangel in Hessen. Mit Vorliebe übergehe das Kultusministerium bei der Zuweisung der Lehrkräfte kleinere Berufsfelder und kapriziere sich auf die großen. In hohem Maße betreffe der Lehrermangel die Zweifächer und dabei insbesondere die Fremdsprachen. Hessen setze auf Seiteneinsteiger mit Aufbau-Studiengängen, ferner auf Rationalisierungsressourcen (Reduzierung der Minderklassen) oder auf die Mitarbeit freier Träger bei der Beschulung von Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag.

### Das Image ist angekratzt

„Wie bringen wir die jungen Leute in die Studiengänge?“ laute die Gretchenfrage zur Lösung unseres Nachwuchsproblems. Das Image der Berufsschule sei „draußen“ stark angekratzt, zu Unrecht zwar, aber man müsse dies zur Kenntnis nehmen. „Berufsschullehrer? Bloß das nicht“, so oder ähnlich reagieren nach Erfahrung der hessischen Kollegen viele Abiturienten auf ein entsprechenden

Die hessisch-bayerische Gesprächsrunde vor dem Bildnis des Barockbaumeisters Balthasar Neumann, stehend von links:

Alexander Liebel (Referent für Bildungspolitik, VLB), Hans Käfler (stellv. Landesvorsitzender, VLB), Hermann Sauerwein (Landesvorsitzender, VLB), Arnold Gündling (Landesvorsitzender, glb), Peter Ebrecht (Regionalvertreter Darmstadt, glb), Armin Ulbrich (stellv. Landesvorsitzender, VLB), Wenzel Preis (Regionalvertreter Gießen, glb).

Sitzend von links: Ullrich Kinz (stellv. Landesvorsitzender, glb), Berthold Schuler (VLB-Ehrenvorsitzender, Seniorenbeauftragter).

Studienvorschlag. Neben kurzfristigen Werbemaßnahmen für unser Lehramt müssen also dringend mittelfristig angelegte Aktionen zur Imageverbesserung treten. Dazu gelte es Konzeptionen zu entwickeln.

### Der dienstrechtliche Teil

Im dienstrechtlichen Teil der Gesprächsrunde verwies Sauerwein auf die aktuellen Sparmaßnahmen der bayerischen Staatsregierung: Abbau der Leistungsprämien, Einschränkung der Möglichkeiten zur Altersteilzeit, Heraufsetzung der Altersantragsgrenze, die Reduzierung der Alterermäßigung, wir kennen das ja alles. „Abgewehrt werden konnte allerdings eine Arbeitszeiterhöhung“, erklärte der Landesvorsitzende. Auf hessischer Seite gelte bei der Altersteilzeit für Lehrer ausschließlich das Blockmodell, erläuterte Gündling, wobei – im Gegensatz zu Bayern – die Altersermäßigung erhalten bleibe. Zur Untertunnelung des Schülerberges werde den Kolleginnen und Kollegen zwischen 35 und 50 in beiden Bundesländern bis zum Jahre 2008 eine Stunde Mehrarbeit abverlangt, die danach kompensiert werde. Auch in Hessen gebe es keine Leistungsprämien, vor allem aber keine Regelbeförderung bei den Lehrkräften im Höheren Dienst.

### Eine strikte Frauenquote

Zur Besetzung leistungsorientierter Stellen bestehe eine strikte Quotenregelung mit einem Frauenförderplan. Bei der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl der Personalvertretungen müsse nach dem Reißverschlussverfahren verfahren werden.

## Den Aufgabenbereich erweitern?

Der Kultur-Föderalismus hinterläßt also Spuren, mehr als man zunächst glauben möchte. Diese Erkenntnis stand am Ende einer Gesprächsrunde, die bestimmt war von guter Atmosphäre und einem hohen Maß an Konsens gleichermaßen. Abgezeichnet dabei hatten sich deutliche Unterschiede zwischen den beiden Bundesländern, soweit es die diskutierten Themen betrifft. Freilich musste angesichts des Zeitrahmens so manche Frage offen bleiben, aber es sollte ja auch nicht die letzte Begegnung dieser Art sein.

Auffallendster Aspekt eines gemeinsamen Nenners ist die Tatsache, dass beide Landesverbände Erreichtes zu verteidigen haben und Zugewinne derzeit rar sind, wobei es in Einzelfragen freilich graduell Unterschiede gibt. Wie also geht man mit der Defensive glaubwürdig um? Eine der Möglichkeiten wäre die Veränderung der Verbands-Außenwirkung. Ist es beispielsweise sinnvoll, dem bisherigen Charakter des Fachverbandes, der sowohl dem VLB als auch dem glb entspricht, einen stärker gewerkschaftlichen Anstrich zu geben? Oder sollte man Aufgabenspektrum und Zuständigkeiten zu erweitern versuchen, indem man über die bisherige Klientel hinaus auch all diejenigen mit vertritt, die bei freien Trägern berufliche Bildungsarbeit leisten?

## Vergleichbar der arge-alp

Es geht also – wie eingangs betont – um grenzüberschreitende Strategien, wenn möglich auf der Basis einer Art lockerer Allianz, eben der „Südallianz“. Diese könnte ähnlich agieren, wie bereits die arge-alp-Berufsbildung, jene Arbeitsgemeinschaft alpenländischer Berufsschullehrerorganisationen, die der ehemalige VBB vor nunmehr fast 20 Jahren mitbegründet hatte. „Es geht um eine sinnvollere Nutzung unserer Ressourcen“, betonte glb-Vorsitzender Arnold Gündling am Ende der Würzburger Runde und lud die Bayern zu weiteren Gesprächen nach Hessen ein.

*Peter Thiel*

## VLB-Studienreise mit der Europäischen Akademie: Berlin – die neue Hauptstadt

**DIETMAR LEISCHNER**

Auftakt der fünftägigen Studienreise nach Berlin war für 34 Kolleginnen und Kollegen aus Bayern ein gemeinsames Abendessen im ältesten Berliner Lokal „Zur letzten Instanz“, wo u.a. einst Wilhelm Raabe, Heinrich Zille und Napoleon speisten.

Das vielseitige Studienprogramm begann mit einer großen Stadtrundfahrt zu den markanten Stätten Berliner und deutscher Geschichte; Brandenburger Tor, Rotes Rathaus,

Der zweite Aufenthaltstag war im Sinne der Studienfahrt dem politischen Teil gewidmet. Information und Diskussion mit Vertretern der einzelnen Fraktionen des Deutschen Bundestages (CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne/Bündnis 90) über Fragen zur deutschen und internationalen Politik zeigten sehr deutlich die Unterschiede in der Einschätzung der zukünftigen Entwicklungen in Europa und der Wirtschaftspolitik. Eine Besichtigung der Sitzungsräume, des Parlaments, des Bundeskanzleramtes und sonsti-



Blick von oben in das Innere der Kuppel des Reichstages.

Reichstag, Nikolaiviertel, Alexanderplatz, Friedrichstadtpalast, Europacenter, Gedächtniskirche, Charlottenburger Schloß, Philharmonie, Dom, Kreuzberg, Tiergarten, Museumsinsel, Gendamenmarkt, Unter den Linden, Regierungs- und Diplomatenviertel, Pariser Platz, Potsdamer Platz usw. Historische und moderne Architektur präsentierten sich auch am Nachmittag „Berlin vom Wasser aus“ mit einem Schiff auf der Spree.

Besondere Prägung und Dimensionen erfuhr der Potsdamer Platz, der „Platz für Visionen“, der aus Europas größter Baustelle entstand: DaimlerCity, Debis-Hochhaus, Kugel des Imax-Kinos, Sony-Center u.a.m. Und zur Zeit entsteht der Zentralbahnhof, wo in Zukunft alle Intercity-Züge halten – eingerahmt von zahllosen Einkaufs- und Geschäftspassagen.

gen Gebäude vervollständigte den Einblick in die parlamentarische Arbeit. Der abschließende Rundgang in der gläsernen Kuppel des Reichstagsgebäude zur Aussichtsplattform wurde belohnt mit einem herrlichen Blick auf die Millionenstadt.

Mit einem Besuch des Kabarett „Die Distel“ und einem Bummel durch den Prenzlauer Stadtbezirk ließen wir den langen informativen Tag ausklingen. Ein Rückblick in die DDR-Vergangenheit vermittelte der Besuch in der Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstrasse – die ehemalige Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Mittelpunkt der Ausstellung sind die im Originalzustand erhaltenen Amts- und Arbeitsräume Erich Mielkes, des letzte Ministers für Staatssicherheit. Dazu kommen Ausstellungsteile zu unterschiedlichen Aspekten des politischen

Systems der DDR, der Tätigkeit des MfS und zu Widerstand und Opposition in der DDR.

Thomas Lukow informierte und berichtete aus seiner DDR-Vergangenheit mit 20 Monaten Freiheitsentzug – sozusagen als Zeitzeuge zur DDR-Geschichte. Die Kolleginnen und Kollegen hatten Gelegenheit zu kritischen und aktuellen Fragen über die politischen Situationen.

Ein weiterer Höhepunkt war am Nachmittag der vielseitige Kunstgenuss! Mit einem „Kombi-Ticket“ konnte jeder – seinen Interessen entsprechend – in über fünf Museen auf

der Museumsinsel verweilen, u.a. in der wieder eröffneten „Alten Nationalgalerie“, wo die Kunstwerke des 19. Jahrhunderts „auf höchstem Qualitätsniveau“ erlebbar werden: Romantik, Idealismus, Realismus, Impressionismus, klassizistische Skulpturen bis zu den Werken des 20. Jahrhunderts.

Die Zeit zur freien Verfügung wurde voll genutzt durch Erlebnisse in typischen Berliner Stadtbezirken, den Hack'schen Höfen, Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Berlin-Mitte, Kurfürstendamm mit Abschluss in einer echten Berliner Kneipe ... Die Zeit war viel

zu kurz, um die Vielfalt der pulsierenden Metropole kennenzulernen. <

Anmerkung: Die Vortragsangebote von Thomas Lukow sind im Rahmen von Fortbildungsmaßnahmen für Sozialkunde-Lehrkräfte sehr geeignet; ebenso die Angebote für Stadtrundfahrten und Stadtgänge. Nähere Informationen bei D. Leischner.

## Bezirks- und Kreisverbände

### BV Unterfranken/KV Würzburg

#### VLB beklagt Würzburger Schulpolitik wider den Trend der Zeit

Ein Regisseur hätte sie nicht besser einrichten können, die Dramaturgie eines sich abzeichnenden Trauerspiels um die beruflichen Schulen der Stadt Würzburg. Zum schon einige Zeit andauernden Hick-Hack um die Errichtung von Kompetenzzentren gesellt sich nun – nach Beschneidung der kommunalen Fach- und Berufsoberschulen – der Versuch der Schulstadt Würzburg, ihre zugegebenermaßen nicht geringen Finanzprobleme durch das Schließen von Berufsfachschulen zu lösen. Nach der Diskussion um den Weiterbestand oder die Überführung der Städt. Berufsfachschule für Maschinenbau stehen nun nach einem Auftrag des Kämmers die Berufsfachschulen für Hauswirtschaft, Kinderpflege und Sozialwesen am BBZ für Hauswirtschaft und Sozialwesen zur Disposition. Speziell deren BFSen bilden das Testobjekt, ob und mit welchem Erfolg eine Schließung in Würzburg zu einer Verlagerung ins Umland führen könnte. Und diesen Weg könnten auch andere bayerische Städte angesichts festgefahrener Fronten im Finanzierungssektor beschreiten.

Offensichtlich führt die schiere Not den Rotstift, nachdem die unterfränkische Metropole sich auf diesem Sektor lange Zeit vorbildlich gezeigt hat-

## Studienreise nach Luxemburg, Brüssel und Maastricht vom 31. August bis zum 4. September 2003

Auf vielseitigen Wunsch führt der VLB für Kolleginnen und Kollegen eine 5-tägige Studienfahrt nach Luxemburg, Brüssel und Maastricht durch. Die Besichtigung von europäischen Institutionen, Besuch der Bayerischen Vertretung in Brüssel sowie Besichtigungen und Führungen in den drei Europa-Städten sind Bestandteile des Programms. Es ist eine Kooperationsveranstaltung des VLB/Bildungs- und Förderungswerk mit der Bayerischen Staatskanzlei.

### Programm

- 1. Tag:** Abfahrt München mit Zustieg in Nürnberg und Würzburg, Stadtrundfahrt und -besichtigung in Luxemburg, gemeinsames Abendessen.
- 2. Tag:** Informationsbesuch beim Europäischen Gerichtshof, Besuch der Landesbank Luxemburg „Die Rolle des Finanzplatzes Luxemburg in der EU“, Weiterfahrt nach Brüssel.
- 3. Tag:** Besuch der Europäischen Kommission (Organisation, Zukunft und Erweiterung der EU), Stadtrundfahrt und -besichtigung, Besuch der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU „Bayern in Europa“, Gemeinsames Abendessen.
- 4. Tag:** Fahrt zum Zentrum für Verifikationsaufgaben in Geilenkirchen, nach dem Mittagessen Weiterfahrt nach Maastricht, Stadtführung in Maastricht, Weinprobe mit Imbiß.
- 5. Tag:** Besuch bei AFNORTH in Brunsum, Mittagessen und Heimreise nach München.

**Preis:** 340,- Euro pro Person im DZ, EZ-Zuschlag: 120,- Euro. Im Preis inbegriffen sind Fahrt mit Fernreisebus (Kaffeebar, Toilette, Klima-Anlage), 4 Übernachtungen mit Frühstücksbuffet, Führungen/Stadtbesichtigungen in Luxemburg, Brüssel und Maastricht, 1 x Mittagessen und 3 x Abendessen, kleine Weinprobe. Die Teilnehmerzahl ist auf 34 Personen begrenzt.

**Anmeldung:** Interessenten melden sich bitte bei der Geschäftsstelle des VLB, Dachauer Strasse 4, 80335 München, Telefon (089) 59 52 70 bis spätestens 31. Mai 2003 an.

*Dietmar Leischner*

te. Über Jahrzehnte hinweg hatte sie sich als zukunftsorientiert profiliert, indem sie gleich mehrere BFSen, wenn auch schon einmal mit Eingangsklassenkürzungen belegt, in ihrem Bildungsangebot hielt und somit konjunkturunabhängig fundierte Ausbildungen unter einem (Schul-) Dach ermöglichte. Dies soll nun geändert werden – just zu einem Zeitpunkt, zu dem die Regionalpresse im Gefolge der WELT den Rückgang der Ausbildungsverhältnisse gegenüber 2001 um 7,4% bundesweit vermeldet. In der Region selbst werden gar 10,3% Minderung in Industrie und Handel sowie 12,7% im Handwerk registriert. Auf der derart angerichteten Bühne spielte sich in Würzburg nun folgendes ab:

Nachdem die Absicht ruchbar geworden war, drängten der hiesige Kreis- und Bezirksverband unverzüglich auf ein Treffen mit den Verantwortlichen des städtischen Schulreferats, das angesichts der Dringlichkeit und von vielen betroffenen KollegInnen als merkwürdig empfundenen Verfahrens alsbald zustande kam. Stadtschulrat Hartenstein stellte hierbei die abzubauenen Nettokosten von 2,16 Mio. Euro und die Tatsache voraus, dass von 630 SchülerInnen des BBZ für Hauswirtschaft und Sozialwesen nur 220 aus Würzburg selbst kommen, mithin die Stadt also Leistungen in großem Maße für das Umland anbietet, die ihr nicht im vollen Umfang entgolten werden. „Am liebsten wäre mir, die Hauswirtschaftsschule würde wie gehabt – also ungeteilt – weiter geführt, nur unter staatlicher Trägerschaft bzw. der eines Zweckverbandes,“ lautete seine Vorstellung. Aus der Landeshauptstadt war allerdings postwendend zu vernehmen, dass der Freistaat diesen Wunsch nicht erfüllen wird. Blicke als nächst anzustrebende und wohl auch vernünftigste Lösung die des Zweckverbandes der betroffenen kommunalen Körperschaften. Sollte dieser nicht zustande kommen, so ergäbe sich weiterhin die nicht nur gedanklich, sondern auch schon in Gesprächen in Angriff genommene Variante, das BBZ für Hauswirtschaft und Sozialwesen in seiner heutigen Form zu zerschlagen,

mit der Hoffnung, dass Berufsfachschulen an beruflichen Schulen der umliegenden Landkreise erweitert oder neu gegründet werden. In Marktheidenfeld und Kitzingen/Ochsenfurt wurde dafür schon Interesse signalisiert, für den Fall, dass dort im Zuge der Kompetenzzentrumsbildung Klassen wegfielen. Auftrag des Stadtrates an das Schulreferat ist jedenfalls, nach 2004/05 keine neuen SchülerInnen mehr auf zu nehmen und bis dahin die Verhandlungen mit den Landkreisen zu einem tragfähigen Abschluss zu bringen.

Doch wie auch immer die Sache ausgeht, die beiden Kernprobleme –

**Stadtschulrat Hartenstein und der Leiter des Fachbereiches Schule, Schulz, (Stirnseite) mussten sich eindringliche Appelle der unterfränkischen und Würzburger VLB-Spitze zur Erhaltung des Hauswirtschaftlichen Berufsbildungszentrum in Würzburg anhören.**



„Was geschieht mit den SchülerInnen?“ und „Wie wird mit den Kollegen verfahren?“ – müssen jetzt auf den Tisch. Deshalb waren dies die zentralen Themen der beiden nächsten Veranstaltungen zur Sache, nämlich die Information der KollegInnen des BBZ für Hauswirtschaft durch Stadtschulrat Hartenstein am 12. Februar und die Informationsveranstaltung des Kreisverbandes Würzburg am Tag darauf mit Hermann Sauerwein, Wolfgang Lambl und Siegfried Nees sowie dem extra angereisten Dienstrechtsexperten Manfred Greubel. Seine Ausführungen zeigten zunächst den verbeamteten KollegInnen, wie auch den langjährigen Fest-Angestellten die Maßnahmen auf, die das Dienstrecht zur „Abhilfe bei Personalüberhang“ angesichts des Anspruchs auf „abstrakt funktionelle Beschäftigung“ zulässt. Sie reichen von der Umsetzung innerhalb einer Dienststelle – hier also städtischer

Schulen – über die Abordnung nach draußen, die mittlerweile bis zu 5 Jahre zulässig ist, bis zur Versetzung.

Die Ängste der KollegInnen entzündeten sich nicht nur an der Tatsache, dass bei den beiden letzteren Maßnahmen Fahrzeiten bis zu 2 Stunden täglich in Kauf genommen werden müssen, Einsatz auch in Grundschulen sowie in Fächern, die in der Ausbildung der Fachlehrerinnen nicht vorkommen, sowie – im Extremfall – auch 5 verschiedene Schulorte möglich seien. Im schlimmsten Falle seien auch Kündigungen möglich. Dass im gesamten Verfahren, wie Manfred Greubel feststellte, jeweils das Ulti-

ma-Ratio-Prinzip gilt, ist für Betroffene nur ein schwacher Trost. Sein Vorschlag lautete denn auch auf frühzeitige Einrichtung von Steuerungsgruppen, die einen möglichst reibungslosen Umbau ermöglichen, z.B. indem frei werdende Stellen an anderen Schulen schon vorausschauend „reserviert“ werden. Der VLB sehe sich hierbei, so Kreisvorsitzender Nees, nicht als Schiedsrichter, sondern als Sachverwalter der BFSen insgesamt, deren Bedeutung gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zunimmt. Angesichts der großen Schüleranteile aus dem Umland und der de facto nicht eintretenden Spareffekte sollte den betreffenden Kreis- und Landräten klar gemacht werden, dass bei deren Neuerrichtung bzw. Ausbau jeweils Neuinvestitionen verbunden sind, die letztlich der Steuerzahler, wenn auch aus einem anderen Topf zu zahlen hat. So bleibt als realistische und dauerhaft tragfähige Lösung die Bildung von

Zweckverbänden in der Region, wodurch die Kosten gerecht verteilt würden. Darüber hinaus aber würde dadurch eine Bildungseinrichtung erhalten und gefördert, die dank ihres segenreichen Wirkens gerade für problematischere Gruppen von Jugendlichen nicht zuletzt auch wieder Einsparungen bringt, weil diese sonst möglicherweise in die Sozialhilfe rutschen würden. Und im Vergleich dazu ist eine fundierte Ausbildung doch wahrlich die bessere Alternative.

Von den beiden Vorsitzenden Nees und Lambl wurde dieses auch über die Stadt Würzburg hinaus bedeutsame Anliegen am 18. Februar in einer Pressekonzferenz für die regionalen Medien, die reges Echo fand, auf eine breitere Basis gestellt. (Das dazu gehörige Pressepapier erscheint auf Seite 37)

Damit verbindet sich die Hoffnung, dass dadurch auch den Verantwortlichen aus dem weiteren Umfeld ein Licht aufgehen und Engstirnigkeit weichen möge. *Herbert Geiger*

*Lesen Sie auch den Leserbrief von Dorothea Liebscher auf Seite 40.*

## KV Mittelfranken-Nord

### Rück- und Ausblick

Das Jahr 2002 endete mit einer recht gelungenen und runden Veranstaltung mit fast 50 Teilnehmern in Herzogenaurach. Der Verband hatte zu einer Stadtführung eingeladen und als Führer einen begeisterten Heimatkundler mit enormen Wissen gewonnen. Schön war, dass der Führer sein Wissen in kurzweiliger und einprägsamer Art darzustellen wusste. Beim gemeinsamen Essen trug er noch eine Menge von Mundartstücken vor, die für reichlich Gesprächsstoff sorgten und zu denen jeder eigene Geschichten wusste.

Im Rahmen dieser Weihnachtsfeier wurden natürlich auch langjährige Mitglieder geehrt. Einige der Anwesenden sind nun schon 50 Jahre im Verband und, wir danken ihnen auch an dieser Stelle für ihre Treue zum

Verband. An diese Stelle gehört eigentlich ein Bild der Ehrengäste, doch ist leider die Kamera kaputt gegangen.

Für das kommende Jahr plant der Kreisverband neben den verschiedenen Bezirksveranstaltungen folgende Termine:

07. 04. Wirtschaftsthema mit Herbert Hainer, Vorstandsvorsitzender von Addidas

KW 20, Mitgliederversammlung und Information über Beihilfe in Lauf

29. 11. Weihnachtsfeier mit Kunst und Ehrungen in Nürnberg

Weitere Themen und Möglichkeiten bei Bedarf und Interesse sind

- eine Besichtigungsrunde von Riemenschneideraltären,
- Schulung WORD und Powerpoint
- Besuch im Limogehaus in Fürth
- Jazzfrühschoppen.

Geben Sie uns bei Interesse bitte Bescheid. *Werner Liegl*

## Senioren



**BERTHOLD SCHULER**

### Jugendwahn – oder kleben die Alten auf ihren Stühlen fest?

Jüngst – nach der Kandidatenaufstellung der staatstragenden Partei einer bayerischen Großstadt zum nächsten Bayerischen Landtag – haben sich örtliche Nachwuchspolitiker (in spe) der Partei öffentlich – in der örtlichen Presse – bitter über das Ergebnis der Kandidatenaufstellung beklagt: der „Platzhirsch“ habe wieder das Rennen gemacht. Der sei doch schon 65 (Jahre alt) und verbaue mit seinem Beharren auf seinem (sichern) Landtagsstuhl dem Nachwuchs die notwendige Chance der Bewährung. Er solle gefälligst die Jugend Platz machen. Abgesehen von der in Rede stehenden Person – einer der profiliertesten und – nach wie vor – kreativsten Köpfe im Bayerischen Landtag – darf man da generell ins Grübeln kommen über

das „beste“ Alter oder auch nur über das „politikfähige“ Alter von Menschen.

Die Rechtslage gibt wenig her: Es gibt „Mindestalter“ für bestimmte politische Betätigungen (aktives und passives Wahlrecht) – aber kein Höchstalter. Und die Erfahrung mit alten und jungen Politikern? Da ist man versucht, Konrad Adenauer als Paradebeispiel für die Alten-Fraktion aufzuführen. Bekanntlich war er mit 71 Jahren (1948) Bundeskanzler geworden – und blieb es mit beachtlichen Erfolgen bis zu seinem 85. Lebensjahr (1963). Aber Adenauer war auch in vergleichsweise jungen Jahren schon politisch erfolgreich: mit 41 Jahren war er Oberbürgermeister von Köln (1917 – 1933), daneben mit 44 Jahren (1928 – 1932) Präsident des preußischen Staatsrates geworden und vielleicht war die „jugendliche“ Bewährung ja Basis seiner überragenden Alterserfolge. Und für die Jungen könnte ein Griff in die Weltgeschichte Punkte bringen: Alexander der Große (356 – 323 v. Chr.) war mit 20 Jahren an die Macht gekommen und innerhalb weniger Jahre vom „kleinen“ Feldherrn zum „großen“ Staatsmann geworden. Bereits 323 – mit 33 Jahren – erlag er der Malaria. Und auch aus den vielen „Unvollendeten“ ließe sich sicher viel Kapital für die Jungen schlagen. Aber solche Aufrechnungen führen wohl auch zu keiner objektiven Bewertung.

### Vielleicht hilft die Wissenschaft?

Der Berliner Alters- und Bildungsforscher Paul B. Baltes (Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin) hat festgestellt:

13,7 Millionen Menschen in Deutschland sind 65 Jahre oder älter = 16,6 % der Gesamtbevölkerung.

5 Abgeordnete des Deutschen Bundestages sind 65 Jahre oder älter = 0,9 % der Gesamtzahl der Abgeordneten und stellt die Forderung auf: es müssen mehr Ältere in den Bundestag; auch im Bundestag müsse das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den Generationen ausgeglichen sein.

### Seine Begründung:

Damit eine bessere Seniorenpolitik gemacht werden könne. Insbesondere die mittlere Generation der heute 40-jährigen sei wenig fähig für eine angemessene Seniorenpolitik. Die Angst vor dem Alter sei derart groß, dass man über seine Probleme lieber nicht nachdenke.

Zu einer angemessenen Mischung der Generationen raten auch die Zwischenergebnisse der noch jungen Gehirnforschung; Der Gehirnforscher Manfred Spiker stellt fest: Schnell lernen – das Privileg der Jugend – erkläre sich aus der Evolution. Es bedeute einst, „nicht verhungern, nicht gefressen werden“. Langsam lernen dagegen – oberflächlich betrachtet die Schwäche der Alten – hieß: „nicht vergessen, verallgemeinern, präzise sein, die Regeln kennen“. Heute zeige sich diese Qualität u.a. darin, dass wissenschaftliche Erfolge in den Naturwissenschaften, in denen es meist auf rasches Lernen und schnelle Verarbeitungsleistung ankomme, von den Jungen erzielt würden. Die größten Leistungen in den Sozialwissenschaften jedoch würden von den über 40-jährigen erbracht. Hier seien die Älteren in einer besseren Position, denn „im Bereich der sozialen Integration lernen wir zeitlebens dazu“. Da Menschen sich fast gar nicht wandeln, „werden wir immer weiser im Umgang mit ihnen“. Wissenschaftler um Baltes haben sich daran gemacht, „Weisheit empirisch, also im Sinne einer Leistungsfähigkeit zu erfassen“. Ein

schwieriges Forschungsvorhaben, das noch längst nicht abgeschlossen ist. Lehrern (i.R.) ist die Problematik der Leistungs- (besser Fähigkeits-) messung hinlänglich bekannt. Weisheit lässt sich nicht einfach nach der „Jauch-Methode“ oder in Denksportaufgaben abprüfen.

In Tests werden Probanden etwa mit Lebensproblemen konfrontiert wie: „Ein fünfzehnjähriges Mädchen will unbedingt sofort heiraten. Was sollte man bzw. das Mädchen in einer solchen Situation bedenken und tun“? Bei der Lösung solcher Weisheitsfragen, die nach bestimmten, unter anderem aus der Kognitionspsychologie entwickelten „Weisheitskriterien“ ausgewertet werden, können die Alten nicht nur mit Jüngeren Schritt halten, sondern weisen mitunter Höchstleistungen auf. Als Problemlösung mit „höherem Weisheitswert“ wurde etwa diese Antwort eingestuft: „Im Allgemeinen würde man sagen, dass Heiraten nicht das Richtige für eine Fünfzehnjährige ist. Es gibt aber Umstände, wo normale Beurteilungsmasstäbe nicht greifen. Zum Beispiel könnte das Mädchen gerade seine Eltern verloren haben, oder es kommt aus einer anderen Kultur.“

Einen niedrigeren Weisheitswert attestieren die Forscher dagegen folgender Aussage: „Fünfzehn und heiraten? Auf keinen Fall! Wo kämen wir denn da hin, wenn Fünfzehnjährige schon ihr Leben festlegen?“

Irgendwie haben wir diese wissenschaftliche Erkenntnis eigentlich schon immer „gewusst“; jetzt dürfen wir sie – wissenschaftlich untermauert – uns auch zu sagen trauen!

Übrigens, die Altersforschung arbeitet nicht mit den populären Begriffen wie Greis, Gruftis ... sondern hat folgende Differenzierung

60 – 75-jährige = junge Alte  
 75 – 85-jährige = alte Alte  
 85 – 95-jährige = Hochbetagte  
 über 95-jährige = „überlebende“

Ein Vergleich mit anderen westlichen Parlamenten weist auf ein deutliches Problem hin:

- Im US-amerikanischen Senat sind von 100 Mitgliedern 52 älter als 60 Jahre (Methusalem Strom Thur-

mond – Jahrgang 1902 – trat nach 48 Jahren als Parlamentarier bei den Kongreßwahlen 2002 nicht mehr an.)

- Das englische Unterhaus (nicht das „alte“ Oberhaus!) weist immerhin 16 % Abgeordnete auf, die jenseits der 60<sup>1</sup> sind.

Der Bayerische Landtag liegt mit rund 6 % Abgeordneten über 65 Jahren nicht ganz so „schief“ wie der Deutsche Bundestag. Aber zum Welt-niveau fehlen noch einige Ältere!

Es ist zu hoffen, das sich das Problem „innerhalb“ der Parteien ohne große Alters-Diskriminierungsdebatte löst. Sonst schlägt doch noch die Stunde der „Grauen Panther“. <

<sup>1</sup> Leider stehen mir die Zahlen für 65-jährige nicht zur Verfügung

Haupt-Quellen: „Aktiv in den Ruhestand“, (Monatszeitschrift des BRH) Nr. 11/2002 S. 7

„Die späte Lust am Lernen“ Die ZEIT Nr. 48 (20. 11. 2002) S. 39

Vgl. auch „Die vergreiste Republik“ Dossier der ZEIT Nr. 2 (02. 01. 2002) S. 9–12

### Pensionistenvertreter trafen sich

Zum 15. 01. 2003 hatte Berthold Schulter die Obleute, die sich in den Bezirksverbänden der Pensionisten annehmen sollen, in die Geschäftsstelle nach München eingeladen. Es galt, einen Überblick darüber zu gewinnen, wie von Oberfranken bis nach Niederbayern den Ruheständlern das Gefühl vermittelt wird, dass der Verband sich um sie kümmert. Nach dem ersten Treffen vor Jahresfrist war damit eine gewisse Standortbestimmung angesagt sowie eine Aussprache darüber, wie es weitergehen soll. Man wollte von einander lernen, Anregungen mitnehmen oder sich im eingeschlagenen Weg bestätigt fühlen.

Erschienen waren alle bis auf Nieder- und Oberbayern; dafür war München, der „achte“ Bezirk, mit den Kollegen Filipp und Röde gleich im Duett vertreten. <

Der Bericht des „Vorturners“ Berthold Schulter bewies, wie sehr dieses Anliegen des Verbandes vor allem Zeit fordert und den Willen, den Auftrag ernsthaft auszufüllen. Da ist es nicht getan mit der Teilnahme an den Sitzungen des HV, dem er ja mit Sitz und Stimme angehört. Viel mehr beanspruchen die selbst gesteckten Aufgaben Kraft und Zeit: Teilnahme an drei Seminaren zu relevanten Belangen (Versorgung- u. Versicherung) speziell für den Ruhestandsbeamten; Kontakt zum Bund der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen (BRH), dem der VLB ja kooperativ angehört; sachbezogen Inhalte ausfindig machen, sichten und werten für eine Darstellung in VLB-akzente. Dies – wie seine als Sonderbroschüre erschienenen gelben Blätter des „Senioren Service“ – fand besonders dankbare Anerkennung. Auch der für die Ruheständler beim Passauer Berufsschultag gebotene Part – Stadt- und

Domführung sowie Information zum Versorgungsrecht – hatte allseits Anklang gefunden und wurde lobend hervorgehoben.

Der Blick in die Bezirke bewies, dass dort der beamten- und versorgungsrechtliche Teil dem geselligen Part eher nachgeordnet ist. Zwar möchte man korrekt und erschöpfend informiert sein, begnügt sich aber eher mit dem, was in VLB-akzente angeboten wird oder sich in der Zeitschrift des BRH findet. Den persönlichen Kontakt zu anderen Ehemaligen sucht man dagegen lieber unbeschwert bei gemeinsamen Ausflügen, wobei neben dem Gedankenaustausch häufig historisches Interesse an Lokalem oder Regionalem im Vordergrund steht. Dabei begnügen sich die meisten Bezirke mit ein oder zwei Terminen im Jahr. So wollen es auch die Obleute. Man einigte sich auf den November für die nächste Zusammenkunft.

*Lothar Fischer*

seiner Wahlheimat Eschborn. Der VLB wünscht Heinz Bader zu seinen großen runden Geburtstag alles Gute und darüber hinaus noch viele schöne Jahre in Gesundheit und Wohlergehen zusammen mit seiner Gattin. *pth*

## Wir gratulieren im April

### ... zum 90. Geburtstag

**Guilino, Christian**, 17.04.

85051 Ingolstadt, KV Obb.-Nordwest

### ... zum 80. Geburtstag

**Homann, Ida**, 14.04.

97688 Bad Kissingen, KV Main-Rhön

**Müller-Röhr, Manfred**, 24.04.

96269 Großheirath, KV Ofr.-Nordwest

### ... zum 75. Geburtstag

**Bachmann, Karl-Heinz**, 11.04.

97082 Würzburg, KV Würzburg

**Eger, Fritz**, 24.04.

86720 Baldingen, KV Nordschwaben

**Korb, Werner**, 29.04.

95028 Hof, KV Obfr.-Nordost

**Lindermüller, Helmut**, 25.04.

85107 Baar-Ebenhausen,

KV Obb.-Nordwest

**Scheck, Manfred**, 21.04.

92318 Neumarkt, KV Neumarkt

**Wendlandt, Manfred**, 24.04.

90419 Nürnberg, KV Nürnberg

**Besler, Walter**, 13.02.

87719 Mindelheim, KV Allgäu

### ... zum 70. Geburtstag

**Cymara, Heinz-Bernfried**, 17.04.

90471 Nürnberg, KV Mfr.-Nord

**Eschenbacher Werner**, 09.04.

95326 Kulmbach, KV Ofr.-Nordwest

**Gauglitz, Peter Paul**, 26.04.

96049 Bamberg, KV Bamberg-Forchheim

**Lochmüller, Gustav**, 17.04.

95448 Bayreuth, KV Bayreuth-Pegnitz

**Müller, Bernhard**, 09.04.

89257 Illertissen, KV Allgäu

**Werkstetter, Franz**, 28.04.

83395 Freilassing, KV Traunstein BGL

### ... zum 65. Geburtstag

**Gillhuber, Josef**, 05.04.

84543 Winhöring, KV Altötting-Mühldorf

**Grimm, Rauthgundis**, 25.04.

90547 Stein, KV Nürnberg

## Personalien

### Mit spitzer Feder für die berufliche Bildung

Am 12. März vollendet OStD i.R. Heinz Bader in erfreulicher Rüstigkeit sein 80. Lebensjahr. Von 1973 bis 1987 leitete er die Würzburger Franz-Oberthür-Schule, die zu seiner Zeit z.T. mehr als 6000 Schüler betreute. Von ganzem Herzen und mit großem politischem Engagement trat Bader für die Jugend im Beruf und für die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ein. Mehr als 25 Jahre war er Schriftleiter der vom Bundesverband der Lehrer an beruflichen Schulen aufgelegten „Berufsbildenden Schule“. Im ehemaligen VBB war er von 1979 bis 1983 Pressereferent. Mit Sachverstand und spitzer Feder trug er ganz wesentlich dazu bei, dass es aufwärts ging mit der beruflichen Bildung. 1988 erhielt er für seinen Einsatz das Bundesverdienstkreuz am Bande.



Bader ist Ostpreuße. Nach dem Krieg verschlug es ihn nach Frankfurt am Main, wo er eine Schreinerlehre und anschließend die Ausbildung zum Berufsschullehrer absolvierte. Vor seinem Wechsel nach Würzburg war er auch lange Jahre Stadtverordneter in

**Grimm, Rudolf**, 09.04.

90425 Nürnberg, KV Nürnberg

**Hampel, Peter**, 23.04.

A-6240 Rattenberg, KV Traunstein-BGL

**Kukuk, Harald**, 02.04.

90547 Stein, KV Nürnberg

**Meier, Anna-Elisabeth**, 07.04.

87655 Mauerstetten, KV Allgäu

**Schneider, Franz**, 10.04.

86163 Augsburg, KV Augsburg

**Thiel, Peter**, 04.04.

97218 Gerbrunn, KV Würzburg

**Wimmer, Peter**, 06.04.

80997 München, BV München

### ... zum 60 Geburtstag

**Barth, Bernhard**, 20.04.

87439 Kempten, KV Allgäu

**Bauer, Gerd**, 28.04.

63897 Miltenberg, KV Untermain

**Beinhofer, Hermann**, 14.04.

80331 München, KV Augsburg

**Bienefeld, Rotraut**, 02.04.

87474 Buchenberg, KV Allgäu

**Blumenberg, Karin**, 02.04.

82487 Oberammergau, KV Obb.-Südwest

**Frank, Heide**, 20.04.

87488 Betzigau, KV Allgäu

**Gunzert, Barbara**, 18.04.

85521 Ottobrunn, BV München

**Holzmann, Dieter**, 09.04.

87700 Memmingen, KV Allgäu

**Koppmann, Jürgen**, 29.04.

92271 Freihung, KV Opf.-Nord

**Korba, Hans**, 25.04.

92318 Neumarkt, KV Neumarkt

**Pfründer, Hans-Jörg**, 20.04.

86465 Welden, KV Augsburg

**Rohloff, Heidemarie**, 17.04.

95030 Hof, KV Ofr.-Nordost

**Rupprecht, Rudolf**, 25.04.

86551 Aichach, KV Nordschwaben

**Stephan, Helmut**, 27.04.

82458 Garmisch-Partenkirchen,

KV Obb.-Südwest

**Ulbrich, Siegbert**, 05.04.

96050 Bamberg,

KV Bamberg-Forchheim

**Zimmermann, Sabine**, 18.04.

81829 München, KV Obb.-Südwest

**Zitzmann, Peter**, 22.04.

90411 Nürnberg, KV Nürnberg

## Wir gratulieren im Mai

### ... zum 90. Geburtstag

**Guggumos, Irmgard**, 24.05.

86415 Mering, KV Augsburg

**Pregler, Otmar**, 31.05.

96047 Bamberg, KV Bamberg-Forchheim

### ... zum 80. Geburtstag

**Felker, Hans-Georg**, 11.05.

91583 Schillingsfürst, KV Mfr.-Süd

**Wirth, Heinrich**, 30.05.

95326 Kulmbach, KV Ofr.-Nord

### ... zum 75. Geburtstag

**Aulbach, Erich**, 02.05.

63743 Aschaffenburg, KV Untermain

**Büttner, Anneliese**, 31.05.

91438 Bad Windsheim, KV Mfr.-Nord

**Sturm, Georg**, 19.05.

89407 Dillingen, KV Nordschwaben

### ... zum 70. Geburtstag

**Ammann, Christi**, 16.05.

88131 Lindau, KV Allgäu

**Bahle, Karl**, 19.05.

84453 Mühldorf,

KV Altötting-Mühldorf

**Böhm, Rosemarie**, 12.05.

85072 Eichstätt, KV Obb.-Nordwest

**Colditz, Heinz**, 20.05.

90763 Fürth, KV Mfr.-Nord

**Plamper, Fritz**, 29.05.

92637 Weiden, KV Opf.-Nord

**Dr. Schwiedel, Peter-Klaus**, 06.05.

82467 Garmisch-Partenkirchen,

KV Obb.-Nordwest

### ... zum 65. Geburtstag

**Belingrath, Horst**, 23.05.

90602 Pyrbaum, KV Nürnberg

**Betz, Rudolf**, 05.05.

86157 Augsburg, KV Augsburg

**Ertl, Werner**, 12.05.

92637 Weiden, KV Opf.-Nord

**König, Walter**, 23.05.

93152 Nittendorf, KV Regensburg

**Kraus, Heinz**, 02.05.

86485 Biberbach, KV Augsburg

**Kühn, Irmgard**, 29.05.

93444 Kötzing, KV Cham

**Stapf, Josef**, 17.05.

63933 Mönchberg, KV Untermain

**Süßmilch, Ute**, 29.05.

90419 Nürnberg, KV Nürnberg

### ... zum 60. Geburtstag

**Eisele, Josef**, 13.05.

81375 München, BV München

**Fischer, Rupert**, 19.05.

93333 Neustadt-Schwaig,

KV Obb.-Nordwest

**Goller, Gerhard**, 04.05.

96050 Bamberg,

KV Bamberg-Forchheim

**Hackel, Horst**, 15.05.

83707 Bad Wiessee, KV Obb.-Südwest

**Köllerer, Gabriele**, 23.05.

82031 Grünwald, BV München

**Kopp, Rüdiger**, 06.05.

82131 Gauting, BV München

**Kronawitter, Werner**, 24.05.

83026 Rosenheim,

KV Rosenheim-Miesbach

**Ott, Rosalie**, 13.05.

KV Donau-Wald

**Peitsara, Ritva**, 22.05.

81543 München, BV München

**Reisinger, Waltraud**, 20.05.

82152 Krailling, KV Obb.-Südwest

**Sandner, Friedrich**, 22.05.

85101 Lenting, KV Obb.-Nordwest

**Te Kock, Heinz**, 09.05.

86561 Aresing, KV Nordschwaben

**Wahl, Horst**, 12.05.

91710 Gunzenhausen, KV Mfr.-Süd

### In den Ruhestand sind gegangen ...

**Bader, Maria**, KV Allgäu

**Gerhart, Günter**, KV Main-Rhön

**Heilmaier, Erika**, KV Augsburg

**Pomp, Hannelor**, KV Würzburg

**Thiel, Franziska**, KV Würzburg

**Wirth, Dieter**, KV Niederbayern-Ost

### Wir trauern um ...

**Kinzner, Hans**, KV Mfr.-Süd (62)

**Ohmann, Ernestine**,

KV Nordschwaben (81)

**Schlegel, Anneliese**, KV Augsburg (72)

**Spitzl, Luise**, KV Mfr.-Nord (78)

## Termine

**Bildungsmesse 2003 in Nürnberg:**

### didacta – Die ganze Welt der Bildung

**Nachstehend das VLB-Angebot:**

#### Montag, 31.3.2003

11.00 Uhr – 12.00 Uhr

##### **Lehrer an den beruflichen Schulen – ein Beruf mit Zukunft?**

Referent: Armin Ulbrich, stellv. VLB-Landesvorsitzender.

12.00 Uhr – 13.00 Uhr

##### **Anerkennung der Leistungen der Schüler aus der Berufsschule – integraler Bestandteil der Kammerprüfungen Podiumsdiskussion**

Hermann Sauerwein, VLB-Landesvorsitzender, im Gespräch mit: Udo Göttemann, IHK Nürnberg, Reinhart Reiser, HWK Nürnberg.

#### Dienstag, 1.4.2003

14.00 Uhr – 15.00 Uhr

##### **Die Motivation der Auszubildenden – unverzichtbar für erfolgreichen Unterricht**

Referent: Prof. Dr. Andreas Krapp, Universität der Bundeswehr, Neubiberg.

#### Mittwoch, 2.4.2002

10.30 – 11.30 Uhr,

Saal Brüssel

##### **Tag der beruflichen Schulen**

##### **Berufsbildungspolitik in Bayern**

Alexander Liebel, VLB-Referent für Bildungspolitik im Gespräch mit: Hans Wilhelm Thomé, Kultusministerium, Otto Dietrich Knapp, IHK Nürnberg, Prof. Dr. Josef Aff, Universität Erlangen-Nürnberg, Hermann Sauerwein, VLB-Landesvorsitzender.

12.00 Uhr – 13.00 Uhr

Saal Kairo 2

##### **Aktuelle Perspektiven der Bildungspolitik**

##### **Podiumsdiskussion**

Monika Hohlmeier, Staatsministerin für Unterricht und Kultus, Peter Heesen, stellv. Bundesvorsitzender des dbb, Dr. Ludwig Eckinger, Vorsitzender der Expertenkommission Schule im DBB. Veranstalter: DBB.

13.00 Uhr – 14.00 Uhr

##### **Modus 21 – eine Chance für mehr Eigenverantwortung für die beruflichen Schulen**

Referenten: Hans Käfler, stellv. VLB-Landesvorsitzender Hans Jörg Bosch, VLB-Referent für FOS/BOS.

#### Donnerstag, 3.4.2003

13.00 Uhr – 14.00 Uhr

##### **Der Modellversuch AQUA – eine Chance zur Gewinnung qualifizierten Lehrernachwuchses?**

Referent: Heiko Pohlmann, VLB-Referent für Lehrerbildung, Prof. Gr. Andreas Schelten, TU München, Genoveva Hiener, ISB München.

#### Freitag, 4.4.2003

11.00 Uhr – 15.00 Uhr

##### **Die Wirtschaftsschulen in Bayern (Handelsschulen) bewährt und erfolgreich im Bereich der kaufmännischen Grundbildung**

Referent: Bernhard Zeller VLB-Referent für Wirtschaftsschulen.

13.00 Uhr – 14.00 Uhr

##### **Schulpsychologen – eine notwendige Folge der veränderten Schlermentalität**

Referent: Klemens Brosig, stellv. VLB-Landesvorsitzender.

##### **Organisatorisches:**

##### **Sternfahrt der Bezirke am 2. April 2003**

Zuschuss je Bus 105 Euro. Die Beantragung dieses Zuschusses muss vor dem 19.3.2003 bei der Bildungsmesse Nürnberg über das Internet [www.bildungsmesse-nuernberg.de/reisespezial](http://www.bildungsmesse-nuernberg.de/reisespezial) oder Formular (abrufbar bei VLB-Geschäftsstelle) erfolgen.

**Anmeldebedingungen:** Mindestteilnehmerzahl 15 Personen je Bus. Kopie des Chartervertrages bzw. Rechnung mit Vermerk: „Bildungsmesse 2003 Nürnberg“ und eine namentliche Teilnehmerliste beilegen. Diese Unterlagen (Formular + Vertrag + Teilnehmerliste) an die Nürnberger Messe senden. Nach Prüfung der Anmeldeunterlagen wird der Betrag über 105 Euro auf ein angegebenes Konto überwiesen.

**Eintrittskarten:** Zentrale Beschaffung über die Geschäftsstelle. Preis je Karte 5,50 Euro. Verrechnung erfolgt über eine nachträgliche Rechnung. Jeder Bezirk bestellt die gewünschte Anzahl der Gästekarten bei der Geschäftsstelle. Mit der Eintrittskarte kann kostenlos innerhalb des Verkehrsverbundes Großraum Nürnberg (VGN) zum Messengelände gefahren werden.

**Besucherinfo:** Telefon: (0911) 8606-4906, E-Mail: [besucherinfo@nuernbergmesse.de](mailto:besucherinfo@nuernbergmesse.de)

**Letzter Termin:** 15. März 2003

## Studenten-Symposium in Würzburg

Anlässlich der momentan hohen Dynamik im Bereich Ausbildung an beruflichen Schulen, veranstaltet das Bildungs- und Förderwerk des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V. ein Wochenendseminar für Studierende des Lehramtes an beruflichen Schulen und der Wirtschaftspädagogik in Würzburg.

Zusätzlich werden Vertreter der Regierung und Universitäten Rede und Antwort stehen.

- Termin:** 10./11. Mai 2002
- Beginn:** Samstag, 10. Mai 2002, 10.00 Uhr  
**Ende:** Sonntag, 11. Mai 2002, ca. 13.00 Uhr
- Tagungsort:** Franz Oberthür-Schule (GewBBZ I), Zwerchgraben 2, 97074 Würzburg
- Unterbringung:** Hotel Technikum, Berner Straße 8, 97084 Heuchelhof, Tel.: 0931- 66730, Fax: 0931-6673300
- Anmeldung:** direkt an die Studentensprecher des jeweiligen Bereiches oder VLB-Geschäftsstelle ([mayr@vlb-bayern.de](mailto:mayr@vlb-bayern.de))  
Anmeldeschluss: bis 15. April

Um aktuelle Probleme aufgreifen zu können, können Themenwünsche bei den Studentensprechern für den kaufmännischen Bereich, Thomas Hofmann ([thomas.hofmann@stud.uni-bamberg.de](mailto:thomas.hofmann@stud.uni-bamberg.de)), und für den gewerblich-technischen Bereich, Stefan Weinzierl ([Stefan@Semper-Studiosus.de](mailto:Stefan@Semper-Studiosus.de)), bis zum 15 April eingereicht werden.

## 8. Bayerischer Wirtschaftsschultag am 5. April in Nürnberg

### Programm

09.30 Uhr – 12.00 Uhr

**Festveranstaltung im Historischen Rathaussaal der Stadt Nürnberg**

#### Begrüßung

Friedrich Böhmer, Leiter der Städtischen Wirtschaftsschule Nürnberg

#### Grußworte der Stadt Nürnberg

Horst Förther, Bürgermeister  
Dr. Dieter Wolz, Schulreferent

#### Bildungspolitik aus der Sicht der Wirtschaft

Harald R. Schmauß, Vizepräsident der IHK Nürnberg

#### Festvortrag

Karl Freller, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus

#### Verleihung des Preises der bayerischen Wirtschaftsschulen 2003

Christiane Rieger, Stellvertretende Vorsitzende der Landesvereinigung der öffentlichen Wirtschaftsschulen

#### Statement

Manfred Weichhold, Vorsitzender des Bundesverbands für Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen

#### Resumée

Armin Ulbrich, Stellvertretender Landesvorsitzender des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e. V.

13.30 Uhr

**Arbeitskreise in der Städt. Wirtschaftsschule, Nuppenbeckstraße** (Angebot siehe nachstehend)

16:30 Uhr

**Ende der Veranstaltung**

#### Arbeitskreisangebot:

Arbeitskreis 1: Schulleiter

**Aktuelle Situation der Wirtschaftsschule**

Arbeitskreis 2: Betriebswirtschaft

**Didaktische Reduktion komplexer Themen, z. B. Neues Schuldrecht**

Arbeitskreis 3: Übungsfirmenarbeit

**Das Portal der Übungsfirmen**

Arbeitskreis 4: Übungsfirmenarbeit

**Übungsfirmenzentrale der bayerischen Wirtschaftsschulen stellt neue Leittexte und UNvB (United Networks of Virtual Business) vor sowie Comenius-Schulprojekt der EU**

Arbeitskreis 5: Rechnungswesen

**Kurze Vorstellung der Navision-Software (Finanzbuchhaltungsprogramm) sowie Aktuelles rund um die Abschlussprüfung**

Arbeitskreis 6: Deutsch

**Deutschunterricht nach PISA**

Arbeitskreis 7: Englisch

**Vorbereitung und Durchführung der neuen Hörverständnis- und mündlichen Prüfungen in der Abschlussprüfung**

Arbeitskreis 8: Datenverarbeitung

**Was erwartet die Praxis an EDV-Kenntnissen von Wirtschaftsschulabsolventen**

Arbeitskreis 9: Textverarbeitung

**Vorstellung „Prüfungsordnung für Textverarbeitung“ sowie methodisch-didaktischer Aufbau einer Unterrichtsstunde in Excel**

Arbeitskreis 10: Mathematik

**Möglichkeiten des Projektunterrichts in Mathematik und Erfahrungsaustausch**

Arbeitskreis 11: Geschichte, Sozialkunde, Erdkunde

**Pädagogik rund ums Dokumentationszentrum**

Arbeitskreis 12: Projektarbeit

**Alles rund um den Projektunterricht (Organisation, Benennung, Projektvorstellung, Erfahrungsaustausch)**

Arbeitskreis 13: Innere Schulentwicklung

**„3 Jahre Qualitätsentwicklung und -sicherung“ – Gesprächsforum**

Arbeitskreis 14: Multimedia

**Interdependenz der Medien (Print-, Offline- und Online-Medien – Praktisches Unterrichtsbeispiel)**

Arbeitskreis 15: Internet im handlungsorientierten Unterricht

**Vorstellung erprobter Unterrichtssequenzen**

Arbeitskreis 16: Beratungslehrer

**Legasthenie**

Nähere Informationen zum Bayerischen Wirtschaftsschultag finden Sie auf der Homepage des VLB:

[www.vlb-bayern.de](http://www.vlb-bayern.de)



Stadt Augsburg

Wir suchen für unsere **beruflichen Schulen (Berufsschulen und Reischlesche Wirtschaftsschule)** zum Schuljahresbeginn 2003/2004

## Lehrkräfte

mit abgeschlossener Ausbildung für das höhere Lehramt an Berufsschulen für die Fachrichtung

- Ernährungs- und Hauswirtschaftswissenschaft mit beliebigem Zweitfach
- kath. Religionslehre
- Wirtschaftswissenschaften mit bevorzugtem Zweitfach Englisch oder Deutsch oder vertieften IT-Kenntnissen (Berufsausbildung als Bankkaufmann)
- Farb- und Raumgestaltung mit Zweitfach Mathematik (für unsere Berufsoberschule)

und pädagogisch ausgebildete

## Fachlehrer/innen

für das Berufsfeld  
Schreibtechnik/ Textverarbeitung

Ferner suchen wir

## Diplomhandelslehrer/innen

mit beliebigem Zweitfach, bevorzugt Englisch, Deutsch, Erdkunde oder Informatik mit vertieften IT-Kenntnissen (Berufsausbildung als Bankkaufmann)

Im Laufe der Bedarfsplanung können sich auch in anderen Fächern noch Einsatzmöglichkeiten ergeben. Aktuelle Informationen sind dem Internet unter **[www.augsburg.de/lehrer.html](http://www.augsburg.de/lehrer.html)** zu entnehmen.

Die Besoldung bzw. Vergütung erfolgt nach dem Bundesbesoldungsgesetz bzw. nach dem Bundesangestelltentarifvertrag.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt.

Ihre Bewerbung senden Sie bitte bis spätestens **07.04.2003** mit Lichtbild, Lebenslauf und Zeugniskopien an das **Personalamt, Personalwirtschaft/2, Unterer Graben 6, 86152 Augsburg.**

Telefonische Auskünfte werden unter der Rufnummer (08 21) 3 24 – 22 33 erteilt.

**Finanznot und ungenügende Schulfinanzierung des Staates zwingen zu massiven Einschnitten bei den Schulstädten:**

## Kommunale Schulen vor dem Kollaps?

**DR. SIEGFRIED HUMMELBERGER**

Mehrere bayerische Großstädte und einige kommunale Zweckverbände unterhalten bekanntlich berufliche Schulen in eigener Trägerschaft. Dieses kommunale Schulwesen verfügt über eine lange Tradition, teils zurück reichend bis auf den legendären Münchner Stadtschulrat Kerschensteiner, und es bereichert unzweifelhaft die bayerische Schullandschaft. Die sich seit einigen Jahren zunehmend verschärfende Finanznot der Kommunen führt nun zu immer stärkeren und in Zukunft sogar drastischen Einschnitten, zu massiven Kürzungen von Eingangsklassen insbesondere bei den weiterführenden beruflichen Schulen, bis hin zu der Überlegung, das gesamte kommunale Schulwesen in die Hände des Staates zu überführen.

### Hintergründe

Die Änderung des Steuerrechts auf Bundesebene, teils noch eingeleitet durch die Regierung Kohl, führte bei praktisch allen Kommunen in Deutschland zu enormen Einbrüchen auf der Einnahmeseite, z. B. bei der Gewerbesteuer. Größere Kommunen büßten dabei teils Beträge in dreistelligen Millionenhöhe ein. Gleichzeitig steigen seit mehrere Jahren auch die Belastungen der Kommunen durch entsprechende Rahmengesetzgebungen (neue Pflichtaufgaben, wie z. B. Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz) und durch steigende Aufwendungen im Sozialetat. Der konjunkturelle Einbruch tut ein Übriges.

Nach bayerischem Recht ist die Kommune unabhängig von der Schulträgerschaft grundsätzlich für den so genannten Sachaufwand bei allen Schulen, auch den beruflichen zuständig. Dies betrifft im wesentlichen den Bau von Schulgebäuden, den Unterhalt und große Teile der Sachausstattung der Schulen bis hin zur EDV. Bei staatlichen Schulen wird der Personal-

aufwand vom Staat getragen, d. h. der Freistaat Bayern ist Dienstherr der Lehrkräfte und trägt auch alle damit verbundenen Ausgaben (Gehälter, Versorgung, Beihilfe usw.) in vollem Umfang. Anders dagegen bei den kommunalen Schulen: Hier fungiert die Kommune als Dienstherr und trägt die entsprechenden Ausgaben, der Staat hat dagegen in aller Regel nur die Schulaufsicht und beteiligt sich an der Finanzierung des Lehrpersonals. Da jedoch die Personalkosten den Löwenanteil bei der Finanzierung einer Schule ausmachen, ist der Unterhalt eigener kommunaler Schulen eine recht kostspielige Angelegenheit. Dafür allerdings haben die Kommunen einen nicht zu vernachlässigenden Einfluss auf die pädagogische Gestaltung in all jenen Bereichen, die durch die Schulaufsicht nicht eindeutig festgelegt bzw. vorgeschrieben sind.

### Streit um Schulfinanzierung

Die entscheidende Problematik liegt nun in dem bereits erwähnten Zuschuss des Staates zu den Personalkosten der Kommunen. Diese Refinanzierung ist im Bayerischen Schulfinanzierungsgesetz fest vorgeschrieben: Staatlich anerkannte Privatschulen erhalten 90% ihrer Personalkosten ersetzt, Schulen in kommunaler Trägerschaft dagegen nur 60%.

Nun ist es allerdings keineswegs so, dass die Kommunen 60% ihrer tatsächlichen Ausgaben für das Personal oder etwa gar eine bestimmte Lehrkraft erhalten; vielmehr wird quasi eine „theoretische“ Lehrkraft und die durch sie verursachten Personalkosten als Berechnungsgrundlage verwendet. Eine solche theoretische Lehrkraft ist in der Besoldungsgruppe A 13 (für den höheren Dienst) und hat vergleichsweise wenig Dienstjahre. In der Wirklichkeit sieht das natürlich anders aus: Auch in den Kommunen ist der Altersdurchschnitt in den Kollegien weit höher als das in der Be-

rechnungsgrundlage zu tragen kommt und ein entsprechender Anteil des Kollegiums ist eben nicht in A 13, sondern in A 14 oder gar A 15 eingruppiert. Dies (und einige kleinere Effekte) führt dazu, dass die tatsächlichen Personalausgaben der Kommunen weitaus höher sind als die Berechnungsgrundlage des Staates – die Refinanzierungsrate sinkt damit auf weit unter 60% bis zu weniger als 40%. Wie weit dieser Satz unterschritten wird, ist zwischen Staat und Kommunen durchaus umstritten. Die Landeshauptstadt München etwa hat die dadurch entstandene Finanzierungslücke mit etwa 150 Millionen Euro jährlich berechnet, der Freistaat geht von einer geringeren Summe aus.

Letztlich vertreten die Kommunen die Auffassung, Bildung sei Aufgabe der Länder und damit seien diese für eine ausreichende Schulfinanzierung verantwortlich. Diese Meinung wird durch die Landtagsopposition unterstützt. Freistaat und die regierende CSU dagegen vertreten die Meinung, dass die kommunalen Schulen (vereinfacht gesagt) mehr oder weniger ein „Luxus“ – haushaltsrechtlich eine freiwillige Leistung – seien, den die Kommunen gefälligst selbst zu finanzieren hätten. Vergessen wird dabei allerdings, dass viele kommunale Schulen vor längerer Zeit nur eröffnet wurden, weil dem festgestellten Bedarf oder den empfundenen Notwendigkeiten kein hinreichendes staatliches Angebot gegenüber stand. Ein typisches Beispiel wäre etwa die in München um die Jahrhundertwende entstandenen höheren Schulen für Mädchen oder die nach dem Krieg aufgebauten kommunalen Fachschulen (Meister- und Technikerschulen). Zudem ist es oft sehr sinnvoll gewesen, bestimmte Schulen mit einem großen Einzugsgebiet in den Verkehrsknotenpunkten, also meist den größeren Städten anzusiedeln. Heute sieht diese Situation natürlich anders aus. Teilweise verfügt auch der Staat über entsprechende Angebote. Die Kommunen blieben dagegen auf den finanziellen Lasten für ihre Schulen sitzen. Heute, bei stark veränderter finanzieller Situation, stellen viele

Kommunen ihre Schulträgerschaft offen in Frage. Und der Staat? Hat natürlich auch kein Interesse an höheren Ausgaben. Der Schwarze Peter wird hin- und hergeschoben.

Dieser auf politischer Ebene ausgelegte Streit auf dem Rücken von Lehrkräften und betroffenen Schülerinnen und Schülern führt bisweilen zu absurden Konsequenzen: So wollte etwa Würzburg sein ganzes kommunales Schulwesen verstaatlichen – der Staat jedoch lehnte dieses Ansinnen ab. München dagegen spart bei zahlreichen weiterführenden beruflichen Schulen viele Klassen ein und verlangt, dass der Staat binnen kürzester Zeit entsprechende Ersatzkapazitäten schafft, was dieser nur teilweise zu tun bereit ist. Dafür gibt es Anzeichen für eine staatliche Schulübernahme. Die ebenso betroffenen Umlandgemeinden und -kreise der Großstädte, die einen erheblichen Anteil der Schülerschaft in den großen, leicht erreichbaren Kommunen stellen, sehen sich dagegen so gut wie gar nicht in der Verantwortung und hätten am liebsten eine Schulfinanzierung nach dem „Sankt-Florians-Prinzip“.

Eine Regionalplanung „Bildung“ oder besser: eine jährlich mindestens zweimal zwingend durchzuführende regionale Planungsabstimmung zwischen den betroffenen Ballungsraumgemeinden, -städten, -kreisen ist eine dringend gebotene Notwendigkeit, und zwar über alle politischen Grenzen hinweg. Das Landesentwicklungsprogramm ist wegen des großen Planungszeitraums keine ausreichende Alternative. Gerade für den beruflichen Bereich, aber auch um den in Ballungsräumen und um Ballungsräume herum extrem dynamischen Bevölkerungsentwicklungen Rechnung zu tragen, müssen regionale Planungsverbände über die Parteigrenzen hinweg institutionalisiert werden, die pragmatisch zum Wohle der zukünftigen Wirtschaftskraft der Region, vor allen Dingen aber zum Wohle der Schülerinnen und Schüler arbeiten.

### Schüler eine „Randgruppe“?

In den Ballungsräumen mit kommunalen Schulen ist das Interesse an Bil-

dung „für alle“ eigentlich gering; in München z. B. stellen Familien mit Kindern nur noch kärgliche 11% der Bevölkerung – eine politische Randgruppe? Die öffentliche Aufmerksamkeit, die das Thema Bildung dennoch erfährt, ist allerdings Ausdruck dafür, dass dieses Thema vom überwiegenden Teil der Bevölkerung als gesamtgesellschaftlich tatsächlich relevant angesehen wird. Man erinnere sich nur an die heftigen Proteste, die das Wort „Schulschließung“ auslöst. Erinnern Sie sich noch an die angedrohte Schließung des Sigena-Gymnasiums in Nürnberg und die dadurch mitverursachte Änderung der Mehrheiten im Nürnberger Stadtrat? Oder das ganz schnelle Zurückrudern bei der Wirtschaftsschule in Augsburg? Oder die Verwerfungen im Rahmen der Bildung von sogenannten „Kompetenzzentren“, die z. B. in München eine durchaus an die Substanz gehende, sehr progressive Fragestellung über Sinn und Zweck dieser Zentren aufgeworfen haben? Wir hatten schon immer vermutet, dass diese großartig angekündigte Aktion in der Realität eher der Verringerung von Minderklassen, der sog. „Optimierung des Lehrkräfteeinsatzes“ und der Erhöhung der Fahrzeiten der Schülerinnen und Schüler entpuppt – also als eine reine „Kostensenkungsaktion“, die keineswegs auf pädagogische Verbesserungen, sondern nahezu ausschließlich auf „finanzielle Optimierung“ hin ausgelegt ist.

Bildung ist – auch nach und trotz PISA – aus dem Blickwinkel vieler Politiker in allererster Linie ein Kostenfaktor, der immense Ausgaben verursacht, aber im aktuellen Haushalt keine Aktivposten einbringt. „Bildung als Investition in die Zukunft“, das wird immer mehr zu einem bloßen Lippenbekenntnis. Symptomatisch mag dafür das Haushaltsrecht stehen: Ein Autobahnanschluss zählt zum Investitionshaushalt, eine neue Kläranlage oder – wie in München – die Verkehrsanschlüsse für ein rein privat genutztes, neues Fußballstadion. Unterricht dagegen, berufliche Bildung gar ist nicht Teil des Investitionshaushaltes, sondern in dieser Logik Verwal-

tungshaushalt und damit „konsumtiv“, nicht anders als Ausgaben für Briefmarken. Ein Verständnis von Bildung, das in erster Linie auf die heute verursachten Kosten und nicht auf die morgen zu erwartenden Erträge fixiert ist, führt zu absurden Konstellationen. Jeder ist prinzipiell für Bildung, aber niemand möchte sie finanzieren. So verlangt etwa die bayrische SPD als Opposition im Landtag von der CSU eine massive Erhöhung der Ausgaben für die Bildung: mehr Lehrkräfte, mehr Ganztagsangebote, verbesserte und intensiviertere Lehrerbildung. Die regierende CSU bezeichnet diese Pläne als „nicht zu finanzieren“; zu sehen ist allerdings, dass der Freistaat mehr finanziert als die meisten anderen Bundesländer. Umgekehrt ist die Situation in München: Hier beklagt die SPD, dass das bisherige Bildungsangebot nicht mehr zu finanzieren sei, während die CSU als Stadtopposition im Gegenteil als Reaktion auf PISA eine Ausweitung der Ausgaben für Bildung verlangt. Zynismus pur: Vereinzelt handelt es sich um die identischen Personen, die im Landtag „Hü“ und in der Stadt lautlos „Hott“ rufen. Währenddessen werden im Gerangel zwischen den Parteien, zwischen Stadt und Freistaat, zwischen Ballungszentrum und Umlandgemeinden, die kommunalen Bildungsangebote zerrieben.

### München – ein exemplarisches Beispiel

Zitat aus einer Bekanntgebung des Münchner Schulreferats: „Das städtische Schulreferat hat nach der Festlegung des Stadtrates im Eckdatenbeschluss 2001 im Zeitraum 2002 bis 2006 Konsolidierungsbeiträge von insgesamt 50,4 Mio. Euro zu erbringen. Der Gesamtkonsolidierungsbeitrag aller städtischen Referate beträgt 140 Mio. Euro. Die Verteilung der Konsolidierungsbeiträge auf die Referate erfolgte auf der Grundlage der Sach- und der Personalkosten. Da das Schul- und Kultusreferat mit die personalintensivsten Aufgaben zu erfüllen hat – Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen ist an Personen gebunden – und somit sehr

hohe Personalausgaben hat (Ansatz 2002 ca. 366,6 Mio. Euro aktive Bezüge, davon ca. 98% Ausgaben Personal an den Einrichtungen, 10.700 Beschäftigte), führte dies dazu, dass das Schul- und Kultusreferat 36 % des Gesamtkonsolidierungsbeitrags einzubringen hat. Dieser Konsolidierungsbeitrag von 50,4 Mio. Euro ist real netto zu erbringen, was bedeutet, dass z.B. bei Personaleinsparungen im Bereich der städtischen Schulen dann auch entfallende staatliche Lehrpersonalkostenzuschüsse und Gastschulbeiträge in Abzug zu bringen sind. Am 24.07.2002 wurde zusätzlich eine Haushaltssperre von 15,434 Mio. Euro verfügt. Diese Mittel stehen nachhaltig für die Folgejahre nicht mehr zur Verfügung. Die Haushaltssperre konnte, da die Planungen für das Schuljahr 2002/2003 bereits angelaufen war, für den Personalbereich (= 4,2 Mio. Euro) nicht umgesetzt werden. Umgesetzt wurden dauerhaft und budgetwirksam 11,2 Mio. Euro durch Kürzungen im Sachmittelbereich, bei Zuschüssen und durch Kürzungen im Verwaltungsbereich. Hinzu kommen Belastungen des Referatsbudgets durch gesetzliche Änderungen und die zu erwartenden Tarif- und Besoldungserhöhungen.“

Der rot-grün dominierte Stadtrat in München hat also mehrheitlich beschlossen, dass das Schul- und Kultusreferat seinen Etat um 50,4 Mio. Euro bis 2006 zu reduzieren hat, dazu kommen 15,4 Mio. Euro dauerhaft wirksame Haushaltssperre (wären also schon ca. 66 Mio. Euro), hinzu kommen noch Beträge für die Finanzierung der gesetzlichen Tarifänderungen und zur Finanzierung der Tarif- und Besoldungserhöhungen mit etwa 20-30 Mio. Euro. Somit würde das Budget des Referates im Jahre 2006 um über 90 Mio. Euro (!!!) niedriger liegen als im Jahre 2001. Wo können derartige Summen überhaupt eingespart werden?

Im Bereich Sport (der zum Schulreferat gehört)? Der Haushaltsansatz ist relativ gering und besteht hauptsächlich aus Zuschüssen, die Vereinen gewährt werden – deshalb können nur die Veräußerungsgewinne von nicht mehr benötigten Einrichtungen einge-

setzt werden. Im Bereich Kindertagesstätten (der einen erheblichen Teil des Budgets des Schulreferats ausmacht)? Da der gesetzlich vorgeschriebene Bedarf noch lange nicht gedeckt ist, kann hier nur über die Gebühren und erhöhte Zuschüsse die Einnahmenseite verbessert werden.

Was bleibt, sind die kommunalen Schulen als „Einsparmasse“ Und jetzt wird es wirklich spannend: Seit Anfang 2002 predigt der VLB München zusammen mit den anderen Verbänden allen politischen Entscheidungsträger/innen, dass eine solche Einsparsumme nicht machbar ist, ohne das kommunale Schulwesen insgesamt zu gefährden. Nur wenige hatten ein Einsehen – es sei dagegen nicht verschwiegen, dass es durchaus Aussagen von Politikern und Politikerinnen gab, das kommunale Schulwesen doch

ganz abzugeben und dadurch den städtischen Haushalt zu konsolidieren.

Das Schulreferat hat bereits am 10.7.2002 einen Vorschlag unterbreitet, der zwar wegen der Kürzungen im beruflichen Bereich (siehe Aufstellung) keineswegs unsere Zustimmung fand, aber mit dem Einbringen der Deckungslücke durch Veräußerungsgewinne und die Verschiebung der Einsparraten noch die aus unserer Sicht sehr nachteilige, aber überhaupt eine Lösung bot. Der Stadtrat hat diese Vorschläge nur zur Kenntnis genommen, nichts entschieden und dadurch für erhebliche Planungsunsicherheit gesorgt. Skandalös aus unserer Sicht: Die überproportionale Einsparsumme bei den weiterführenden beruflichen Schulen. Ausschlaggebend war hier zweierlei: Diese Schu-

#### Der VLB München hat auf kommunaler Ebene kaum etwas unversucht gelassen, die Entscheidungsträger vor den negativen Konsequenzen dieser Planungen zu warnen:

- Informationsveranstaltung des BV am 17.2.
- Schreiben des Landesvorsitzenden an den Oberbürgermeister, die Bürgermeisterin, die Stadtschulrätin und alle Fraktionsvorsitzende
- Diskussionsveranstaltung des Referatspersonalrats mit Schulausschussmitgliedern des Stadtrats am 28.1.
- mehrere Schreiben und viele Gespräche mit Stadträten, Stadtspitze und Schulreferat im Rahmen der AML (Arbeitsgemeinschaft Münchner Lehrerverbände)
- Gespräche des BV mit der Stadtschulrätin, Vertretern des Schulreferats und Schulausschussmitgliedern
- mehrheitlich befürworteter Antrag des BV München an den Landesverband, sich für die Erhöhung des Lehrpersonalkostenzuschusses an die Kommunen einzusetzen
- zahlreiche formelle und informelle Gespräche des BV-Vorstandes mit Fraktionen und Stadträten
- Teilnahme an den Protestaktionen der Elternverbände FOS/BOS
- aktive Unterstützung der Protestveranstaltung der FOS/BOS-Schüler bereits im letzten Schuljahr

Fazit: Nur kleinere Teilerfolge (kleinere Abstriche an den ursprünglich geplanten Sparbeiträgen) waren überhaupt zu erreichen.

Traurige Erfahrung: Protestzüge und Demo-Veranstaltungen von Eltern und Schülern vor dem Rathaus und/oder dem Kultusministerium führen um 5 vor 12 noch zu kleinen, meist wenig effektiven und unüberlegten Scheinkorrekturen. – Zahllose Schreiben und Gespräche von engagierten Fachleuten über viele Monate hinweg werden nahezu völlig ignoriert (Aufgeschnapptes Originalzitat eines Münchner Stadtrats: „Nicht schon wieder ein Lehrerverband...“)

len und ihr Betrieb sind einerseits durchweg sogenannte „freiwillige kommunale Leistungen“ (im Gegensatz etwa zu den verpflichtenden Leistungen wie z. B. dem Sachaufwand), zweitens der sehr hohe Anteil von Gastschülern an den betroffenen Schulen. In Zeiten finanzieller Nöte geht man davon aus, dass diese Lösung am ehesten zu vermitteln sei. Staat und Umlandgemeinden würden sich ja vor ihren Aufgaben drücken. Unsere Meinung: Es handelt sich genau um jene Schulen, die die schwächste Lobby haben.

Das selbe Spiel ein halbes Jahr später – Schulsatzungen zur Begrenzung von Neuaufnahmen werden vorgelegt, Verhandlungen mit dem Freistaat gingen voraus, überraschende Verhandlungsergebnisse machen kurzfristig andere Justierungen notwendig. Die Politik schiebt nach massiven Protesten einige Klassen hin und her – je nach Klientel – oder möchte nach mehr als einem Jahr Vorlauf und nachdem seit Juli 2002 eigentlich alle Vorschläge bekannt sind, entweder alle Planungen noch mal überdenken oder noch ein Jahr Verschiebung und dann ganz neue Vorschläge bringen. ... oder doch ganz andere Wege gehen und als Allheilmittel mal wieder die „Autonome Schule“ ins Gespräch bringen (die kostet, wie allseits bekannt, ja nichts und löst – da budgetiert – alle Finanzprobleme vor Ort und alleine).

Schön ist auch immer zu lesen, dass „das Schulreferat“ oder „die Schulreferentin“ an den Schulen einsparen und jede Menge Klassen an dieser oder jener Schule kürzen will; Klartext ist ganz einfach, dass sich die Politik nicht entscheiden kann und will, wo konkret eingespart werden soll: 50,4 Mio Euro Einsparsumme sind schnell, wenn diese Kürzungen aber einen konkreten Namen bekommen, einzelnen Schulen zuzuordnen sind, na dann! wird es wirklich schwierig. Bei dieser Summe – und den noch folgenden – funktioniert das „Wasch mich, aber mach mir den Pelz nicht nass“-Prinzip allerdings nicht mehr. Nur zur Verdeutlichung: Der geplante Einsparbeitrag wäre mit der Schließung aller städtischen Gymnasien auf einen

Schlag (Einsparsumme ca. 19 Mio. Euro) nicht einmal zur Hälfte zu erbringen.

### Wir sehen betroffen, den Vorhang zu – und alle Fragen offen ...

Und nun? Bis heute, 10. Februar, noch immer keine definitive Entscheidung über das Haushaltskonsolidierungskonzept des Schul- und Kultusreferats; heiße Drähte zwischen KM und Schulreferat. Was macht der Staat? Was will die Kommunalpolitik? Keine Antwort gaben Politikerinnen und Politiker auf anlässlich einer Podiumsdiskussion öffentlich gestellte Frage, ob denn nach der Verabschiedung der Begrenzungssatzungen dann tatsächlich das Ende des Sparens am kommunalen Schulwesen erreicht ist. Flapsig wird dann nur ins Felde gebracht, man hätte als Lehrkraft ja einen sicheren Arbeitsplatz und unterstellt, man möchte nur den eigenen Besitzstand wahren. Dass es den meisten der Kolleginnen und Kollegen um die Sache geht, sie für ein kommunales Schulwesen kämpfen, das Bildungschancen und –möglichkeiten eröffnet und nicht behindert, die erschreckenden PISA-Ergebnisse in Hinblick auf soziale Spreizung gut im Gedächtnis – das wird, so der Eindruck, als Geplänkel und vordergründige Besitzstandswahrung abgetan.

Aktuelle Verschärfung: Nachdem nichts bezüglich Haushaltskonsolidierung beschlossen wurde, die Politiker nach Protesten von Eltern und Schülern verschiedensten Schulen windelweiche Versprechungen machen, tritt die Kämmerei auf den Plan und waltet ihres Amtes, denn das Schulreferat ist – allen Parteien sei es gedankt – ja immer noch im tiefsten Defizit – Deckung ist gefordert. Der „Schwarze Peter“ ist wieder bei der Schulverwaltung gelandet. Noch mehr Klassen kürzen, aber bitte alle Schulen von den Einsparungen ausnehmen, schließlich sollen keine Wähler verprellt werden. Quo vadis ? <

### Einsparvorschläge des städtischen Schulreferats (Stand 10.2.03) im Vergleich zum Schuljahr 2001/02 (stufenweiser Abbau bis 2006/07):

#### Allgemeinbildende Schulen:

*Gymnasien:* Kürzung der Eingangsklassen von 56 auf 50 (bereits vollzogen)

*Realschulen:* Ausbau der R6 statt geplant 52 Klassen nur noch 48 Klassen (zusätzlich schnellerer Abbau R4)

#### Berufliche Schulen:

*Berufsschulen:* Sprengeländerungen BS für Bürokaufleute komplett (bereits vollzogen)

*Wirtschaftsschulen:* statt 16 nur noch 11 Eingangsklassen, Zusammenlegung von 2 Schulen

*FOS Gestaltung:* statt 8 nur noch 6 Eingangsklassen

*FOS Wirtschaft:* statt 8 nur noch 6 Eingangsklassen

*FOS Sozialwesen:* keine Begrenzung  
*BOS Technik:* komplette Übergabe an den Freistaat

*BOS Wirtschaft:* statt 15 nur noch 7 Eingangsklassen

*BOS Sozialwesen:* keine Begrenzung

*Fach- und Meisterschulen:* Einsparung von 2 Eingangsklassen (Bautechnik)

*BFS/FAK für Fremdsprachenberufe:* Einsparung von insges. 6 Eingangsklassen

*Richard-Strauss-Konservatorium:* Angliederung an die staatliche FH für Musik

#### Staatliche Ausgleichsmaßnahmen:

*BOS Technik:* komplette Übernahme  
*FOS/BOS:* Aufbau zweier neuer Standorte im Umland, Fürstenfeldbruck und Erding; verschiedene Ausbildungsrichtungen, jeweils mehrere Klassen (genaue Zahlen zum Redaktionsschluss noch nicht bekannt).

- Nach derzeitigem Stand können die neuen staatlichen Angebote die Verminderung bei der Stadt München keinesfalls in vollem Umfang ausgleichen. <

Pressemitteilung des BV Unterfranken zur Situation in Würzburg:

## „Wickelt“ Würzburg seine Berufsfachschulen ab?

### VLB fordert gemeinsame politische Lösungen zum Erhalt der Berufsfachschulen (BFSen) am Standort Würzburg.

„Schülerinnen und Schüler mit ihren Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und alle bildungspolitisch Verantwortlichen sind traumatisiert,“ fasst Wolfgang Lambl, Bezirksvorsitzender des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen in Unterfranken die momentane Stimmungs- und Gemütslage zusammen.

„Die unterfränkische Berufsschullandschaft wird seit einiger Zeit durch Pläne zur Neuformierung von Kompetenzzentren aufgemischt. Unabhängig davon, geraten neuerdings einige Berufsfachschulen der Stadt Würzburg ins Schussfeld der städtischen Sparpolitik, nachdem in der Vergangenheit schon Eingangsklassen an diesen Schulen reduziert wurden und das Angebot an Gymnasien und an Berufs- und Fachoberschulen beschnitten wurde“, erklärt der Kreisvorsitzende Siegfried Nees.

„Die unterfränkische Metropole verhielt sich viele Jahre – trotz finanzieller Engpässe – im Vergleich zu anderen Schulträgern des beruflichen Schulwesens vorbildlich“, lobt Wolfgang Lambl die gesellschafts- und bildungspolitische Verantwortung der Stadt Würzburg.

„Sie stellte nämlich überdurchschnittlich viele verschiedene Berufsfachschulen in ihrem Bildungsangebot bereit und erwies sich damit als äußerst voraus schauend. Denn in diesem Schultypus wird unserer Jugend konjunkturunabhängig eine umfassende und fundierte Berufsausbildung unter einem (Schul-)dach angeboten. Gerade in Zeiten wie diesen, in denen sich das Lehrstellenangebot in der Region um über 10 % dramatisch verringert hat (vgl. Main-Post vom 13. 02. 2003), ist es unabdingbar, als Alternative die vorhandenen, in Stadt und Landkreisen gut angenommen Berufsfachschulen am Standort Würzburg zu erhalten.“

### Die unverzichtbaren Bildungseinrichtungen sind:

BFSen für Hauswirtschaft Sozialwesen und Kinderpflege	ca. 370 Schüler
BFS für Büroberufe	ca. 150 Schüler
BFS für IT-Berufe	ca. 150 Schüler
BFS für Maschinenbau	ca. 75 Schüler
BFS für kaufmännische Assistenten	ca. 50 Schüler
Wirtschaftsschulen	ca. 280 Schüler
Summe:	ca. 1075 Schüler

### Kreisvorsitzender Siegfried Nees fordert: „Die bestehenden Schulzentren mit allen Synergieeffekten müssen erhalten werden.“

- Würzburg ist ein Oberzentrum, welches laut Landesplanungsgesetz auch durch das Vorhandensein weiterführender Schulen definiert wird. Räumlich liegt Würzburg zentral zwischen den Landkreisen Main-Spessart und Kitzingen. Verkehrsströme fließen aus diesen Regionen sternförmig auf Würzburg zu, nicht aber nach Kitzingen oder Marktheidenfeld.
- Für den Steuerzahler ist es nicht einseitig, warum bewährte bestehende Einrichtungen zerschlagen werden sollen, um anderen Ortes teure Neuinvestitionen zu tätigen.
- Gastschulbeiträge müssten für die Würzburger Schüler während der ganzen Ausbildung von der Stadt an andere Träger gezahlt werden.
- Fahrtkosten der Würzburger Schüler müssten in der 10 Jahrgangsstufe dann z.B. nach Marktheidenfeld von der Stadt gezahlt werden.
- Darüber hinaus ginge die Kaufkraft der Schüler bei der Schließung oder Verlagerung der Schulen für die Geschäfte in Würzburg verloren.

### „Der Standort Würzburg als Zentrum der ganzen Region muss erhalten bleiben!“

- Die gesellschafts- und bildungspolitischen Aspekte der Ausbildung vor allem sozial benachteiligter und lei-

stungsschwacher Schülerinnen/Schüler, sind im Moment nicht in Zahlen zu messen. Die Folgen bei Auflösung der BFS'en wären nicht kalkulierbar.

- Vor allem Migrantenkinder, die in einigen Klassen bis zu 40% der Schüler stellen, hätten kaum Chancen, sich für ein Erwerbsleben zu qualifizieren.
- Das vorhandene Lehrpersonal hat seit Jahren innovativ neue Lehrpläne mitgestaltet und vorbildlich umgesetzt. Die Zerschlagung eines bestehenden Teams kann nur Frustration und nachhaltige Demotivation bewirken.
- An den Schulen gibt es vielfältige Synergieeffekte, wie z.B. die gemeinsame Nutzung teurer Fachräume durch unterschiedliche Ausbildungsrichtungen.

### VLB-Fachlehrerreferentin Dorethea Helbig, Lehrerin am Städtischen BBZ für Hauswirtschaft und Sozialwesen stellt am Beispiel der Berufsfachschulen für Hauswirtschaft, Sozialwesen und Kinderpflege gute Gründe vor, die für den Erhalt am Standort Würzburg sprechen:

- Die Mensa des BBZ für Hauswirtschaft und Sozialwesen, wurde für die Ausbildung zur Hauswirtschaftlichen Betriebsleiterin und zur Wirtschaftlerin eingerichtet.
- Sie entspricht heute den aktuellen Lehrplananforderungen der BFS für Hauswirtschaft. In der Region verfügt keine Berufsfachschule für Hauswirtschaft über eine derartig optimale Einrichtung. Nebeneffekt: Schüler versorgen Schüler und Lehrer des Kaufmännischen BBZ kostengünstig und ernährungsphysiologisch ausgewogen, das ist Praxis!
- Im Raum Würzburg gibt es ca. 1400 Pflegeplätze in Altenheimen, in Stadt und Landkreis arbeiten 150 Kindergärten mit ca. 10000 Plätzen:
- Die Berufsfachschulen für Kinderpflege und Sozialpflege sorgen dafür, dass qualifizierter Nachwuchs für den Einsatz in Kindertagesstätten, Heimen und Horten aber auch in Pflegeheimen und Behinderteneinrichtungen ausgebildet wird. Be-

rufsfachschulen ermöglichen Haupt-schülerinnen den einzigen Einstieg in eine Berufslaufbahn in einem sozialen Beruf. Viele der Schülerinnen und Schüler qualifizieren sich im Anschluss an die Erstausbildung in einem weiterführenden Beruf als Erzieherin, Altenpflegern oder Krankenschwester und sorgen so dafür, dass der Fachkräftemangel nicht zu groß wird.

**Sozialer Zündstoff muss durch den Erhalt der BFSen vermieden werden!**

Die Finanzlage der Stadt ist aufgrund wegbrechender Gewerbesteuererinnahmen katastrophal.

Die Arbeitslosigkeit im speziellen die Jugendarbeitslosigkeit, ist im letzten Jahr bereits gravierend gestiegen und würde unverantwortlich weitersteigen. „Die nächste Generation darf deswegen nicht um die Möglichkeit einer Ausbildung gebracht werden.“

**Bezirksvorsitzender Lambl fordert: „Die Stadt braucht keine politischen Schnellschusslösungen“, die ...**

- viele Jugendliche ohne berufliche Perspektive in die Arbeitslosigkeit schicken,
- nur eine scheinbare „Entlastung“ des Schulhaushaltes bringen,
- das Strukturproblem der Finanzierung von Berufsfachschulen in kommunaler Trägerschaft nicht lösen,
- die Lehrerinnen und Lehrer demotivieren und um ihren Arbeitsplatz bangen lassen.

**Die Verbandsvertreter des VLB fordern deshalb alle politisch verantwortlichen Mandatsträger nachdrücklich auf: „Die Berufsfachschulen der Stadt Würzburg brauchen Konzepte und Lösungen, die**

- einen gerechten Personalkostenzuschuss, wie ihn private Träger vom Freistaat bekommen oder
- eine Schule in staatlicher Trägerschaft oder
- einen Zweckverband aus Stadt und umliegenden Landkreisen der die Kosten für die Bildung gemeinsam schultert.“

„Es darf den Steuerzahlern nicht vorgegaukelt werden, die Landkreise

würden dadurch Geld sparen, wenn sie mit hohem Aufwand eigene Berufsfachschulen aufbauen oder erweitern. Im Gegenteil, die ordentliche Beteiligung an den vorhandenen Schulen in Würzburg ist auf lange Sicht die für alle Beteiligten ökonomische und wirksamste Lösung“, so Kreisvorsitzender Nees. „Alle politischen Kräfte der Region müssen Zusammenwirken um gemeinsam eine Lösung zu finden“, fasst Bezirksvorsitzender Wolfgang Lambl

zusammen! So bleibt die Hoffnung, dass der von Stadtschulrat Hartenstein bei einem Informationsgespräch des VLB am 30.01.2003 geäußerte Wunsch, die Berufsfachschulen in Würzburg zu erhalten, in Erfüllung geht.

Die Verbandsvertreter schließen sich diesem Wunsch an und schlagen bei Erfolg schon jetzt die Oberbürgermeisterin der Stadt Würzburg, Landrätin und Landräte, Stadträte und Stadtschulrat zu „Mutmachern der Bildung“ vor. <

**Modernste Drucktechnik an der Franz-Oberthür-Schule in Würzburg**

Am Städtischen Berufsbildungszentrum I, Würzburg, dem Kompetenzzentrum für Drucktechnik und Mediengestaltung in Unterfranken, stehen seit Schuljahresbeginn drei neue Druckmaschinen der Heidelberger Druckmaschinen AG für eine zukunftsweisende Berufsausbildung zur Verfügung.

Im Februar fand die offizielle Übergabe der Maschinen, einer Quickmaster DI 46-4, einer Printmaster PM 74-2-P und einer Printmaster GTO 52-1 in den Räumen der Drucktechnik an der Franz-Oberthür-Schule statt.

Durch die neuen Ausbildungsordnungen in den Berufen Drucker und Mediengestalter, die damit verbundene Spezialisierungsmöglichkeit auf den Beruf „Digitaldrucker“ sowie die Notwendigkeit, den Workflow auch in der schulischen Ausbildung zuneh-

mend zu digitalisieren, war es nötig geworden, eine Maschine wie die Quickmaster DI für die Ausbildung zur Verfügung zu stellen. Jetzt kann in der Franz-Oberthür-Schule direkt aus dem digitalen Datenbestand ein Druckerzeugnis im Kleinformat hergestellt werden. Mit der Quickmaster DI hält auch das Verfahren des wasserlosen Offsetdrucks Einzug in die unterfränkische Sprengelschule. „Wir sind damit eine der ersten Ausbildungsstätten in Bayern, die ihren Auszubildenden der Druck- und Medienindustrie den vollen digitalen Arbeitsablauf online über das Schulnetz praxisgerecht vermitteln kann“, erklärte Schulleiter Hermann Sauerwein im Rahmen einer kleinen Übergabe-Feierlichkeit im Beisein von Repräsentanten der Heidelberger Druckmaschinen AG sowie der örtlichen Druck- und Medienbranche.



Heitere Mienen vor der Quickmaster. Von links: Würzburgs Schulrat Rainer Hartenstein, Heidelberg-Repräsentant Norbert Fuchs, Schulleiter Hermann Sauerwein und Fachlehrer Reinhard Steinmetz, in dessen Obhut der nagelneue Maschinenpark liegt.

Mit dem Erwerb der drei neuen Maschinen leistet die Stadt Würzburg nicht nur einen wichtigen Beitrag, jungen Erwachsenen den Einstieg in ein erfolgreiches Berufsleben zu ebnet, sondern stärkt auch die Wirtschaftskraft der Region. Denn durch diese Investition ermöglicht sie der Berufsschule einen adäquaten Beitrag zur dualen Berufsausbildung zu leisten und zusammen mit den Ausbildungsbetrieben den nötigen hochqualifizierten Berufsnachwuchs heranzubilden. Auch die Fort- und Weiterbildung im Druckbereich kann nunmehr in Kooperation mit der IHK Würzburg-Schweinfurt auf hohem technischen Niveau intensiviert werden.

*Thomas Seydl*

**Zu unseren Titelfotos:**

### **Pappmaché-Figuren, die aus dem Rahmen springen**

Mit beeindruckenden Werken beteiligten sich Schülerinnen und Schüler der Würzburger Städtischen Fachoberschule (Fachbereich Gestaltung, 11. Klasse) unter der Leitung der Kollegin Barbara Schaper-Öser und Gerd Enk im letzten Jahr an einer museumspädagogischen Veranstaltung des Kulturspeichers, einer Kunstgalerie in der Bischofsstadt mit überregionaler Bedeutung.

Nach Vorlage der in der Gemäldesammlung enthaltenen Bilder modellierten die jungen Leute Pappmaché-Figuren, die im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Rahmen sprangen. Unter dem Titel „Tafel der Begegnungen“ wurden die Werke neben anderen Ergebnissen der museumspädagogischen Veranstaltung bei einem internationalen Museumstag der Öffentlichkeit vorgestellt. Die z.T. bizarren Figuren stießen beim Publikum auf lebhaftes Interesse und große Begeisterung.

Das Projekt stand im Rahmen der fachpraktischen Ausbildung an der FOS. Grundlage für die Arbeit war u.a. der im Lehrplan für die 11.Klasse vorgesehene Inhalt „Papier, Pappe, Karton“. Unser Titel zeigt einen Teil der Werke. Das Projekt wird geeigneten Klassen zur Nachahmung empfohlen.

*pth*

## Leser schreiben

### Bilderbuch – Kompetenzzentrum soll zerschlagen werden

Würzburg, die Schul- und Universitätsstadt, hat neben allgemeinbildenden Schulen mit seinen zehn beruflichen Schulen bislang einen guten Ruf über Ländergrenzen hinaus. Ohne Rücksicht auf alle Notwendigkeiten (Bedarf, Ausbildung von Hauptschulabsolventen u.a.) setzt die Stadt jetzt diesen Ruf aufs Spiel.

#### Eine Schule mit langer Tradition

Die Zeichen der Zeit rechtzeitig erkennend, fand die langjährige Schulleiterin Luise Götz stets die erforderliche Unterstützung für den bedarfsgerechten Ausbau des heutigen Berufsbildungszentrums für Hauswirtschaft und Sozialwesen bei der Stadt.

Eine Schule mit Tradition, 1923 als „Berufsbildungszentrum für Mädchen“ gegründet, entwickelte sich diese von ineinander verzahnten, sich gegenseitig ergänzenden Schularten zu einem Kompetenzzentrum wie es (u.a. nach den Vorstellungen des VLB) nicht besser gegliedert sein könnte.

So leistet in großem Umfang seit 80 Jahren die Stadt Würzburg mit dieser Schule ihren Beitrag zur Versorgung mit hauswirtschaftlichem und sozialpflegerischem Personal in Familien, Kindergärten, Horten, Schülerheimen, Mensen sowie in Behindertenheimen, Alten- und Pflegeheimen und Sozialstationen.

Die Erstausbildung zur „Hauswirtschaftler/in“, zur „Staatlich geprüften Kinderpfleger/in“ und zur „Staatlich geprüften Sozialbetreuer/in“ ist gerade heute unentbehrlich, in einer Zeit, in der Menschen zunehmend auf soziale Einrichtungen angewiesen sind. Die Würzburger Main-Post beispielsweise zitiert in diesem Sinne am 13.02.2003 den Sozialreferenten der Stadt, Dr. Peter Motsch: „Wenn wir nicht schnellstens Tageskliniken und andere Betreuungseinrichtungen für psychisch kranke alte Menschen auf-

bauen, werden wir in einigen Jahren mit den Problemen nicht mehr fertig.“

Das in 80 Jahren gewachsene, den Bedürfnissen angepasste, zentral gelegene Berufsbildungszentrum für Hauswirtschaft und Sozialwesen, das es in seiner Art nur einmal in der Region gibt, soll zerschlagen werden. Auch würden dann die Berufsfachschule für Hauswirtschaft, Wahlpflichtfächergruppe III (für Schüler/innen mit mittlerem Schulabschluss) und die Fachakademie für Hauswirtschaft – einmalig in Unterfranken – nicht mehr existieren.

#### Soziale Dienstleistungsberufe haben keine Lobby

Im Zeichen der allgemeinen Finanzkrise sucht die Stadt nach Einsparmöglichkeiten und setzt den Rotstift ausgerechnet in einem Bereich an, in dem offensichtlich der geringste Widerstand zu erwarten ist. Da kann man nur sagen: Soziale Dienstleistungsberufe haben eben keine Lobby!

Nur: „Dienst am Menschen“ mit professionell ausgebildeten Kräften wird von allen Personengruppen künftig mehr und mehr benötigt!

Mit der Auflösung eines bestens funktionierenden vertikal gegliederten Kompetenzzentrums, d.h. der Angebote aufsteigender Bildungsgänge eines Fachbereichs unter einem Dach, erlischt für junge Leute eine große berufliche Chance. Immerhin bietet die Schule den Aufstieg von der Hauswirtschaftler/in zur Hauswirtschaftsmeister/in oder Hauswirtschaftlichen Betriebsleiter/in sowie von der Sozialbetreuer/in zur Altenpfleger/in.

Eine Schule, die – wie ein Schwamm – junge Menschen mit geringen Chancen auf dem Lehrstellenmarkt (Sozialfälle, Aussiedler, Ausländer) aufnimmt, soll geschlossen werden? Nicht nachvollziehbar, denn sie vermittelt nicht nur auf hohem Niveau Fachwissen, sondern auch die gerade in dieser Sparte des Dienstleistungsbereichs so nötige Sozialkompetenz. Schulschließungen werden in

Würzburg freilich nicht das erste Mal diskutiert. Während aber Gymnasien und Förderschulen weitestgehend tabu sind, sollen ca. 400 bis 450 Ausbildungsplätze – Berufsfachschulen betreiben berufliche Erstausbildung – für Hauptschulabgänger gestrichen werden? Wo bleibt da die von Politikern stets geforderte Gleichwertigkeit der Bildungsgänge?

#### Ein Buch mit sieben Siegeln?

In Gesprächen mit Vertretern der Kommune mussten wir immer wieder feststellen, dass das berufliche Schulwesen in seiner Differenziertheit für viele ein Buch mit „sieben Siegeln“ ist. Bei den Diskussionen um Kompetenzzentren wird so manches in einen Topf geworfen. Für Berufsfachschulen (Vollzeitschulen) werden Maßstäbe angesetzt, die für die duale Ausbildung mit Teilzeitunterricht gelten.

Soll beispielsweise eine Sozialbetreuerin einen Tag in der Woche ihre wertvolle Ausbildungszeit in einer Berufsschulklasse für Bäcker oder Metzger in Kitzingen oder bei den Floristen in Ochsenfurt „absitzen“, damit dort die „Minderklassen“ aufgefüllt werden können?

Oder sind die Berufsfachschulen für Hauswirtschaft, Kinderpflege und Sozialpflege als Tauschobjekt im Angebot, wenn sich der Bayerische Hotel- und Gaststättenverband wegen seiner großen Lobby einer Verlagerung seiner Auszubildenden aus Würzburg vehement widersetzt?

#### Verhängnisvolle Folgen

Die Folgen der Zerschlagung des Würzburger BBZ für Hauswirtschaft und Sozialwesen wären verhängnisvoll:

- Nur ein kleiner Teil der Schulpflichtigen wird sich zum Besuch einer Berufsfachschule „in der Prärie“ entscheiden. Die Ausbildungsbereitschaft sinkt, der Nachwuchs fehlt.
- Dienstleistungen würden künftig mehr und mehr von un ausgebildeten Kräften „erledigt“ und zwar mit teilweise verheerenden Folgen für die Betroffenen, für deren Gesundheit und Wohlergehen, wenn z. B.

gravierende Fehler bei der Ernährung, Hygiene oder Pflege gemacht werden.

- Ungelernte werden als erste arbeitslos (60 % der Arbeitslosen sind ohne Beruf), landen „auf der Straße“ und laufen Gefahr, Sozialfälle zu werden.
- Der Anspruch auf Sozialhilfe wächst.

Neben die soziale Komponente treten auch eine Reihe fiskalischer und organisatorischer Aspekte:

- Fachausstattung, an einem BBZ für mehrere Ausbildungsgänge und Parallelklassen nutzbar, werden überflüssig.
- Neue Einrichtungen müssen andernorts mit hohen Steuergeldern geschaffen werden.
- Praxisstellen in Kindergärten, Alten- und Pflegeheimen, auf Sozialstationen, in Großküchen, wie ein Netzwerk aufgebaut, sind nirgendwo so zahlreich wie in Würzburg.
- Eine hauseigene Mensa zur Ausbildung von Hauswirtschafter/innen

und Hauswirtschaftlichen Betriebsleiter/innen ist an keinem anderen BBZ in Unterfranken vorhanden.

### Vermißt wird eine Güterabwägung mit Augenmaß

Eltern und Schüler sind über die Absichten der Stadt empört, was eine Demonstration der Schüler/innen des BBZ für Hauswirtschaft und Sozialwesen vor dem Rathaus am 23.01.2003 deutlich machte.

Sparen ist notwendig, nicht jedoch mit der Brechstange, nicht einseitig zu Ungunsten der sozial Schwachen. Bisher wird eine Güterabwägung mit Augenmaß zwischen Ersparnis und zu erwartenden Folgen sehr vermisst.

Wenn Würzburgs Oberbürgermeisterin Pia Beckmann bei einer Fachtagung mit dem Motto „Wer erzieht mein Kind morgen?“ erklärt, dass langfristig die Gleichwertigkeit von Familie und Erwerbstätigkeit noch stärker hervorgehoben werden müsse, bringt sie zum Ausdruck, was uns allen unter den Nägeln brennt. Der berufli-

che Nachwuchs wird die Worte der Oberbürgermeisterin gern zur Kenntnis genommen haben.

Das Problem des Lehrstellenmarktes (siehe auch Main-Post vom 15.02.2003: „Rekordtief in Unterfrankens Wirtschaft“, Ausbildungsverhältnisse verzeichnen bundesweit einen Rückgang um 7,4 % gegenüber 2001) beleuchtete auch VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein beim 6. VLB-Berufsbildungskongress in Passau. Dort fordert er den Ausbau von Berufsfachschulen, um für Migranten und Lernschwache verstärkte Förderangebote zu schaffen und ihnen mehr Möglichkeiten zur Differenzierung zu bieten. Unter großem Beifall sagte er: „Wo es um Erziehung und Bildung, um berufliche Aus- und Weiterbildung geht, dürfen nicht die Finanzminister, sondern müssen die Bildungsfachleute das letzte Wort haben.“ *OSTD. i. R. Dorothea Liebscher, Vorsitzende des Förderkreises des Städtischen BBZ für Hauswirtschaft und Sozialwesen, Würzburg*

## Stadt Erlangen



Für unsere Wirtschaftsschule im Röthelheimpark Erlangen (ca. 650 Schüler/-innen in 23 Klassen) suchen wir zum Unterrichtsbeginn des Schuljahres 2003/04

### Lehrkräfte im Beamten- oder Angestelltenverhältnis

- **Diplomhandelslehrer/-innen** mit der Befähigung für das **Höhere Lehramt an kaufmännischen Schulen in Bayern (Kenn-Nummer 120)**. Stellenwert: Bes.-Gr. A 13 BBesO bzw. Verg.-Gr. II BAT.

Angesprochen sind Lehrkräfte mit Bereitschaft und Interesse, neben kaufmännischen Fächern auch Deutsch oder Mathematik zu unterrichten.

- **Fachlehrer/-in für Schreibtechnik an beruflichen Schulen in Bayern (Kenn-Nummer 370)**. Stellenwert: Bes.-Gr. A 10 BBesO bzw. Verg.-Gr. V b/IV b BAT.

Nähere Auskünfte erteilt der Schulleiter, Herr OSTd Wehrfritz, unter Tel: 0 91 31/5 34 30.

Bitte senden Sie Ihre aussagefähige Bewerbung mit tabellarischem Lebenslauf, Lichtbild, Kopien Ihrer lückenlosen Ausbildungs- und Tätigkeitsnachweise (Schulabschluss-, Prüfungs- und ggf. Arbeits-/Dienstzeugnisse, dienstliche Beurteilungen) unter Angabe Ihrer Telefonverbindung und einer der oben genannten **Kenn-Nummern bis 04.04.2003** an die

**Stadt Erlangen – Personalamt –  
Postfach 3160, 91051 Erlangen  
(E-Mail: [personalamt@stadt.erlangen.de](mailto:personalamt@stadt.erlangen.de))**

Schwer behinderte Menschen werden bei gleicher Eignung vorrangig berücksichtigt. Da sich die Stadt Erlangen für gleiche Chancen der Frauen einsetzt, sind Bewerbungen von Frauen besonders erwünscht. Bewerberinnen und Bewerber, die Beruf und Kindererziehung vereinbaren wollen, sind besonders willkommen.

## offen aus Tradition

## Anmerkung zum Beitrag „Ausgerechnet mit dieser Stadt“

(VLB-akzente, Heft 2/03, S. 16 ff.)

Bedingt durch einen Übertragungsfehler wurde an Stelle einer aktualisierten, leider eine alte Version meines Textes abgedruckt. In der neuen Fassung ist u.a. dargestellt, dass nach meiner Pensionierung im August 2002 mit Kollegin Nadja Reiß sowie den Kollegen Horst Grünewald und Hansjochen Vogt an der Dachauer Berufsschule ein tatkräftiges Team die Arbeit an der

Schulpartnerschaft übernommen und die Feuertaufe in den Begegnungsmaßnahmen des Jahres 2002 bereits mit Bravour bestanden hat. Horst Grünewald ist es sogar gelungen, eine vielversprechende Beziehung zu Bad Reichenhall und der dortigen Standortverwaltung der Bundeswehr zu knüpfen, ähnlich der, die schon seit Jahren mit Mittenwald besteht. Weitere Dachauer Ausbildungsbetriebe haben Praktikanten der Partnerschulen angefragt. An der „Szkol Zawodowych Towarzystwa Salezjanskiego“ (von Salesianern geführte Berufs- und Berufsfachschule)

von Oswiecim hat der junge Pater und Deutschlehrer Jan Domaradzki die Leitung von seinem bisherigen Schulleiter Zenon Latawiec übernommen, während an der Szkol Ekonomiczno-Gastronomicznych (staatliche Wirtschaftsschule mit Lyzeum) die Deutschlehrerin Stanislawka Zajasz mit großem Engagement für die Partnerschaft tätig ist. Wer Interesse am aktualisierten Text hat, möge sich bitte an mich wenden:

Robert Baars, Karl-Lipp-Str. 43,  
80992 München, Tel. 089-144080,  
e-mail: Mail@rukbaars.de.

## Für Sie persönlich

### Neues zur Beihilfe

Zeitgemäß: eine gegebenenfalls ins Gewicht fallende Verschlechterung. „Die Selbstbeteiligung für Wahlleistungen wird bei Klinikaufenthalten ab 1. Juli 2003 auf 60 Euro je Tag erhöht. Dabei entfallen auf wahlärztliche Leistungen 35 Euro, auf gesondert berechnete Unterkunft 25 Euro.“ (Beihilfe in akzente 01/2003 S. 16)

### Was bedeutet das:

1. Gewünschte Behandlung durch den Chefarzt (= wahlärztliche Leistung) bisher 0,00 Euro, ab 01.07.2003<sup>1</sup> 35,00 Euro Selbstbehalt pro Aufenthaltstag im Krankenhaus.  
Gewünschte Unterbringung im Zweibett-Zimmer (Wahlleistung) bisher 14,50 Euro pro Aufenthaltstag im Krankenhaus; ab 01.07.2003<sup>1</sup> 25,00 Euro pro Aufenthaltstag im Krankenhaus; entfällt, wenn das Zweibett-Zimmer in einem Krankenhaus Standardleistung ist.
2. Bisher wurde der Selbstbehalt vom beihilfefähigen Betrag abgezogen, aus dem dann der Beihilfebetrag durch Multiplikation mit dem persönlichen Bemessungssatz (50%, 70%, 80%) errechnet wurde. Ab 01.07.2003 wird der Selbstbehalt von dem bereits mit dem Bemessungssatz errechneten Beihilfebetrag abgezogen – kommt somit in voller Höhe zum Tragen.



sucht zum Schuljahr 2003/2004  
für die städtische Berufsschule I für Metall- und Elektrotechnik

## Studienrätinnen/Studienräte

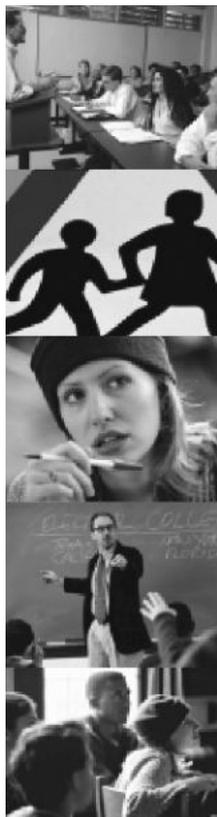
mit der Befähigung für das Höhere Lehramt an beruflichen Schulen für die Berufsfelder Metalltechnik und Elektrotechnik.

Es wird erwartet, dass sich die Bewerberinnen/Bewerber auch außerhalb ihrer unterrichtlichen Tätigkeit für die Schulgemeinschaft engagieren.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt. Die Bewerbung von Frauen ist ausdrücklich erwünscht.

Die Stadt Regensburg berücksichtigt Kompetenzen aus Familienarbeit und sozialer Tätigkeit bei Personalentscheidungen. Aussagen hierzu sind in der Bewerbung erwünscht.

Bewerbungen mit aussagefähigen Unterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, Ausbildungs- und Arbeitszeugnisse etc.) bitten wir bis spätestens **31. März 2003** an das Personalamt der Stadt Regensburg, Postfach 11 06 43, 93019 Regensburg, zu senden.



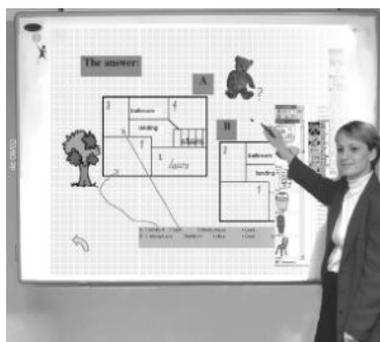
## IntelliBoard® die Multimedia-Tafel

Die IntelliBoard-Serie von MCR stellt eine herausragende Kommunikationsplattform dar und bildet mit genial einfacher Software die perfekte Synergie zur multimedialen Unterrichts- und Präsentationsgestaltung.

Die hochpräzise elektromagnetische Technik verleiht dem kabellosen Stift die volle Funktionalität einer Maus. Im Gegensatz zu Tafeln mit Touch-Screen-Technik haben Sie auch die rechte Maustaste sowie die Mouse-Over-Funktion (schwebender Mauszeiger) „im Griff“.

Keine empfindliche Touchfolie!  
Digitizer – der feine Unterschied zum Touch.

Für Ausbildung, Schule, Industrie und überall dort, wo Menschen arbeiten, kommunizieren und präsentieren.



### Klasse

**Erleben Sie IntelliBoard LIVE auf der Bildungsmesse 2003, H8.108** in Nürnberg und begründen Sie uns Ihre Vorstellung eines idealen interaktiven Klassenzimmers.

**Dem Sieger im Wettbewerb „die Klasse lösung“ winkt der interaktive Wunsch-Klassenraum im Wert von über EUR 10.000,-**

**Infos hierzu auch im Internet.**

### Argumente

- überragende elektromagnetische Technik
- die mit 197 grösste nutzbare Bild-Diagonale
- brillante, homogene Schreiboberfläche robust und widerstandsfähig
- elektronischer Pen ist vollwertiger Mausersatz
- einfache und intuitiv bedienbare Software mit spektakulären Effekten und virtuellem FlipChart
- drahtlose Anbindung zum PC optional
- Treiber für Windows, Mac OSX, Linux
- SchreibPads für die Unterrichtsvorbereitung und für die Schülerplätze
- Schulung und Einweisung vor Ort
- **5 Jahre Garantie** auf die Multimedia-Tafel

### Autorenverzeichnis:

#### Bäumler, Michael

WS, Sebastianstr. 22,  
92637 Weiden,  
Tel.: (09 61) 39 16 20

#### Dr. Hummelsberger, Siegfried

BV-Vorsitzender München  
Franz-Krinninger-Weg 2,  
85604 Zorneding,  
Tel.: (0 81 06) 2 00 70

#### Kaspar, Thomas

computer-easy,  
80336 München,  
Tel.: (0 89) 7 46 42-3 43

#### Pohlmann, Heiko

VLB-Referent für Lehrerbildung,  
Kapellenstr. 82,  
82239 Alling,  
Tel.: (0 81 41) 81 85 24

#### Schulter, Berthold

VLB-Seniorenbeauftragter  
Weitlstr. 66,  
80935 München,  
Tel.: (0 89) 38 58 40 84

#### Stephan, Helmut

WS, Von-Brug-Str. 7-11,  
82467 Garmisch-Partenkirchen,  
Tel.: (0 88 21) 5 00 64

MCR  
Informationssysteme  
GmbH

85656 Buch  
Am Haidfeld 4

Tel: 0 81 24 / 52 73 57

www.mcr-gmbh.com

Die Neuregelung kann „ins Geld gehen“. Was ist zu raten/tun?

- Krankenhäuser meiden! (Rat des Zynikers)
- Im Falle des Falles: keine Wahlleistungen in Anspruch nehmen (Rat des Asketen)
- Aufstockung der in der Regel bestehenden Krankenhaustagegeld-Versicherung (Rat des Vorsichtigen)

Wer keine Wahlleistung in Anspruch nimmt, wird auch künftig nicht

zusätzlich belastet. Sie kann grundsätzlich durch Aufstockung bestehender Krankenhaustagegeld-Versicherungen abgefangen werden. Anfragen bei einschlägigen Versicherungen ergehen:

- man plane „angemessene“ Angebote an die Versicherten,
- Eile sei nicht geboten – Zeit bis 01.07.03,
- derzeit sei man noch mit den zum 01.01.03 in Kraft getretenen – nicht die Beamten betreffenden – Änderungen beschäftigt.

<sup>1</sup> Für alle bis 30.06.2003 entstehenden Aufwendungen und alle Aufwendungen für vor dem 01.07.2003 begonnene, aber erst nach dem 30.06.2003 abgeschlossene Behandlungen.

*Berthold Schulter*

VLB Verlag e.V.,  
Dachauer Straße 4  
80335 München

**B 05130**, PVSt,  
Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt



**Bayerischer Beamtenbund e.V.**  
im Deutschen Beamtenbund  
Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes

### **Wir schauen nicht mehr länger zu**

- ... wie die Gehälter der Beschäftigten im öffentlichen Dienst immer weiter beschnitten werden.
- ... wie die Motivation der Beschäftigten durch willkürliche Eingriffe zunichte gemacht wird.
- ... wie Vertrauen und Lebensplanung der Beschäftigten völlig außer Acht gelassen werden.

### **Wir gehen auf die Straße**

... und protestieren gegen eine Politik, die versucht, die Haushalte einseitig zu Lasten der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu sanieren.

**Der öffentliche Dienst bietet kein unbegrenztes Sparpotential.**

## **Demonstration am 29. März 2003 in München**

11.00 Uhr Abmarsch um Max-II-Denkmal;  
12.00 Uhr Kundgebung auf dem Odeonsplatz

### **Wir sind dagegen, dass**

- Weihnachts- und Urlaubsgeld ersatzlos gestrichen werden,
- den Ländern eine eigenständige Gehaltskürzung um bis zu 10% ermöglicht wird,
- das Tarifergebnis nur mit Abstrichen auf die Beamten übertragen wird,
- die Beihilfeleistungen gekürzt bzw. für Arbeitnehmer gestrichen werden,
- die Altersteilzeit (ehemals Vorzeigeprojekt der Bayerischen Staatsregierung) immer weiter eingeschränkt wird,
- die Antragsaltersgrenze immer weiter hinausgeschoben wird,
- die Arbeitszeit der Beamten ohne Ausgleich noch weiter verlängert wird.

### **Deshalb wehren wir uns.**



**Uns reicht's – Zukunft  
statt Kahlschlag!**



Bayerischer Beamtenbund e.V., Postfach 31 03 48, 80103 München, Telefon 089 / 1 55 25 88-10